

## Ein Volk, ein Reich



Anschluß-Kundgebung des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler auf dem Wiener Heldenplatz am 15. März 1938.  
Die Gestapo konnte hier noch nicht im Einsatz gewesen sein.

DIPL. POL. UDO WALENDY

## Ein Volk, ein Reich

### The First Amendment (Die erste Verbesserung, Ergänzung) zur Verfassung der USA

*"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."*

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:  
*"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",*

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

*"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."*

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Selbst die Vaterländische Front sah sich zu überdeutlicher Propaganda für das "deutsche Erbe Österreichs" genötigt. An dem Widerspruch, gleichzeitig deutsche Gesinnung zu bekämpfen, ging sie zugrunde.

In einem ihrer Aufrufe hieß es:

*"Österreich ist das letzte Bollwerk des deutschen Geistes! Österreich war ein großes deutsches Land, als die Preußen noch kein Wort deutsch sprachen und Pferdeblut den Heidengöttern opferten! Als in Wien Walther von der Vogelweide sang, war Potsdam ein kleiner slawischer Weiler!"* 61 S. 11

### Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach (ÖVP)

*"Wir sprechen in diesem Lande deutsch, wie Goethe und Grillparzer, Schiller und Peter Rosegger und gehören keinem nebulösen slawistischen Kulturkreis an. Die Österreicher haben für den völkischen Separatismus nichts übrig. Wortbildungen wie Nationalbank .... sind kein Beweis für die Existenz einer österreichischen Nation! Man müßte sonst auch von einer bayerischen Nation sprechen, denn in München gibt es ein bayerisches Nationalmuseum."*

Wiener Montag 3 April 1967, Nr. 14, S. 21

### Bundeskanzler Ignaz Seipel im Juni 1926 in der Pariser Sorbonne

*"Es gibt keine österreichische Nation!"*

*"Man wirft uns vor, daß wir kein eigenes Nationalgefühl hätten, sondern uns immer als Deutsche bekennen. Gewiß, es ist so, und zwar ist dies nicht nur die Redensart der Großdeutschen, sondern es gibt keinen Österreicher, der anders spricht."*

Victor Reimann, "Zu groß für Österreich - Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik", Wien 1968, S. 181

Copyright  
2005 by

THE BARNES REVIEW (TBR Co)  
645 Pennsylvania Ave. S.E.  
Washington D.C. 20003 - USA

### Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

The Barnes Review  
P.O. Box 243  
Uckfield  
East Sussex TN 22 9AW  
Great Britain

Siegfried Verbeke  
Postbus 46  
B 2600 Berchem 1

### Bundeskanzler Dr. Leopold Figl (ÖVP)

*"Was den Reiseverkehr von Deutschland aus betrifft, so vertrat der Bundeskanzler die sicher berechnete Ansicht, daß die Deutschen in Zukunft erst einmal arbeiten und ihre Bewährungsfrist abzahlen müssen, bevor Österreich und jedes andere Land daran denken wird, sich mit Besuchern zu befassen. Arbeit und Buße sind für die Deutschen im Augenblick die einzige Medizin und nicht Erholung in Österreich und anderen fremden Ländern."*

Wiener Courier, 14. Januar 1946 + Süddeutsche Zeitung, 5. Februar 1946

### INHALT

Anschlußwille von Anfang an .....	3
Diktatur, Verfassungsbruch, Einparteiherrschaft .....	7
Bundeskanzler Ignaz Seipel .....	7
Bundeskanzler Dollfuß .....	8
Bundeskanzler Kurt Schuschnigg .....	12
Schuschnigg über seine jüdischen Mitbürger .....	15
Besprechung in Berchtesgaden am 12.2.1938 .....	16
Forderungen in Wien aus dem Abkommen .....	19
Schuschniggs "Volksbefragung" und Folgeereignisse .....	23
Der 11. März 1938 .....	27
Der 12. März 1938 .....	33
Der Anschluß Österreichs am 13. März 1938 .....	35
Die Volksabstimmung am 10. April 1938 .....	37
Sonderbehandlung Schuschniggs .....	39
Schuschniggs "Rechtsmaßstäbe" .....	40

ISSN 0176 - 4144

1 HT-Heft beiliegen, daher bei Einzelbestellung = 16,50 €.

**Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges** -- 495 S.

Dok., hist. Karten, Lit-Verz., Register, Ln. 25,- Euro  
Taschenbuch = 8,- Euro. (z.Zt. ausverkauft)



Verbesserte und erweiterte Neuauflage der 1965-Ausgabe, die nach 15jähriger Forschungsarbeit unter Verwertung aller verfügbaren in- und ausländischen Quellen veröffentlicht worden war. Sie ist bis heute kaum ergänzungsbedürftig. 1979 wurde dieses Buch auf den Index für jugendgefährdende Schriften gesetzt, nach 15jährigem Prozeß vom Bundesverfassungsgericht wieder freigegeben, anschließend erneut auf den Index gesetzt, durch Gerichtsurteil vom 1.10.1996 vom Index wiederum freigesetzt. Bestes Urteil seitens der Behörden: es gibt kein Buch, das mit so vielen Details zusammengesetzt ist, die "weitgehend alle" richtig sind. Daß sie alle richtig sind, wagte man nicht zu schreiben.

**Udo Walendy Truth for Germany -- The Guilt Question of the Second World War** (englische Fassung) soft cover 16,50 EUR, hard cover = 24,- Euro

**Vérité pour l'Allemagne** (französische Ausgabe), 2002, neu, 526 S., Ln. 24,- Euro

Udo Walendy

**Europa in Flammen 1939 - 1945**

2 Bände, 448 + 449 S., Reg., Ln. je 16,50 Euro

Bd.I: Sachverständigen-Berichte von Nation Europa, Prof. Barnes, Generaladmiral Boehm, Arthur Ehrhardt, Prof. Friedrich Grimm, Hans Grimm, Erich Kern, Peter Kleist, Helmut Sündermann u.a.



Bd.II: Kurzgefaßte Analysen der wesentlichen historischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkrieges.

Demjenigen, der mit sauberer Geschichtsforschung Kontakt gehalten hat, wird ein Nachschlagewerk geboten, das in prägnanter Übersicht die wesentlichen politischen Entwicklungen des Zweiten Weltkrieges sowie die späteren Methoden der verlogenen Umerziehung mit Sach- und Personenregister für jede Diskussion beweiskräftig vorlegt.

Reinhard Pazorny

**Wir suchten die Freiheit**

404 S., Ill., Reg. Ln., 16,50 EUR; Cov. 13,50 Euro

Dieses Buch ist ein Generalangriff gegen Lüge, Entstellung und Totschweigen, das nicht nur die Sudeten deutschen allein, sondern uns Deutsche, uns Europäer angeht. In seiner spannungsgeladenen Schreibweise zählt es zu den aktuellsten Werken eines Augenzeugen, das über den Schicksalsweg der sudetendeutschen Volksgruppe geschrieben worden ist. Es umfaßt den Zeitraum von 1918 bis in unsere Gegenwart mit einer Fülle vielfach vergessener Tatsachen.

Willi Krämer

**Vom Stah Heß zu Dr. Goehhels**

400 Seiten, Ill. Reg., Ln. 16,50 Euro

Es gab im deutschen Herrschaftsbereich niemanden wie in England z.B. Seifon Delmer oder -- wie in der UdSSR -- zur Lüge verpflichtete Propagandisten, die im staatlichen Auftrag "von morgens bis abends Lügen über den Gegner zu fabrizieren" hatten. Es gab auch nicht einen jener Publizistik-Gewaltigen, die zwar nicht offiziell staatlich, aber dennoch mächtig genug waren, um auf Öffentlichkeit und Politik ihres Staates ständig in diesem Sinne Einfluß zu nehmen, wie u.a. in den USA -- Rudolf Heß und Dr. Goebbels hatten ganz andere Sorgen!



Udo Walendy (Hrsg.)

**Auschwitz im IG-Farben Prozeß**

412 S. Ill., Dok., Reg., US-Air-Force Fotos, Ln. 20,- Euro; Cov. = 16,50 Euro

Als einer der großen Wirtschaftsprozesse, die die US-Besatzungsmacht nach 1945 gegen Deutschland führte, ist der IG-Farben Prozeß 1947/48 von besonderer historischer Bedeutung: Zumeinen deswegen,

weil die Anlage gegen dieses größte deutsche "Wirtschaftsimperium" restlos zusammengefallen ist, Rüstungsschrittmacher und Mitverschwörer für Aggression und Völkerverklawung gewesen zu sein. Zum anderen auf Grund der Tatsache, daß IG-Farben mitten im Krieg aus eigener Kraft in Auschwitz ein Großwerk mit über 30.000 Beschäftigten aus dem Boden gestampft hatte, -- ausgerechnet dort.

Erstmals in einem dieser großen Prozesse wird der Öffentlichkeit auch der Verteidigungsvortrag belegt.

Udo Walendy **Die Weltanschauung des**

**Wissens** 5 Bände; Bd. 1 = 286 S., Bd. 2 = 240 S., Bd. 3 = 232 S., Bd. 4 = 240 S., Bd. 5 = 272 Seiten. -- Ill., Ln. je 20,- Euro, insg. = 80,- Euro

Zwei Weltkreise, verwildertes Völkerrecht, unrealistische Ideologien, offene Fragen in Grundsatzbereichen der Naturwissenschaft kennzeichnen den "Intelligenzgrad" des "homo sapiens".



Die vorliegende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Weltanschauungen führt in neue Erkenntnisbereiche der Naturwissenschaft. Der Mensch ist im Rahmen der Natur ein Energiepotential, das auf Richtungsänderungen strahlender Körper im All, vornehmlich der Planeten, reagiert. Präzise Forschungsanalysen von über 40.000 atekundlichen Schicksalsdaten zeigen den Weg auf zur Entdeckung bisher unbekannter Planeten. Die Biologie rückt immer stärker in den Bereich mikrophysikalischer Forschung. Von Anlage, Wille, Schicksal, Schlaf, geheimnisvoller Elektrizität im menschlichen Organismus, Gehirn und Nervensystem bis hin zur kosmischen Konstellationsvererbung wird ein Untersuchungsfeld erschlossen, das völlig neue Dimensionen eröffnet. Bd. IV befähigt sich ausschließlich mit den Schicksalsystemen Adolf Hitlers.

Udo Walendy **Bild'dokumente' für die**

**Geschichtsschreibung?** 80 S., 8,- Euro

52 Bild'dokumente' angeblicher deutscher Greueltatzen werden mit unwiderlegbarer Beweisführung als Fälschungen entlarvt. - Auch in englischer und französischer Sprache lieferbar: **Forged War Crimes malign the German Nation + Des documents photographiques historiques.**



Louls FitzGibbon

**Das Grauen von Katyn -- Verbrechen ohne Beispiel**

350 Seiten + Dok., Reg., Ln. 16,50 Euro; Cov. kart. 13,50 Euro

Dieses Buch ist dem Andenken an 14.500 polnische Offiziere gewidmet und dokumentiert, wie diese Offiziere nach Auflösung der sowjetischen Gefangenenlager Kosielsk, Starobielsk + Ostaschkow im März - Mai 1940 spurlos verschwunden sind und eine internationale Großfahndung auslösten. 4.253 Leichen des Lagers Kosielsk wurden im Frühjahr 1943 im Wald von Katyn durch deutsche Truppen entdeckt und exhumiert.



chen des Lagers Kosielsk wurden im Frühjahr 1943 im Wald von Katyn durch deutsche Truppen entdeckt und exhumiert.

Hans-Georg Kennitzler **Nitschewo -- Über Dornen Sibiriens zur Freiheit**

310 Seiten, Ln. = 10,- Euro

Dieser überaus packend und gekonnt geschriebene Bericht eines deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien vermittelt lebendige Zeitgeschichte, die jeden angeht. Ein Deutscher blüht sich in der erzwungenen Abgestumpftheit gegenüber Zeit, Raum und Macht im riesigen sowjetrussischen Reich auf, im Nitschewo unterzugehen. Hans-Georg Kennitzler ist es gegeben, dem deutschen Kriegsgefangenen in Rußland ein literarisches Denkmal zu setzen.



## Anschlußwille von Anfang an

Am 21. Oktober 1918 konstituierte die deutschsprachigen Mitglieder des im Jahre 1911 gewählten österreichischen Abgeordnetenhauses – 102 Deutsche, 72 Christlich-soziale und 42 Sozialdemokraten – die "Provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Österreich" und proklamierte den "deutsch-österreichischen Staat". Neuwahlen sollten über die Zusammensetzung der eigentlichen Nationalversammlung entscheiden. Die durch die Zerschlagung der Österreich-Ungarischen Monarchie zersplitterten Völkerschaften waren eingeladen, sich zu beteiligen. Für den Fall ihres Selbständigkeitsstrebens – der eintrat –, bekundeten die Abgeordneten ihren Willen, sich dem Deutschen Reich einzugliedern. Nur 2 Splittergruppen, so die sudetendeutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, forderten den sofortigen Anschluß an Deutschland.

Derweil wirkten andere Ereignisse als Folgewirkungen des zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieges auf den Entscheidungsprozeß ein:

Am 28. Oktober rief **Thomas Masaryk** in Prag "mit dem Segen" der US-Regierung **Woodrow Wilsons** die Tschechoslowakische Republik aus.

Auch der 29. Oktober 1918 blieb denkwürdig:

(a) In Agram erklärte ein kroatischer Landtag die süd-slawischen Gebiete Österreich-Ungarns zu serbischem Territorium

(b) der Nationalrat in Budapest beschloß die Unabhängigkeit Ungarns

(c) die deutsch-böhmische Landesversammlung erklärte ihre Heimatgebiete zu einer eigenberechtigten Provinz des Staates Deutsch-Österreich und richtete an die deutsch-böhmische Bevölkerung folgenden Aufruf:

"Durch seine frei gewählten Vertreter hat Deutsch-Böhmen über sein staatliches Schicksal entschieden.

Am 29. Oktober 1918 sind die in den deutschen Wahlbezirken Böhmens gewählten Abgeordneten zu einer provisorischen Landesversammlung zusammengetreten und haben im Namen des von ihnen vertretenen Gebietes Deutsch-Böhmen als eigenberechtigte Provinz des Staates Deutsch-Österreich erklärt.

Der Rechtstitel, auf dem die Begründung beruht, ist der Wille des Volkes, und kein höheres Recht kann ihn streitig machen.

Gegen dieses Recht stellt die tschechische Nation die Gewalt. Sie hat das Land mit Krieg überzogen, unsere Heimaterde wider unseren Willen mit tschechischen Truppen besetzt, das Land, das wir beackern, die Städte, die wir erbaut haben, schmachten unter fremder Herrschaft. Schwer erarbeitetes Gut, auf das wir ein heiliges Recht haben, ist uns entrissen. Wo die deutsche Sprache klingt, die deutsche Sitte gilt, schaltet der Feind, sich auf Siege berufend, die er nie errungen hat. Was Lockungen und Drohungen nicht vermöchten, – die Einfügung in den tschechoslowakischen Staat –, das soll die Gewalt erzwingen. So hoffen die tschechischen Machthaber die Friedenskonferenz vor

eine vollendete Tatsache zu stellen und das Schicksal Deutsch-Böhmens zu hesiegeln." \*)

Am 30. Oktober 1918 richtete die erste deutsch-österreichische Nationalversammlung mit Zustimmung der von **Dr. Karl Renner** (SPÖ) geführten Koalitionsregierung ein dringendes Ersuchen an die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Prinzen **Max von Baden** zum Schutz des deutsch-österreichischen Staatsgebietes.<sup>7) S. 82</sup>

**Dr. Karl Renner** (SPÖ), der auch die nachfolgenden Koalitionsregierungen anführte, war schon vor dem Zusammenbruch Österreichs ein Befürworter des Anschlusses an Deutschland. Doch nicht nur er.

Am 3. November 1918 wurde in der Villa Giusti bei Padua der Waffenstillstandsvertrag mit den Alliierten unterzeichnet.

Am 12. November beschloß die Provisorische Nationalversammlung einstimmig das Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Österreichs.

*"Artikel 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt."*

*"Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen."*

7) S. 86

**Dr. Karl Renner** führte hierzu in seiner Regierungserklärung aus:

"Notwendig aber ist dieser Beschluß besonders in seinem Artikel 2, welcher sagt, daß die Deutschösterreichische Republik ein Bestandteil der Deutschen Republik ist, notwendig ist er im Verhältnis zu unserem Stammvolke. (Protokoll: 'Sehr richtig!')

Unser großes Volk ist in Not und in Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblicke tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesehen zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.

(Protokoll: 'Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer, lang anhaltender Beifall) und Händeklatschen im Saale und auf den Galerien').<sup>11) S. 45-46</sup>

Am 4. Februar 1919 erklärte der Präsident der Provisorischen Nationalversammlung, **Dr. Franz Dinghofer**,

\*) *Frankfurter Zeitung*, 1.1.1919

**"Hohe Nationalversammlung!"**

Übermorgen, am 6. Februar, tritt zum erstenmal die neugewählte verfassungsgebende Nationalversammlung der Deutschen Republik in Weimar zusammen. (Lebhafte Heilrufe.)

Die Voraussetzungen sind noch nicht so weit gediehen und noch nicht geschaffen, daß wir als vollberechtigte Mitglieder an derselben teilnehmen können. Trotzdem dürfen wir an diesem großen, bedeutungsvollen Ereignis nicht achtlos vorbeigehen. Der großdeutsche Gedanke ist bei uns Deutschen hier in diesen Landen nicht erstorben und war niemals, niemals verstorben. (Zustimmung.)

Wie ein leuchtender Stern aus dunklem Nebel winkt uns die frohe Hoffnung der Verwirklichung unseres Sehnsuchtsraumes entgegen, in all dem Kummer und in all der Sorge, die uns jetzt umgibt, die Hoffnung auf dauernde Wiedervereinigung mit unserem alten Mutterlande. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Mit wogender Begeisterung begrüßen wir daher die deutschen Brüder draußen im Reiche. Wir jubeln ihnen zu. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, untrennbar vereint, nicht mehr geschieden durch die Grenzpfähle, nicht mehr geschieden durch die Eifersucht der Herrschenden (Stürmischer Beifall und Händeklatschen), soll und muß auch für uns wieder zur Heimat werden. (Beifall.)

Aus dieser Erwägung heraus haben die Bevollmächtigten der Parteien dem Hohen Hause folgenden Antrag unterbreitet:

Die deutschösterreichische Provisorische Nationalversammlung entbietet der verfassungsgebenden Nationalversammlung der Deutschen Republik bei ihrem Zusammentreten in Weimar, dieser jedem Deutschen teuren Stätte, ihren Gruß und spricht die Hoffnung und Überzeugung aus, daß es der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung im Verein mit der deutschösterreichischen Volksvertretung gelingen wird, das Band, das die Gewalt im Jahre 1866 zerrissen hat, wieder zu knüpfen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen und Deutschösterreich mit dem deutschen Mutterlande für alle Zeiten zu vereinigen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. Die Versammlung erhebt sich.)" 11.8.46

Zwei Tage später, am 6. Februar 1919, wurde dem Hohen Hause folgende Botschaft des Senats der Universität Wien vorgelesen:

"Der akademische Senat spricht sich einstimmig für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland aus. (Heilrufe.) Im Augenblicke, in dem sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall siegreich durchsetzt und zur Neukonstituierung Europas auf rein nationaler Grundlage führt, können auch die Deutschösterreicher nicht länger von der Gesamtheit des deutschen Volkes getrennt bleiben. Die Vereinigung wird nicht nur das

durch die politische Entwicklung der letzten zwei Menschengenerationen gerissene Band zwischen dem deutschen Volke in Österreich und dem Deutschen Reich wieder knüpfen, sie wird auch gleichermaßen durch allgemein politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen unabwischlich gefordert.

Ich beehre mich hiervon mit dem Ersuchen Mitteilung zu machen, diese Kundgebung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich zur Kenntnis zu bringen.

Der Rektor der Universität Wien:

E. Becke. 11.8.47

Am selben Tag gab der neu gewählte Reichskanzler **Philipp Scheidemann** (SPD) in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung in Weimar der Hoffnung Ausdruck:

*"Möge die Zeit nahe sein, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Volksgemeinschaft wieder einnehmen können."*

Der für die Außenpolitik zuständige Staatssekretär **Dr. Otto Bauer** bemühte sich mit dem deutschen Außenminister **Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau** (beide übrigens jüdischer Abstammung, was in diesem Fall nicht unwichtig ist!) um einen diesbezüglichen Staatsvertrag mit der Reichsregierung, der Österreich als Teilstaat in das Reich eingliedert. Gemeinsame Kommissionen sollten in Berlin, Wien, München und Leipzig, Fragen der Währungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Personalpolitik und Rechtsangleichung regeln.

Über die Absprachen fertigten beide am 2. März 1919 ein geheimes Protokoll. **Dr. Otto Bauer** unterrichtete anschließend die neugewählte Konstituierende Nationalversammlung in Wien:

"Die Vereinigung Deutschösterreichs mit der großen Deutschen Republik bekräftigen wir heute wieder als unser Programm. Aber über die Phase bloß programmatischer Erklärungen sind wir heute zum Glück schon hinaus. Es gilt jetzt, die ganze konkrete und praktische Arbeit zu leisten, die erforderlich ist, damit der staatsrechtliche und wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland wirklich vollzogen werden könne.

Diese Arbeit hat bereits begonnen. Sie ist eingeleitet worden durch Verhandlungen, die ich im Namen und im Auftrag der deutschösterreichischen Regierung in Weimar und Berlin zu führen die Ehre hatte.

Man vermeidet im Deutschen Reiche aus guten Gründen alles, was den falschen Anschein erwecken könnte, als würden wir unsere Beschlüsse, unseren Beschluß für den Anschluß zumal, unter irgendwelchem Einfluß vom Reiche aus fassen. Wir können und sollen zum Reiche nicht anders kommen als durch unseren eigenen, durch unseren freien, durch unseren auch vom Reiche aus völlig unbeeinflussten Beschluß. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber wenn wir diesen Beschluß fassen, sind wir der vollen Überzeugung – und das ist das wichtigste und das sicherste Ergebnis der Besprechungen, die wir geführt haben –, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Händen, willkommen heißen mit brüderlicher

1) Kurt Schuschnigg, "Im Kampf gegen Hitler – Die Überwindung der Anschlußlüge", Wien – München 1988 (Neuauflage).

Gesinnung, daß wir im Reiche volles Verständnis finden für die geschichtlich gewordene Eigenart Deutschösterreichs, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können, daß wir vor allem dort finden werden die herzlichste Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfe.  
(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) "1) S. 45 - 47 - 48

Der steirische christlichsoziale Abgeordnete Dr. Gimpi führte hierzu am 12.3.1919 vor der Nationalversammlung aus:

"Es ist von einigen Rednern hier der Anschein erweckt worden, als ob die christlichsoziale Partei als solche gegen den Anschluß an Deutschland wäre. Wir haben schon während der Wahlbewegung immer offen erklärt, daß wir unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind...

Ich habe jetzt weiter kein Wort mehr zu verlieren. Es oblag mir nur die Aufgabe, hier zu erklären, daß wir Christlichsoziale unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind. Ferner, daß wir unbedingt dafür sind, daß jenem unterdrückten Teil des deutschen Volkes in den besetzten Gebieten sein Recht, die Freiheit und Selbstbestimmung gewährt werden." 1) S. 48

Am 12. März 1919 bestätigte die Konstituierende Nationalversammlung (mit wenigen Gegenstimmen), die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zur Deutschen Republik.

Anlässlich der Abreise nach Paris zu den "Friedensverhandlungen" erklärte Staatskanzler Dr. Karl Renner am 14. Mai 1919 noch auf dem Wiener Westbahnhof:

"Der Anschluß ist ein ewiges Recht, das wir uns holen werden, und sei es von den Sternen." 2) S. 51

Nach Ankunft in St. Germain stand er den Entente-Mächten sowie Vertretern Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens als "Verhandlungspartner" gegenüber, die jedoch nur schriftliche Stellungnahmen zu ihren über 300 Seiten umfassenden "Vertragseurteilen" zuließen und diese anschließend fast ausschließlich ablehnten.

Die am 11.8.1919 von der deutschen Nationalversammlung beschlossene und am 14.8.1919 in Kraft getretene Weimarer Verfassung sah in ihrem Artikel 61 den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich vor:

"Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme."

Der beabsichtigte Staatsvertrag wurde indessen von den Versailler Siegermächten vereitelt, die im Artikel 80 ihres "Friedensvertrages" Deutschland gezwungen haben, die Unabhängigkeit Österreichs zu respektieren und in ihrem Artikel 88 des Österreich gesondert auferlegten "Vertrages" von Saint Germain die Unabhängigkeit Österreichs für "unabänderlich" verfügten.

Nachdem am 6. September 1919 die Nationalversammlung das Ultimatum der Entente-Mächte mit angedrohter militärischer Intervention zur Kenntnis genommen und feierlichen Protest gegen die Vergewaltigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts eingelegt hatte, setzte der

österreichische Staatskanzler Dr. Karl Renner (SPÖ) seine Unterschrift unter den von den Siegermächten für Österreich präsentierten "Friedensvertrag" von St. Germain (Vortext von Paris). Die Wiener Nationalversammlung annullierte in Ausführung dieses "Vertrages" mit seinen 381 Artikeln am 21. Oktober 1919 das Grundgesetz vom 12. März über die Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Seitdem gab es nunmehr die "Republik Österreich".

Laut Artikel 88 des am 30. Juni 1920 in Kraft getretenen "Vertrages" durfte allenfalls der Völkerbundsrat eine Neuregelung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs genehmigen. Doch dieser war als Wachkommando für die "Einhaltung der neuen Völkerrechtsbestimmungen" von Versailles und St. Germain geschaffen worden, um die Interessen der alliierten Sieger dauerhaft abzusichern und somit keine Änderungen zuzulassen.

Nicht nur, daß sie einfach diktierten und Deutschland wie Österreich unter Druck wirtschaftlicher Erpressung setzten, sondern sie schraubten auch durch ihre Bündnispolitik der sogenannten "Kleinen Entente" (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen) den Einkesselungsring von Osten her fest, so daß für Österreich wie für Deutschland vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" so gut wie nichts mehr übrig blieb.

Diplomatisch hieß dies schon 1919 so:

"Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtigen, auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Österreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihren Befugnissen vollständig wiederhergestellt werden."

Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Friedensvertrag verpflichtete Deutschland im Artikel 80, die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen, "sofern nicht der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimme". Da dieser sich jedoch aus der Kriegskoalition der Siegermächte zusammensetzte und satzungsgemäß in solchen Fragen einstimmig zu entscheiden hatte, war eine solche Floskel eher als Hohn denn als reale Chance aufzufassen.

Anfänglich war in den österreichischen Friedensvertragsbedingungen von St. Germain vom Juni (erster Teil) und Juli 1919 (zweiter Teil) ein Anschlußverbot an Deutschland nicht vermerkt. Die französische und britische Regierung jedoch bestanden im Verlauf "ihrer Verhandlungen" auf Einfügung des Artikel 88 in die Schlußfassung. Österreich hatte sich zu verpflichten,

"sich außer mit Zustimmung des Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege ... seine Unabhängigkeit gefährden könnte".

Aus den Verfassungen Österreichs und Deutschlands mußten die Artikel getilgt werden, welche die Vereinigung vorsehen hatten.

Im Dezember 1919 fühlte sich der Oberste Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte bemüßigt, in einer amtlichen Verlautbarung auch noch die Verpflichtung zur "wirtschaftlichen Unabhängigkeit" Österreichs als Konsequenz der Friedensverträge besonders hervorzuheben bzw. nachzureichen. 1931 sollte unter Hinweis auf diesen "Nachschlag" die deutsch-österreichische Zollunion wieder rückgängig gemacht werden. Der "Krieg mit anderen Mitteln" war selbst

2) Helmut Andics, "Der Staat, den keiner wollte". Wien 1962.

1933 noch nicht zu Ende!

Obleich das Verbot der Alliierten und Assoziierten Mächte schon vor Bekanntwerden ihrer unter sich alleingeführten "Friedens-Vertragsverhandlungen" bekanntgeworden war, hat dies sowohl in Deutschland wie in Österreich die Anschlußpropaganda in der Presse wie in Versammlungen und Parlamenten, aber auch die internen Absprachen der Vertreter beider Regierungen nicht zu beeinträchtigen vermocht. Landtage setzten Anschlußkommissionen ein. In Österreich bereiteten sie sogar Volksabstimmungen vor. Der Volkswille sollte der Welt demonstriert und das Selbstbestimmungsrecht auf diese Weise erzwungen werden.

Am 18. Januar 1921 übermittelte der Nationalrat Reichspräsident Friedrich Ebert zum 50. Jahrestag der Reichsgründung herzliche Glückwünsche mit dem ausklingenden Wunsch, "daß die Zukunft des Deutschen Reiches und der Republik Österreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen möge".

Die von der verfassunggebenden Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 einstimmig beantragte Abstimmung über den Anschlußwille im gesamten Bundesgebiet wurde auf Grund angedrohter wirtschaftlicher Konsequenzen und sogar militärischer Schritte seitens der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens storniert, ebenso die geplanten diesbezüglichen Volksabstimmungen in der Steiermark. Trotz Verbot der Bundesregierung fanden jedoch am 24. April und 29. Mai 1921 Volksabstimmungen in Tirol (nicht im an Italien abgetrennten Südtirol) und Salzburg statt. Mit 98,8% und 99% Ja stimmte deren Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland! Der nach diesen Wahlergebnissen im steirischen Landtag am 31. Mai 1921 erneut gefaßte Beschluß, auch in der Steiermark eine solche Abstimmung durchzuführen, führte zum Rücktritt der Bundesregierung in Wien. Doch der Völkerbund, auf den man gehofft hatte, blieb vom österreichischen Volkswillen "unbeeindruckt", dafür aufgeschreckt. Sogleich bildete er ein Kontrollkomitee und entsandte einen Generalkommissar



Kanzler Engelbert Dollfuß (li.), Kurt Schuschnigg und Joseph Reither bei einer Kundgebung der Vaterländischen Front 1933.

nach Wien.

"Dieser nimmt dort seinen dauernden Aufenthalt und übt die Finanzkontrolle aus. Ihm ist die Bundesregierung ... in allen Fragen, die die Verwendung der Anleihe betreffen, Rechenschaft schuldig.

Auf Verlangen des Kommissars müssen Zölle, Tabakmonopol und andere Staatseinnahmen verpfändet werden. Die Regierung verpflichtet sich, kein Papiergeld mehr zu drucken und bei Aufnahmen neuer Anleihen die Genehmigung des Kommissars nachzusuchen. Die Regierung muß der von ihr gegründeten Notenbank volle Autonomie geben; sie muß sich weiter verpflichten, die Eisenbahn-, Post-, Telegraphentarife und die Monopolpreise zu erhöhen.

Hier findet der 4-jährige Kampf der beiden Prinzipien: Anschluß oder Völkerbund vorläufig sein Ende.

Für 2 Jahrzehnte ist das Land unter Fremdherrschaft gekommen, eine Kolonie des Völkerbundes, ein Spielball seiner Mächte geworden. Und der, der das bewirkt hat, ist der Führer der Christlich-Sozialen, der Bundeskanzler (Prälat Ignaz Seipel" 3) S. 91



Großkundgebung der Vaterländischen Front im Musikvereinsaal, Wien. Am Rednerpult Justiz- und Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg.

Jedwede unabhängige nationale Regung in Österreich wie in Deutschland blieb für die Versailler Siegermächte, die sich im Völkerbund ein "internationales Sicherungsorgan" für ihre "Vertragsbestimmungen" geschaffen haben, verdamnenswert und wurde von ihnen mit allen Mitteln wirtschaftlicher Erpressung, politisch-militärischer Einkreisung niedergekämpft! Auch für die nachfolgenden Bundeskanzler blieben diese Machtkomponenten bindend.

Die österreichische Bevölkerung jedenfalls hat ihren Willen zum Anschluß an Deutschland trotz der Verfügungen aus Paris und London und ihrer Entente-Begehrlichen nie aufgegeben. Dies bestätigte selbst Kurt Schuschnigg nach dem Zweiten Weltkrieges.<sup>4) S. 160</sup>

3) Baron von Gálery, "Österreichs Rückkehr ins Deutsche Reich - Von Kaiser Karl zu Adolf Hitler", Leipzig 1938.



# Diktatur, Verfassungsbruch, Einparteienherrschaft das neue und bleibende Rezept

Die Auswirkungen der "Friedensmacher" in Paris führten in ganz Europa zu chaotischen Bürgerkriegsverhältnissen, Volkstumskämpfen und permanentem Wirtschaftselend, speziell in Österreich zur Diktatur, Einparteienherrschaft, Notverordnungen mit der Folge unentwegter Unterdrückungsmaßnahmen, erschreckender und anhaltender Arbeitslosigkeit. Der Völkerbund sicherte diese Rahmenbedingungen hierfür ab.

Kurzfassete Stationen:

## Bundeskanzler Ignaz Seipel

(31.5.1922 - Nov. 1924 + 20. Okt. 1926 - 3.4.1929)

Der Theologieprofessor aus Salzburg und damals 46-jährige Prälat und Führer der Christlich-Sozialen Partei versuchte den Föderalismus seines Landes in die Einheit der katholischen Kirche einzubinden und international an das christliche Gewissen der Völker zu appellieren, um die Notstände Österreichs zu überwinden. Die Abwehr des Marxismus und die Ablehnung eines Anschlusses an Deutschland waren für ihn zwar dominierende Maxime seines politischen Handelns, was jedoch nicht bedeutete, sein Deutschtum zu verleugnen. Dennoch konnte er die von ihm übernommenen 790 Milliarden Kronen Staatsschulden nicht abtragen. Seine Sparmaßnahmen (u.a. Entlassung von 100.000 Staatsangestellten bis Ende 1922) und "Kreditoperationen" mit der Notenpresse stellten ihn im Gegenteil vor unlösbare Aufgaben.

*"Rosig sieht es in Österreich nicht aus. Der Staatshaushalt für 1923 schließt mit einem Fehlbetrag von 10 Billionen (= über 700 Millionen Goldkronen) ab, die Staatsschulden sind von Ende 1921 bis Ende 1922 auf 13 Billionen (= rund 1 Milliarde Goldkronen) angewachsen.*

*Immerhin kann Seipel Ende Dezember 1922 verkünden, daß auf die Anleihe 200 Milliarden (= 14 Goldmillionen) gezeichnet seien, die Notenpresse ist stillgelegt, der Notenumlauf beträgt 3 Billionen (= 200 Goldmillionen). 14.400 Papierkronen von Ende Dezember 1922 sind soviel wert wie 1 Krone im Juli 1914."* 31 S. 89

Als Folge des verlorenen Ersten Weltkrieges haben die USA, Frankreich, England und Italien, sogar die Tschechoslowakei Österreich noch eine Schuldensumme von 1 Milliarde Goldkronen auferlegt, die dieses kleine Land ähnlich wie das größere Deutschland gar nicht bezahlen konnte.

In den Genfer Protokollen zur Anleihegewährung von 650 Millionen Goldkronen (etwa 10 Billionen Papierkronen) vom 4.10.1923 mußte sich die österreichische Regierung neuerlich auf ihre Unabhängigkeit bzw. auf ein Anschlußverbot an Deutschland festlegen und einem Kontrollkomitee des Völkerbundes zustimmen.

Am 1.6.1924 wurde Seipel von einem marxistischen Attentäter schwer verwundet, Anfang November gelang es den Marxisten, ihn gänzlich zu stürzen. Ein Streik der Bundesbahn, der um 180 Milliarden Mehrausgaben geführt wurde, veranlaßte Seipel zum Rücktritt.

Erst sein Nachfolger Rudolf Ramek erreichte am

2.3.1925 die Einführung der Schilling-Währung und Ende Juni 1926 die Abreise des Völkerbundkommissars. Dennoch wird auch er gestürzt – wegen geforderter Gehaltserhöhungen der Bundesangestellten in Höhe von 25%. Im Oktober 1926 trat auch Ramek zurück.

Seipel übernahm am 20. Oktober 1926 den Posten des Bundeskanzlers erneut.

Beachtlich bleiben die Ausführungen in seiner Regierungserklärung vom 19. Mai 1927:

*"Ganz besonders liegt uns die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren Brüdern im Deutschen Reich am Herzen. In geistiger Beziehung kann natürlich das Verhältnis der Beziehungen nicht mehr enger werden. Wir sind ja mit allen durch die gleiche Abstammung, gleiche Kulturentwicklung, gleiche Geschichte verbunden, aber wir wünschen darüber hinaus, alles zu fördern, was auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten die Annäherung der beiden Staaten zu einer engeren machen kann. Wir werden streben, auf diesem Wege in dem Maße Fortschritte zu machen, als es je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist."* 40

Als er am 3.4.1929 wiederum zurücktrat, hatte er die Grundtöne seines Staates nicht beseitigt: die strenge Konfessionsbindung, die Gegensätze zu den Marxisten und Großdeutschen, die Arbeitslosigkeit, die Fixierung auf den Völkerbund.

*"Nach dem Weggang Seipels verschafft sich die liberalere Richtung der Christlich-Sozialen den Einfluß in der Staatsführung. Männer wie Ernst v. Streerowitz, Johannes Schober, Dr. Otto Ender, Karl Buresch werden Bundeskanzler, die in der Zollunion Österreichs mit dem Reiche eine Art des Anschlusses sehen, die nicht nur für Österreich, sondern auch für Europa tragbar ist."* 31 S. 112

Wie grotesk inzwischen diese Problematik um die Zollunion geworden ist, zeigt sich daran, daß sich die Völkerbund-Mächte 1931 in Konferenzen um einen "paneuropäischen" wirtschaftlichen Zusammenschluß bemühten, sie aber gleichzeitig in aller Schärfe Deutschland und Österreich eine Zollunion verwehrt und dafür sogar ihren Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag einspannten, der mit 8:7 Stimmen die geplante Zollunion verbot. Allein schon die Parole Bundeskanzler Schobers: **"Zwei Staaten – ein Volk"** war zu viel für sie.

4) H. v. Paller, "Der großdeutsche Gedanke", Leipzig 1928, (Unveränderter Nachdruck, Faksimile Verlag, Bremen), S. 156.

Die Regierung **Buresch** trat schließlich am 6. Mai 1932 zurück, -- unter Hinweis auf hohe Stimmenzahl für die NSDAP-Österreich bei den Wahlen Ende April 1932. In der marxistischen Hochburg Wien hatte sie im Vergleich zu 1930 ihren Stimmenanteil um das Siebenfache (von

27.000 auf 201.000 Stimmen), in Voralberg das Neunfache im Vergleich zum November 1930<sup>1)</sup> S. 122 erhöhen können, in Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Salzburg erzielte sie 20% der Stimmen. In Innsbruck rückte sie sogar zur stärksten Fraktion auf.

## **Bundeskanzler Dollfuß** (20. Mai 1932 - 25. Juli 1934):

**Engelbert Dollfuß**, vormals Bundesbahnpräsident, übernahm am 20. Mai 1932 die Regierung Österreichs. Er behielt nicht nur den vorgegebenen Kurs bei, sondern bekräftigte ihn noch durch Ausnahme Gesetze und Zentralisierung seiner Herrschaft.

Eine seiner ersten wichtigen außenpolitischen Amtshandlungen war die Unterzeichnung des sogenannten Lausanner Protokolls vom 15.7.1932, in dem sich Österreich zugunsten neuerlicher Auslandsanleihen von 60 Millionen Schilling nebst Auslandskontrolle verpflichtete, für weitere 20 Jahre jedweden wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaftsgedanken mit Deutschland abzuschwören. Dies freilich geschah in einer Entwicklungsphase Österreichs, als unter Einwirkung großer Wahlerfolge der Nationalsozialisten in Deutschland auch der außergewöhnliche Zuwachs der ns-Wählerstimmen bei den Landtagswahlen in Österreich im April 1932 einen Umbruch des gesamten Systems ähnlich wie im Reich erkennbar machte.

Innenpolitisch hieß sein "Heilmittel" Diktatur, Unterdrückung jeglicher unerwünschter Meinungen und Organisationen, ganz gleich, in welcher Stärke sie sich in Österreich Geltung machen sollten.

Am 10. Mai 1933 verbot **Dollfuß** weitere Landtags- und Gemeindevahlen, danach schaffte er alle Parteien ab zugunsten seiner

per Gesetz am 1. Mai 1934 gegründeten **"Vaterländischen Front"**.

Sein Justiz- und Unterrichtsminister, der 34-jährige **Kurt Schuschnigg**, gab sämtlichen rechtswidrigen Entscheidungen von **Dollfuß** seine Zustimmung, wußte auch sogleich "die Schuldigen" für diese diktatorischen Unterdrückungsmaßnahmen zu benennen: die Nationalsozialisten Österreichs.

Für die Zeit vor dem 4. März 1933 führt **Kurt Schuschnigg** an: Da "zog jemand seit Sommer 1931 von Wien aus seine Fäden", -- der vom Reich ernannte NSDAP-Inspekteur **Theo Habicht**. Ob nachfolgendes mit ihm zu tun hat, wird zwar nicht behauptet, doch als Eindruck suggeriert. **Habicht** war schon vor Beginn des Jahres 1934 aus Österreich ausgewiesen worden!<sup>1) S. 146</sup>

Da soll es im Oktober 1932 gewalttätige Überfälle an der Wiener Universität "im Zeichen des Hakenkreuzes" gegeben haben, so daß die Alma mater gesperrt werden mußte. Tränengasanschläge gegen jüdische Großkaufhäuser seien "in der Weihnachtszeit 1932 anbefohlen" worden. Von wem blieb ungenannt.

Das war's dann schon bis zum 4. März 1933, was **Kurt Schuschnigg** vorzubringen mußte!

Weder sind uns Hintergründe dieser Vorfälle bekannt, noch vermittelt sie **Schuschnigg**.

Auch später ist nie eine zentrale Lenkung dieser Ereignisse seitens irgendeiner Parteistelle aus dem Reich nachgewiesen worden!

**Dollfuß** hatte sich zu seinen diktatorischen Allüren und zum grundsätzlichen Verfassungsbruch am 4. März 1933 entschlossen, um dem Auftrieb der ns-Wählerschaft ein Ende zu machen. Nicht Gewaltakte aus dieser "Szene" waren für seine Entscheidungen bestimmend! Er hatte auch keine derartigen Begründungen angeführt. Den Rücktritt des Parlamentspräsidenten, einen an sich belanglosen Geschäftsordnungsvorgang, nahm er zum Anlaß, in einem frech verfügten Übertummelungsakt fortan Parlament und Freiheitsrechte grundsätzlich auszuschalten, obgleich einer der 3 zurückgetretenen Nationalratspräsidenten die unterbrochene Sitzung wieder einberufen hatte.

Zur allgemeinen Überraschung zog er aus dem vorgenannten Anlaß am 4. März 1933 das **"Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917"** aus den verstaubten Akten hervor, festigte und zentralisierte mit diesem Kriegsrecht seine Macht. Verfassung und Parlament waren damit ausgeschaltet, das Volk sowieso durch Wahlverweigerung, Pressezensur, Verbot von öffentlichen Versammlungen und Aufmärschen (BGBl 41/1933).

"In der Praxis waren allerdings die Christlichsozialen und die Heimwehren davon ausgenommen." 4 a) S. 106

Die innenpolitischen Gegensätze waren damit jedoch



Für das System überraschend: Wahlsieg der NSDAP-Österreich mit Einzug einer 15 Mann starken ns-Fraktion in den Wiener Gemeinderat. Dies veränderte in Verbindung mit ähnlichen Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Salzburg und Niederösterreich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat.<sup>2) S. 130</sup> Hier: Friedliche ns-Kundgebung in Wien 1932.<sup>3) S. 481</sup> Reaktion des Systems: Verbote und Unterdrückung.

4a) Bruce F. Pauley, "Der Weg in den Nationalsozialismus -- Ursprünge und Entwicklung in Österreich", Wien 1988, Bundesverlag.

nicht ausgeschaltet, im Gegenteil: sie eskalierten. Der eigentliche Kampf begann jetzt erst.

**Kurt Schuschnigg** gab nach Kriegsende zu:

*"Die Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 bis Ende April 1934 und die Promulgierung (Bekanntgabe, -- d. Verf.) der neuen Verfassung vom 1. Mai 1934 lassen sich mit juristischen Argumenten allein nicht verstehen."* <sup>11</sup> S. 141

Nach dem Verbot aller Parteien außer der von **Dollfuß** gegründeten Vaterländischen Front war der Nationalrat überhaupt nicht mehr beschlußfähig. Die neue Verfassung verfügte u.a.: Der Bundespräsident ist von den Bürgermeistern zu wählen, die Angehörigen der gesetzgebenden Körperschaften werden aus Mitgliedern der Berufsstände ernannt. Das Volk blieb total ausgeschaltet.

**Kurt Schuschnigg** beteiligte sich als Justiz- und Unterrichtsminister an diesem Unterdrückungskurs insbesondere gegenüber der "Großdeutschen Front" und sanktionierte die Verhaftung von Tausenden ihrer Gesinnung wegen. **Schuschnigg** hatte keinen Grund, sich über **Hitlers** Herrschaftsmethoden zu beschweren und seinen "Kampf gegen **Hitler**" deshalb aufzunehmen, denn der Führer regierte **mit** den Wählerstimmen seines Volkes, **mit** Zustimmung des Parlamentes und des Reichspräsidenten bis zu dessen Ableben im Oktober 1934, und danach in seiner vereinten Funktion als Führer und Reichskanzler **mit** überwältigender Zustimmung durch eine Volksabstimmung! **Dollfuß** und **Schuschnigg** regierten als Usurpatoren gegen Volk und Parlament, verweigerten Volksabstimmungen und zwangen ihre Staatsbeamten, einen Eid auf das so begründete Regierungssystem zu leisten (Bundesgesetzblatt 173/1933)! Sie waren sogar Schrittmacher im Verbot von Parteien. Schon im März 1933 hatten sie die Zensur eingeführt und den Republikanischen Schutzbund, die marxistische Wehrorganisation, aufgelöst (BGBl 97/1933). Am 31. März 1933 verfiel der Republikanische Schutzbund -- die marxistische Wehrorganisation -- der Auflösung.

Mittels einer Verordnung vom 25.3.1933 wurden die Geschworenengerichte in Schwurgerichte umgewandelt. Stimmen aus der Bevölkerung sollten bei Gerichtsentscheidungen ausgeschaltet werden.

Am 5. März 1933 verfügte **Dollfuß** das Uniform- (Braunhemd-)verbot -- "auch diesmal wieder waren regierungsfreundliche Gruppen von dieser Regelung ausgenommen" <sup>40</sup> S. 106 --, am 6. Mai ließ er auf dem Christlich-Sozialen Parteitag in Salzburg, daß "mit Rücksichtnahme auf den Fremdenverkehr" für die nächsten 6 Monate keine Gemeindevahlen mehr stattfinden sollen. 4 Tage später verschob er auch die Landtagswahlen.

*"Die Nationalsozialisten Wiens antworten mit gewaltigen Umzügen. Die Männer marschieren in schwarzen Hasen, weißen Hemden und schwarzen Binden. Die Polizei wird von einem Stadteil in den anderen geteilt, um die Menschenansammlungen zu zerstreuen."* <sup>31</sup> S. 161

Die Verordnung vom 10. Mai 1933 (BGBl 172/1933) verbot die Ausschreibung weiterer Wahlen in Landtagen und Ortsgemeinden. **Schuschnigg** bestätigte nach dem Krieg, daß dieser Beschluß seinerzeit unter dem Eindruck

des Wahlergebnisses von Innsbruck vom 23. April 1933 gefaßt worden war,

*"als die NSDAP erstmals zur stärksten Partei in der Gemeindestube einer Landeshauptstadt geworden war."* <sup>11</sup> S. 141

Demokraten, den Volkswillen respektierende Politiker waren sie nie gewesen, die Herren **Engelbert Dollfuß** und **Kurt Schuschnigg**!

Am 19. Mai 1933 erhielt der Gauleiter von Wien, **Alfred E. Frauenfeld**, Redeverbot.

Am 25. Mai 1933 schalteten sie das Bundesverfassungsgericht aus, einen Tag später die kommunistische Partei (KPÖ) (BGBl 200/1933).

Zur Absicherung ihrer Macht übertrumpften sie **Hitler** gar in einer Gargart, die beim Führer völlig unbekannt war: sie baten wiederholt Italien und die Völkerbundsmächte um Hilfe. Sogar eine militärische Intervention italienischer Truppen auf österreichischem Boden "für den Fall von Aufständen zur Entlastung der österreichischen Truppen" war Gesprächswunsch auf den Reisen nach Rom im Jahre 1933. Auf die militärischen Interventionen der anderen Mächte hoffte **Schuschnigg** noch im März 1933.

Zeitlich einzuordnen ist die am 29. Mai 1933 von **Hitler** verfügte Tausend-Reichsmark-Steuer für Reisen nach Österreich. Mit dieser Maßnahme sollte auf die Regierung in Wien, die ihre ns-Gesinnungsbekämpfung auch auf einreisende deutsche Touristen ausgedehnt hatte, Druck ausgeübt werden, Reichsbürger gleichermaßen wie andere Ausländer zu behandeln, ihnen also ihre Meinungsfreiheit zuzugestehen.

Allein im Juni 1933 befanden sich 3.000 Nationalsozialisten in österreichischen Gefängnissen.

Am 19.6.1933 wurden NSDAP, SA und SS verboten (BGBl 240/1933), was das Tragen von ns-Emblemen und jede Betätigung in ihrem Sinne einschloß. <sup>76</sup> S. 169 Damit war jedoch der Wille großer Bevölkerungskreise nicht aus der Welt geschafft. Der Kampf verlagerte sich in die Illegalität.

*"Weder die Androhung der Todesstrafe, noch die Einsetzung von Schnellrichtern, noch die Einrichtung von Konzentrationslagern, noch die Abwürgung der nationalen Presse Ende Juli, weder schlagartig einsetzende Massenverhaftungen, noch Ausweisungen vermögen das Zerschneiden der Kabel und Telegraphenleitungen, die Sprengstoffanschläge auf Straßen, Bahnen und Gebäude, die jetzt ihren Anfang nehmen, zu verhindern."* <sup>31</sup> S. 171

Mitte August 1933 verkündete **Dollfuß**, daß für österreich-feindliche Umtriebe im Ausland über die Ausweisung hinaus auf Verlust der Staatsbürgerschaft erkannt werden kann.

*"Gauleiter Alfred Proksch steht als erster auf der Liste der Ausgebürgerten, ihm folgen Männer aus allen Schichten und Kreisen des Volkes. Studenten und Hochschulpromovierten, die sich gegen das verfassungswidrige Terrorregime wenden, werden gemäßregelt. Bis Ende August wird die Zahl der nationalsozialistischen Opfer des Dollfußsystems auf 7.000 geschätzt."* <sup>31</sup> S. 179

Am 23.9.1933 rief Bundeskanzler **Dollfuß** per Verord-

5) Erwin A. Schmidl, "März 38 -- Der deutsche Einmarsch in Österreich", Wien 1988

nung die Errichtung eines "Anhaltelagers" Wöllersdorf ins Leben (BGBl 431/1933). Den Ausdruck "Konzentrationslager" bat er vermieden, obgleich genau dies gemeint war. Nur "Politische" sollten hier einsitzen, im Gegensatz zu jenen KL im Reich, in die auch Kriminelle eingewiesen wurden. Für aufmüpfige Wissenschaftler hatte man inzwischen die Dienstentlassung vorgesehen (BGBl 445/1933), für politisierende Studenten die Exmatrikulation (BGBl 474/1933).

Eingefügt sei: **Dr. Bruno Kreisky**, Österreichs Bundeskanzler von 1970 - 1983 war wegen verbotener Tätigkeit im Sinne der Sozialdemokratie -- Hochverrat -- von 1935 - 1937 (22 Monate) inhaftiert und vom Studium in ganz Österreich für immer ausgeschlossen worden. Nach dem Anschluß an Deutschland im März 1938 durfte auch er wieder, trotz seiner jüdischen Abstammung, sein Studium an der Wiener Universität fortsetzen und legte -- "unter dem Zeichen des Hakenkreuzes" -- dort seine letzte rechtswissenschaftliche Prüfung ab. Anschließend emigrierte er freiwillig nach Schweden.

Am 3. Oktober 1933 wurde **Dollfuß** von einem marxistischen Attentäter der Heimwehr leicht verletzt. Nicht nur die Nationalsozialisten hatte er sich zum Feind gemacht.

Eine weitere Verordnung führte am 10.11.1933 erneut die Todesstrafe im standgerichtlichen Verfahren für Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der boshaften Sachbeschädigung fremden Eigentums ein (BGBl 505/1933).

**Kurt Schuschnigg** sah indessen auch im Rückblick der Nachkriegsjahre nicht etwa die Schuld für das Eskalieren der Zustände im Alpenland bei **Dollfuß** und sich. Nein:

*"1934 war ein Jahr, in welchem in vielen Ländern, besonders aber in Österreich Gewalt und Umsturz, Faustrecht und Repressalien in der Luft lagen. Die Heimwehren riefen nach dem Staatsstreich."* <sup>11 S. 186</sup>

Die parteiunabhängigen Heimwehren indessen hatten nichts mit der NSDAP-Österreich zu tun.

*"Emil Fey, der am 11. Januar 1934 Diktator der Sicherheit und der gesamten Exekutive geworden ist, läßt jetzt auch die Richter, die nicht streng genug gegen die Nationalsozialisten vorgehen, Offiziere und Professoren, ja sogar hohe Beamte der Ministerien wegen nationalsozialistischer Betätigung nach Wöllersdorf schicken."* <sup>21 S. 181</sup>

**Schuschnigg** ist immer noch Justiz- und Unterrichtsminister!

Die von der Wiener Regierung am 12. Februar 1934 verfügte Waffensuche nahm der sozialdemokratische Parteivorstand zum Anlaß, den Generalstreik auszurufen. Zwar wurde der Aufruf nicht befolgt, doch die in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften organisierten Marxisten nutzten die Lage für einen bewaffneten Aufstand. Dieser wurde mit Artillerieeinsatz niedergeschlagen. Bilanz: 1.500 Tote, davon allein in Wien 1.000, und Tausende Verwundete. Das Standrecht blieb bis zum 21.2.1934 in Geltung. <sup>11 S. 182</sup> Die Sozialdemokratische Partei, anschließend auch die Christlich-Soziale Partei, wurden verboten. Neun Schutzbundführer wurden nachträglich hingerichtet, Tausende ihrer Anhänger verhaftet und in die Emigration getrieben.

Mit der NSDAP-Österreich hatte dies nichts zu tun.

*"Die Handhabe zu dem von Benito Mussolini dringend geforderten Ausschalten der sozialdemokratischen Machtposi-*



Größendebung der Nationalsozialisten in der Halle des Nordwestbahnhofes Wien anläßlich des Wahlsieges in Deutschland, vom 5. März 1933.

tion durch Auflösung der Partei nach dem 12. Februar 1934 war dadurch gegeben, daß der Republikanische Schutzbund nach außen hin als Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei galt und zweifellos als solcher aufgefaßt wurde. Er hat, wie es sich schließlich bestätigte, seine Befehle vom Parteivorstand erhalten." <sup>11 S. 133</sup>

*"Am 30. April 1934 ruft Dollfuß den Nationalrat, das nur noch aus 74 Christlich-sozialen, einem Großdeutschen und einem Landbändler bestehende Rumpfparlament, zusammen. Es stimmt den 47 seit März 1933 erlassenen Notverordnungen zu, ohne ihren Wortlaut zu kennen, ebenso der Ratifizierung des Konkordats sowie der Annahme der ihm gänzlich unbekannten Verfassung und überträgt durch Ermächtigungsgesetz alle seine Rechte auf die Regierung. Damit ist die Existenz des Nationalrats nach einem 15-jährigen Bestehen abgeschlossen. Am nächsten Tage verkündet Dollfuß seine neue Verfassung, die die totale Entrechtung eines 7-Millionenvolkes enthält."* (BGBl 1238/1934) <sup>31 S. 200</sup>

**Kurt Schuschnigg** hat als Justiz- und Unterrichtsminister diese "totale Entrechtung eines 7 Millionen-Volkes" voll abgestützt und nachfolgend als Bundeskanzler diese Politik in eigener Verantwortung fortgesetzt! Das sollte nicht vergessen werden.

Am 24.5.1934 ließ Bundeskanzler **Engelbert Dollfuß** nach Rücktritt einiger Verfassungsrichter den Verfassungsgerichtshof "stillegen".

Am 19. Juni 1934 folgte das Gesetz über die Einführung der Todesstrafe "im ordentlichen Verfahren", am 12. Juli 1934 auch für Sprengstoffbesitz.

Kein Wunder, daß diese "totale Entrechtung eines 7 Millionen-Volkes" auch die NSDAP-Österreich nicht unberührt ließ und bis zum Putsch gegen dieses System empörte, zumal die wirtschaftliche Not der Massen auch mit diesen drakonischen Maßnahmen nicht zu bessern war. So entschlossen sich einige wahgalsche Aktivisten aus ihren Reihen zu dem zweifelhaften Putsch am 25. Juni 1934 mit Besetzung der Regierungssidenz in Wien in Uniformen des Bundesheeres. Versenkend abgefeuerte – nicht befohlene – Schüsse auf Bundeskanzler Dollfuß trafen ihn tödlich. Zwei verurteilte mutmaßliche Täter büßten diese Tat durch Hinrichtung, die Mittäter durch Kerkerhaft. Den gewählten ns-Vertretern in den Landtagen und Gemeinden entzog man ihre Mandate,<sup>113, 141</sup> obgleich damals zeitig aufgeklärt werden konnte, daß weder dieser Putsch noch dieser Mord auf Anweisung oder mit Kenntnis der Parteileitung erfolgt waren.

Adolf Hitler hatte auf die Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß hin unverzüglich eine intensive Untersuchung veranlaßt, die ergab, daß keine einzige reichsdeutsche Instanz in irgendeinem Zusammenhang mit den Ereignissen in Wien stand. Landesinspekteur Habicht wurde sogleich seines Postens enthoben, weil er Rundfunkmeldungen der Aufständischen vom Münchener Sender weiterverbreitet hatte. Gleichzeitig ließ Hitler in einem Kommuniqué seinen Befehl verkünden, die Aufständischen im Falle einer Überschreitung der deutschen Grenze sofort zu verhaften.<sup>113, 164</sup>

Schuschnigg selbst nennt einen einzigen "Hauptverantwortlichen für den Juliputsch" – wenn gleich es mehrere gegeben haben soll – den späteren Staatskommissar Dr. Otto Gustav Wächter<sup>113, 166</sup> (führender Kopf der illegalen SS in Wien) – mit der Begründung, es habe

*"schriftliche Instruktionen aus Deutschland zur Organisation des nationalsozialistischen Aufstands im Lande am 25. Juli"*<sup>113, 169</sup>

gegeben, -- ohne allerdings auch nur mit einem Wort auf diese einzugehen. Was also waren das für "Instruktionen aus Deutschland"? Wer hat sie erteilt? Ein emigrierter Dr. Wächter? Hier wäre doch Schuschnigg aufgefordert gewesen, Konkretes auf den Tisch zu legen, habe er sie doch seinen Worten zufolge angeblich gekannt! Bislang hat sie indessen kein Historiker aufgegriffen. Im Gegenteil liest man in anti-ns-Untersuchungen ohne Nachweise, daß zwar Hitler "in solche Pläne eingeweiht gewesen und sie gebilligt habe", sich aber gehütet habe, solche Ansichten schriftlich von sich zu geben.<sup>190, 5, 464-457</sup>

Möglicherweise wurde hier auf eine Ausführung von Hermann Göring vor dem Alliierten Militärtribunal in Nürnberg vom 14. März 1946 Bezug genommen. Göring schilderte dort im Kreuzverhör, daß Landesleiter Habicht vor jenem Putsch mit Hitler die Frage erörtert habe, wie sich die Partei verhalten solle, falls das österreichische Bundesheer, wofür es Anzeichen gäbe, die Regierung in Wien stürzen sollte. Hitler vertrat dabei den Standpunkt, daß in einem solchen Falle die NSDAP-Österreich diese Vorgänge unterstützen solle. In Wirklichkeit bestanden jedoch solche Pläne im österreichischen Bundesheer nicht, sondern nur in einer Standarte ausgeschiedener, also ehemaliger Angehöriger des Bundesheeres. So war der Reichs-

kanzler grundsätzlich falsch informiert und in Einzelheiten überhaupt nicht eingeweiht gewesen.<sup>6)</sup>

Dann habe ein "Weydenhammer-Bericht" Hitler vorgelegen,

*"der trotz mancher interessanter Details mit Vorsicht aufgenommen werden muß, da er offensichtlich stark der Selbstverteidigung diene."*<sup>113, 169</sup>

Schuschnigg stufte Weydenhammer "zu den unmittelbaren Regisseuren des Putsches" ein, die nach Scheitern "mit Hitlers Ungnade zu rechnen hatten". Auch von diesem Bericht erfährt man bei Kurt Schuschnigg kein einziges Wort über den Inhalt, obgleich er zugibt, ihn zu kennen.

Gleichermaßen bedeckt verhält sich Schuschnigg gegenüber einem offiziell in Wien herausgegebenen "österreichischen Braunbuch" über den Juliputsch, – mit Ausnahme eines Hinweises darauf, daß der Text zugunsten von Parteifreunden manipuliert worden war.<sup>113, 169</sup>

Der Gauleiter der NSDAP Hauptmann Leopold hat in einem Memorandum "Zur inneren Befriedung Österreichs" vom 11. Juli 1936 die Ursache für die Ereignisse im Juli 1934 auf die Vereitelung jedweder legalen Betätigung zurückgeführt, wodurch die NSDAP mit verfassungswidrigen Maßnahmen in die Illegalität getrieben worden sei.<sup>113, 169</sup>

<sup>140</sup> Schuschnigg schreibt hierzu selbst:

*"Von solchen, (also 'verfassungswidrigen Maßnahmen') könnte jedenfalls erst nach dem 4. März 1933 die Rede sein."*<sup>113, 140</sup>

Also stimmten die Ausführungen Leopolds! Und Justizminister Schuschnigg wußte um die Verfassungswidrigkeit dieser Maßnahmen!

Man hat somit die Zeiten davor und danach zu unterscheiden. Vom 4. März 1933 bis zum 25. Juli 1934 haben die Gralshüter in Wien Außerordentliches veranlaßt, was die Bevölkerung zur Unruhe, ja Verzweiflung trieb!

Helmut Sündermann, der als Adjutant des Reichspressechefs Dr. Dietrich vielfach die Ereignisse als Erlebniszeuge auf höchster Ebene mit internem Einblick in die Führungsverhältnisse verfolgen konnte, beurteilte den Juliputsch 1934 in Wien gewiß richtig, wenn er schrieb:

*"In Wirklichkeit bedeutete dieser Putsch für Hitler eine politische Katastrophe. Auch wenn das verwirrt durchgeführte Unternehmen, bei dem Dollfuß (wie Schuschnigg ebenfalls genau weiß) nicht mit Absicht getötet wurde, örtliche Erfolge erzielt hätte, wäre angesichts der italienischen Einmarschbereitschaft, der tschechischen und anderer Bedrohungen eine internationale Krise entstanden, wie das in seiner militärischen Stärke noch kaum über 100.000 Mann hinausgewachsene deutsche Heer -- unmittelbar nach der Röhm-Krise! -- gewiß nicht hätte meistern können."*

Hitlers Empörung war ebenso echt, wie seine Überraschung, ...

*Obwohl es infolge des raschen Zusammenbruches des Putsches nur zu einer italienischen Teilmobilmachung, nicht zu dem vorbereiteten Einmarsch in Österreich kam, war es für Hitler klar, daß er durch die Österreich-Frage an den Rand des Abgrundes geraten war."*<sup>7), S. 96</sup>

6) IMT Bd. IX -- 14.3.46

7) Helmut Sündermann, "Wie deutsch bleibt Österreich? -- Antwort an Schuschnigg", . Preising 1970 (Druffel Verlag).

## Bundeskanzler Kurt Schuschnigg

Kurt Schuschnigg trat den Posten als Bundeskanzler unmittelbar nach Ermordung von Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 an und setzte dessen Kurs, gestützt auf die Dollfuß-Verfassung sowie die von seinem Vorgänger geschaffene Einheitsorganisation der "Vaterländischen Front", bis zu seinem Rücktritt am 11. März 1938 fort.

Zwar dämpfte er die Stimmen aus seinen Reihen, die der Reichsführung die Schuld an der Ermordung von Engelbert Dollfuß gaben, weil auch die von ihm veranlaßten Untersuchungen zu demselben Ergebnis gekommen waren

wie jene der Reichsführung, schickte auch seinen Gesandten Tauschitz wieder nach Berlin und akzeptierte die Bestallung Franz v. Papens als deutschen Gesandten in Wien, doch blieb er in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Großdeutschen weitgehend unversöhnlich.

Im September 1934 war er auf der Völkerbundstagung freudig begrüßt worden, gleichermaßen wie die Vertreter der Sowjetunion, die als neues Mitglied in diesen Überwachungsverein der alliierten Sieger trotz ihrer Weltrevolutionszielsetzung aufgenommen wurde.

Auf den im Oktober 1935 ausgebrochenen italienisch-äbessinischen Krieg reagierte Großbritannien mit einer Boykottresolution des Völkerbundes gegenüber Italien. Damit wurde Mitsieger Italien aus der Riege der "Versailler Schutzmächte für Österreichs Unabhängigkeit" ausgegrenzt. Deutschlands Wirtschaftshilfe für Italien bewirkte einen dauerhaften Freundschaftskurs Mussolinis zur nationalsozialistischen Reichsführung. Schuschnigg, der sich angesichts dieser außenpolitisch veränderten Lage in seiner Stellung geschwächt sah, folgte der Anregung Mussolinis und suchte auch aus Gründen seiner wirtschaftlichen Notlage, seine Beziehungen zu Deutschland aufzubessern, was im – hier gesondert zu behandelnden – Abkommen vom 11. Juli 1936 seinen Ausdruck fand.

Am 1. April 1936 führte Schuschnigg die allgemeine Wehrpflicht ein, setzte sich damit ebenso wie Hitler ange-

sichts permanent verweigerter Gleichberechtigung in den internationalen Rüstungsmargen über die von den Siegern des Ersten Weltkrieges verfügten Entwaffnungsbestimmungen hinweg und löste die noch bestehenden Heimatsechutzwahlen auf.

Im Juli 1936 befanden sich circa 10.000 nationaldeutsche Österreicher – vielfach unter außerordentlich unwürdigen Bedingungen – in Haft.<sup>3) S. 222</sup>

Ein zeitgenössischer Situationsbericht über die innenpolitische Lage Österreichs sei eingefügt:



Bundeskanzler Kurt v. Schuschnigg regierte vom 26.7.1934 als Bundeskanzler, gestützt auf die "Vaterländische Front", weiter ohne parlamentarischen Mandat, ohne Wahlen bis zu seinem selbst verschuldeten Sturz am 11. März 1938.

*"Am Weihnachtsfeste (1935) begehen 49 Einwohner Wiens Selbstmord aus wirtschaftlicher Not. 61% der 77.000 Steuerpflichtigen in Linz (109.000 Einwohner) haben monatlich weniger als 150 Schilling (100 RM) Einkommen und 1% mehr als 800 Schilling (500 RM). -- In Vorarlberg, Tirol und Salzburg ist der Fremdenverkehr auf ein Viertel bis ein Fünftel zurückgegangen. 8 Millionen Schilling hat die Regierung zur Verfügung stellen wollen, sie hat aber nur die Hälfte zusammengebracht, worin sich 1.800 Betriebe teilen müssen. -- Die Bauern stehen vor dem Ruin. -- Die Hälfte aller schulenlassen Jugendlichen unter 21 Jahren ist arbeitslos. -- Dazu kommt der grausame Volkstod. Unter den*

*1.875.000 Einwohnern Wiens sind nur 130.000 Schulkinder. Die jährlichen 40.000 Geburten (1914) sind auf ein Viertel zurückgegangen. In den Ländern gibt es Orte, wo ein ganzes Jahr lang kein Kind geboren wird, oder wo die Schulen geschlossen werden, weil keine Kinder mehr da sind! -- In Wien sind über 1.000 deutsche Familien mit 8-10 Kindern obdachlos. Tausende von Kindern müssen mit anderen Menschen ihr Bett teilen oder in Wäschekörben oder auf zusammengegerückten Stühlen schlafen."*<sup>4) S. 240</sup>

Einem anderen Bericht entnehmen wir: Sowohl Dollfuß als auch Schuschnigg haben die wirtschaftliche Not der Menschen in Österreich nicht behoben. Die Zahl der Arbeitslosen verblieb über 400.000, jene der "Ausgesteuerten", die keinerlei öffentliche Unterstützung mehr erhielten, stieg indessen auf über 200.000 an. Ihre Familienangehörigen waren hinzuzuzählen. Hungernd und bettelnd zogen sie durch das Land. Da auch die Unterstützung der

registrierten Arbeitslosen außerordentlich gering war, kennzeichnete -- ganz abgesehen vom politischen Terror -- Massenverelendung den jahrelang anhaltenden innenpolitischen Zustand des Systems. Kirchliche Orden versorgten täglich Zehntausende mit einer kostenlosen "Klostersuppe". Eine amtliche Werbeschrift empfahl den Arbeitslosen gar, sich als Söldner für den italienischen Kolonialkrieg in Abessinien zu verdingen.

Die Endbilanz des von **Schuschnigg** vertretenen Systems verzeichnet allein an österreichischen Nationalsozialisten 400 Ermordete, 2.500 Erschossene und 40.000 Flüchtlinge bis März 1938.<sup>1) S. 229</sup> Die westliche Welt hat darüber freilich ebenso wie über sein diktatorisches Herrschaftssystem geschwiegen. Diese Handhabe "der öffentlichen Meinung" in der westlichen Welt zeigte deutliche Parallelen zur Schönfärberei der Sowjetherrschaft, die bis über das Ende des Bolschewismus fortgedauert.

**Kurt Schuschnigg** bekundete offenerherz: die österreichische Verfassung habe keine Parteien geduldet. Nicht er sei also schuldig oder mitschuldig, sondern "die Verfassung"! Doch was soll dieses nachträgliche Geschwätz zumal zu einer Zeit, da es für Abhilfe viel zu spät war? Er hatte doch mit **Dollfuß** zusammen in seiner Eigenschaft als Justizminister diese Verfassung selbst ins Leben gerufen und "abgesegnet"!

Mit Hilfe dieser Verfassung wurden jedoch nicht nur Parteien verboten, sondern auch Kirchenaustritte mit Geldbußen und Gefängnis bestraft, nicht nur terroristische Tätigkeiten bestraft, sondern seit 1933 auch Propaganda für

die **Hitlerbewegung** -- was immer das auch sei -- und damit

*"Demonstrationen für den Anschluß, die sich klar gegen den Bestand des Staates richteten."*<sup>1) S. 290</sup>

Da die Auslegungsmöglichkeiten für eine Staatsmacht außerordentlich vielfältig sind, darüber zu befinden, was im Sinne des Gesetzes "Propaganda" oder "Demonstration" ist, läßt sich das Ausmaß der Willkür und Knebelung des Volkes in einer gegen den Willen "des Souveräns" regierenden Einparteiendiktatur ermessen, die Wahlen oder Volksbefragungen mit dem Argument verhinderte, unerwünschte Parteien könnten zu stark werden.

**Schuschnigg** gestand -- allerdings auch viel zu spät, als es keinen Sinn mehr hatte --, daß

*"es geboten gewesen wäre, die neue Verfassung einer Volksabstimmung zu unterziehen."*<sup>1) S. 176</sup>

Er begründete die Verteilung dieser Volksabstimmung mit den *"sich stets steigenden nationalsozialistischen Terroraktionen"*, im Klartext: mit dem zu erwartenden Stimmenzuwachs für die NSDAP-Österreich. Denn der "Terror" war, wie er selbst an anderer Stelle zugegeben hat, erat eine Folge der Unterdrückungsmaßnahmen seines Vorgängers **Dollfuß** ab dem 4. März 1933 mit Einführung des Kriegsrechts in Friedenszeiten sowie des Verfassungsputsches durch Außerkräftsetzung der alten und Einführung einer Autoritär-Verfassung mit rechtswidrigen Mitteln! Auch die verbotenen Wahlen und die verweigerte Volksbefragung waren unter Mitwirkung von **Schuschnigg** als Justizminister zur Unterdrückung des Volkes gedacht gewesen und beschlossen worden!

## Die Vereinbarung mit Deutschland vom 11. Juli 1936

1935 hatte sich die europäische Lage erheblich verändert, wovon hauptsächlich Deutschland in seiner Mittellage betroffen war. Initiatoren dieser Entwicklung waren in erster Linie die nach wie vor zur Weltherrschaft drängende Sowjetunion sowie Frankreich. Abgesehen von ihren Aufrüstungsmaßnahmen bei gleichzeitig verweigerter Gleichberechtigung Deutschlands nahmen die Paktsysteme dieser Mächte bedrohlichen Charakter an:

Am 4. März 1935 veröffentlichte die britische Regierung ein Weißbuch zur beabsichtigten weiteren Aufrüstung ihrer Streitkräfte. Einen Tag später, am 6. März 1935 führte Frankreich erneut die zweijährige Militärdienstpflicht ein. -- Daraufhin sagte sich Deutschland am 16. März von den Rüstungsbeschränkungen der Versailler Bedingungen los und führte die allgemeine Wehrpflicht ein. -- Am 2. Mai folgte der französisch-sowjetische Beistandspakt. -- Am 16.5.1935 schloß die Krenführung mit der Tschechoslowakei ein Militärbündnis, das ihr bereits im Frieden gestattete, gewisse Truppeneinheiten in Böhmen und Mähren zu stationieren. -- Friedlichen Zwecken konnte das nicht dienen! Deutschland wollte und konnte weder den einen noch den anderen angreifen. -- Die Friedensrede **Adolf Hitlers** am 21. Mai 1935 mit 13 Programmanschlägen war mit Ausnahme einer Reaktion der britischen Re-

gierung, die sich am 18. Juni 1935 zu einem Flottenabkommen mit Deutschland und damit zur offiziellen Aufhebung der Versailler Abrüstungsbestimmungen für das Reich bereitgefunden hat, ergebnislos geblieben.

*"1935 hatte sich in Wien unter der Leitung eines später nach Paris emigrierten Rechtsanwalts eine sowjetische Nachrichtenzentrale etabliert, deren Tätigkeit irgendwie der deutschen Gesandtschaft zur Kenntnis kam. So war Botschafter von Papen in der Lage, vertrauliche Weisungen, die das Politbüro Moskau ausgab, an das Berliner Außenamt weiterzuleiten."*<sup>1) S. 364</sup>

Aus den zahlreichen Weisungen, die **Schuschnigg** im Originaltext vorlegte,<sup>1) S. 364 ff</sup> geht unmißverständlich hervor, daß die sowjetische Politik konsequent die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschland anstrebte *"als eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfaltung der proletarischen Revolution in Zentral-europa"*.

Jeder neue Krieg solle für die Eroberung der Macht und zum Sturz des Kapitalismus ausgenützt und in die Weltrevolution umgewandelt werden.

Notwendig sei, daß die UdSSR im Lager Englands, der USA, Frankreichs und der 'kleinen Entente' verbleibe und dafür Sorge, daß diese Länder den gleichen Weg einschla-

Schuschnigg verwies zwar darauf, daß Botschafter v. Papen bereits 1935 solche Unterlagen in die Hand gespielt bekommen und Berlin sogleich davon unterrichtet hatte, doch schwieg er sich darüber aus, wann er selbst davon Kenntnis erhalten und welche Konsequenzen er daraus gezogen hat. An sich dürfte es nahegelegen haben, daß Botschafter v. Papen auch ihn davon unterrichtet haben dürfte. Wie dem aber auch sei, Zielsetzung und Praktiken des Bolschewismus mußten auch Schuschnigg durch vielfältige andere Fakten bekannt gewesen sein, so daß er die Bedrohung ganz Europas durch diese Macht schlüssig hätte erlassen können.

Immerhin ist möglich, daß auch diese Zusammenhänge ihn bewogen haben, sich mit dem nationalsozialistischen Deutschland in etwa zu arrangieren. Die wirtschaftliche Notlage Österreichs sowie das machtpolitisch veränderte Umfeld erforderten das schon längst.

Im deutsch-österreichischen Abkommen vom 11. Juli 1936, das die Beziehungen beider Länder verbessern und den Handelsaustausch erweitern sollte, hatten sich beide Regierungen verpflichtet, Gegensätze abzubauen, sich je-

doch nicht in die inneren Angelegenheiten des Partnerlandes einzumischen. Schuschnigg versprach eine "weitreichende Amnestie", den Zugang nationaler Kräfte zu den Organen der politischen Willensbildung, und seine Politik grundsätzlich auf der Linie zu halten, die dem deutschen Charakter Österreichs gerecht werde.<sup>19, 20</sup>

<sup>20</sup> Die erste Kundmachung der Wiener Regierung danach stellte heraus, daß

*"die Stellung der Vaterländischen Front als einzigem Organ der politischen Willensbildung in Österreich nicht berührt ist."*<sup>19, 20</sup>

*"illegale Propaganda, offen und verdeckt, wird nach wie vor nach den gleichen Grundsätzen verfolgt und bestraft."*

Bereits hiermit wurde deutlich, daß Bundeskanzler Schuschnigg seinen Kurs der Unversöhnlichkeit mit der "Großdeutschen Front" trotz gewisser Zugeständnisse beibehielt. Gleichmaßen stellte er stets den Kernsatz des Abkommens heraus, von dem alles andere abzuleiten sei, daß

*"die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten ist und es daher keine Anschlußpropaganda geben darf."*

Wie sich diese harte Gangart - "Das NS-Parteiprogramm dürfte weder direkt noch indirekt eingeschleust werden."<sup>19, 20</sup> - mit der vertraglichen Zusage vereinbaren lasse, "allmählich die Import-Verbote für Presseerzeugnisse abzubauen" und nach Entfallen der Tausend-Mark-Sperre die aus Deutschland begeistert hereinströmenden Touristen

offenherzig zu empfangen, blieb das Geheimnis der Wiener Oberen.

Immerhin wurde der betonte Gegner des Nationalsozialismus, Vizekanzler und Heimwehrführer Fürst Ernst R. Starhemberg durch den nationalgesinnten Dr. Edmund Glaise-Horstenau zunächst als Minister ohne Geschäftsbereich, ab 3. November 1936 als Innenminister ersetzt -, doch behielt sich der Bundeskanzler Personalentscheidungen selbst vor. Permanente Gegensätze entzündeten sich auch an dieser seiner Egozentrik.

Die im Abkommen zugesagte Amnestie hatte zur Folge, daß bereits 12 Tage später der deutsche Botschafter v. Papen nach Berlin die Entlassung von 17.045 Personen melden konnte. Dennoch waren damit noch nicht alle politischen ns-Gefangenen entlassen worden.

*"Darunter waren 12.518 eingestellte Verfahren gegen Minderbeteiligte. Von insgesamt 46 zu lebenslangem Kerker Verurteilten wurden zunächst 13 amnestiert; nicht begnadigt wurden vorläufig 213 Fälle mit Aussicht auf baldige Straferleichterung."*<sup>19, 20</sup>

Warum hatten sie eigentlich eingesperrt werden müssen, wenn Österreich durch ihre Freilassung keinerlei Schaden genommen hat?

Probleme ergaben sich indessen dadurch, daß zahlreiche Entlassene nachträglich als sogenannte "Polizeihäftlinge" erneut verhaftet wurden - im Januar 1937 sollen es 5.200 gewesen sein<sup>21, 22</sup> -, während es offiziell hieß, es seien lediglich nur noch 725 gerichtlich verurteilte ns-Häftlingen in Haft.

In einer Rede am 10. September 1936 in Innsbruck verfügte Schuschnigg:

*"Wer bis zum 1. November 1936 nicht Mit-*

*glied der Vaterländischen Front geworden ist, scheidet für immer aus dem politischen Leben Österreichs aus."*<sup>23, 24</sup>

Dem Geist der Versöhnung widersprach es, als Bundeskanzler Schuschnigg am 26.11.1936 in Klagenfurt "3 Gegner der vaterländischen Bewegung" anprangerte:

*"1. der Kommunismus, der jedoch keine akute Gefahr darstellt;*

*2. die Nationalsozialisten in Österreich, und nur um diese handelt es sich, stehen uns als Feinde gegenüber;*

*3. der Defaitismus in den eigenen Reihen."*<sup>25, 26</sup>

Deutschland mischte sich nicht ein. Am 27.1.1937 beschloß seine Regierung mit Österreich, aufbauend auf dem Juli-Abkommen von 1936, erweiterte Wirtschaftsvereinbarungen, die am 22. - 24. Februar zum ersten Empfang eines deutschen Ministers in Wien seit 1931 führten. Seinerzeit war Dr. Curtius der Zollunion wegen angereist, nunmehr Reichsaußenminister v. Neurath. Im November 1936 war bereits der österreichische Staatssekretär Guido



In Österreich vor dem Anschluß an das Deutsche Reich gab es permanent ca. 400.000 Arbeitslose und 200.000 Ausgesteuerte ohne jegliches Einkommen bei 6 1/2 Millionen Einwohnern. Ihre Familienunterkünfte sahen gewiß nicht alle so aus wie diese, doch auch sie gehörten dazu.



Schmidt in Berlin empfangen worden. Was diese Besuche jedoch unterschied, war der unvergleichlich begeisterte Empfang v. Neuraths durch die Wiener Bevölkerung.

*"Nur mühsam und in langsamer Fahrt konnte sich die Kolonne der Wagen, die Hakenkreuzstandarten führten, den Weg durch die riesige Menge der Menschen bahnen, die sich von der Polizei nicht zurückdrängen ließen, sich dicht an die Wagen herandrängen und in stürmische Heil-Hüller- und Sieg-Heil-Rufe ausbrachen."* <sup>21 S. 247</sup>

Vom 25.2. - 3.3.1937 tagte in Wien ein deutsch-österreichischer Kulturausschuß, um die kulturellen Beziehungen für Presse, Rundfunk, Theater, Film, Wissenschaft, Literatur, Kunst und Angleichung des höheren Schulwesens miteinander abzustimmen. — Zahllose antideutsche Kräfte des Landes griffen diese Zusammenarbeit auf, um ihre Opposition gegen Schuschnigg mit Demonstrationen und Pressehetze zu intensivieren. In seltsamer Mentalität findet sich der Bundeskanzler zumeist auf deren Seite. Warf er dem deutschen Rundfunk vor, er mische sich vertragswidrig in die österreichischen Angelegenheiten ein, so schuf er selbst dafür den Anlaß, indem er am Grabe der Eltern Adolf Hitlers Polizeiposten aufstellen und Menschen mit Pensionsentzug bestrafen ließ, die dort einen Kranz niederlegen, dazu Zeitungen beschlagnahmte, die über solche Fälle berichteten. Am 20. April 1937 ließ er 200 Personen verhaften, die Hakenkreuzfahnen geschwenkt oder ein "Gesinnungsdelikt" dieser Art begangen haben. <sup>21 S. 257</sup>

Erst nach langem Zögern nahm Schuschnigg am 17. Juni 1937 den ns Rechtsanwalt Dr. Artur Seyß-Inquart sowie den Großdeutschen Dr. Pembaur als "Befriedigungskommissare" in den Staatsrat auf. Sie sollten "die abseits stehenden nationalen Kreise" als Mitglieder für die Vaterländische Front werben. Freilich lief dieser Auftrag auf

eine Spaltung dieser Kräfte hinaus, da nicht jeder "für geeignet befunden" wurde und der Befürwortete sich so gleich erst einmal an den Führungskurs anzupassen und die Bekämpfung der anderen mitzumachen hatte.

Mit seinem "Ordnungsschutzgesetz" vom 20. August 1937, das in 32 Paragraphen zahlreiche Ausnahmeverordnungen "vereinheitlichte", bewies Kurt Schuschnigg, der vielfach über die Köpfe seiner Minister hinweg entschied, in welchem Maße er die innenpolitischen Verpflichtungen des Juli-Abkommens von 1936 mit Deutschland in Wirklichkeit ablehnte bzw. zu brechen gewillt war.

§ 12 dieses "Ordnungsschutzgesetzes" bestätigte das Verbot der NSDAP, SPÖ und KPÖ sowie "jede Werbung und Förderung der Bestrebungen einer dieser Parteien". Das betraf auch Abzeichen, Fahnen, Uniformen, Propaganda und Demonstrationen, Filme, Lichtbilder, Schallplatten, Rundfunksendungen, Druckschriften. Die Sicherheitsbehörden konnten das Post- und Fernmeldegeheimnis durchbrechen und Verdächtige ohne Gerichtsverfahren für längstens 3 Monate in "Anhaltelager" verweisen.

In einem Interview mit dem *Daily Telegraph* Anfang Januar 1938 sprach Schuschnigg gar vom "Abgrund, der Österreich vom Nazismus trenne".

*"Offizielle Kreise Berlins schienen dies als den beunruhigendsten Zwischenfall in den österreichisch-deutschen Beziehungen seit dem Abschluß des Abkommens vom Juli 1936 zu sehen."* <sup>11 S. 251</sup>

Schuschnigg "wunderte" sich über diese "konstruierten Zwischenfälle" in den diplomatischen Kreisen, die er als Beleg für eine vertragswidrige Einmischung des Reiches in österreichische Angelegenheiten wertete. <sup>11 S. 251</sup> Ein wirklich seltsamer "Staatsmann"!

## Schuschnigg über seine jüdischen Mitbürger

Während das österr. Bundesheer auf 30.000 Mann als Höchststand begrenzt war, verfügte der jüdische Frontkämpferbund über 8.000 Mitglieder. <sup>11 S. 94</sup>

*"Am 10. März 1938 lebten in Österreich nach den Angaben der jüdischen Kultusgemeinde Wien 180.000 Juden, davon 165.000 in Wien. Ihre Zahl betrug 1923 noch 220.000. Dabei handelte es sich allerdings nur um die von der JKG erfaßten 'Glaubensjuden', nicht um jene, die alle Bindungen zu ihrer religiösen Gemeinschaft abgestreift hatten. Insgesamt wurde der jüdische Bevölkerungsanteil Österreichs in der Zwischenkriegszeit auf rund 300.000 geschätzt, davon lebten etwa 250.000 in Wien."* <sup>11 S. 94</sup>

Das sind mehr als 10% der Wiener Bevölkerung, "damit hatte Wien die drittgrößte jüdische Bevölkerung aller europäischen Städte" (1910 betrug der Anteil jüdischer Mitbürger in Wien = 8,63% = 175.294 von 2.031.420 Einwohnern) bei einem Gesamtanteil im Lande von 3%. <sup>40 S. 29</sup>

*"Die Herausgeber sozialistischer Zeitungen waren nahezu ausschließlich Juden."* <sup>40 S. 30</sup>

Schuschnigg führte weiter aus:

*"Der Antisemitismus der Zwischenkriegszeit war außerdem weithin politisch begründet, er richtete sich keineswegs gegen die Juden als Rasse oder religiöse Gemeinschaft, sondern gegen die Partei, in der sie nun einmal die Führung innehaben und die dem Marxismus verschworen war. Antisemitismus ist daher damals in weitem Umfang Antimarxismus gewesen."*

Joseph Buttinger schreibt, daß 80% der Intellektuellen, die zur Sozialdemokratischen Partei stießen, vom Judentum kamen. Die 200 organisierten sozialdemokratischen Rechtsanwälte, die 400 Mitglieder des Sozialdemokratischen Juristenvereins und die 1.000 sozialdemokratisch organisierten Wiener Ärzte seien fast ausschließlich Juden gewesen. Gleichfalls die große Mehrheit der 450 Mitglieder des sozialistischen Mittelschullehrerverbandes sowie 90% des Redaktionsstabes der *'Arbeiter-Zeitung'* und der anderen Parteiblätter, weiters 8 von 10 Vortragenden des Sozialdemokratischen Bildungswerks, die revolutionären Reformen unter den enthourzten Intellektuellen des Nachkriegsmittel Europa hätten in Wien fast ausschließlich dem Judentum angehört. <sup>11 S. 97</sup>

## Die Besprechung in Berchtesgaden am 12. Februar 1938

Den österreichischen Akten zufolge war es Schuschnigg, der ein neuerliches Memorandum zwischen Wien und Berlin anregte, wohl wissend, daß nur Hitler seine Landsleute noch disziplinieren konnte, während alle seine eigenen Herrschaftsmethoden dafür nicht mehr taugten. So schien er von vornherein zu einigen Konzessionen bereit, um das Aufbegehren in seinem Lande zu mäßigen, wobei eine erneute Bestätigung der Unabhängigkeit Österreichs seitens der Reichsregierung ihm als Rückenstärkung sinnvoll schien.

Auch Botschafter Franz v. Papen hat bereits seit Ende 1937 den Wunsch des Reichskanzlers zu einem persönlichen Dialog der Regierungschefs deutlich gemacht und als Ergebnis am 7. Januar 1938 eine Einladung Hitlers an Schuschnigg überbrachte. Der Führer sei jederzeit bereit, etwa schon Ende Januar, den Bundeskanzler zu empfangen. Brauchte

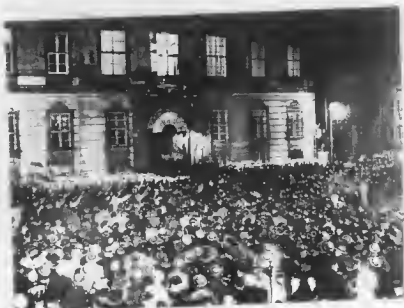
Schuschnigg auch Zeit, diesen Gedanken endgültig aufzugreifen, so hatten ihn doch seine Aussprachen u.a. mit dem neuen Staatsrat Seyß-Inquart am 1. Februar für erhebliche Konzessionen aufgeschlossen. So konnte Hitler bereits am 2. Februar erfahren, daß Schuschnigg inzwischen "den größten Teil des kleinen Programms" akzeptiert habe.

*"Aber die unheilvollsten Zugeständnisse waren die, welche den Nationalsozialisten die Türen zur verfassungsmäßigen Macht öffneten. Schuschnigg erklärte sich z.B. bereit zum Ausbau der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Reich durch Einbau von Persönlichkeiten der nationalen Opposition. In einem entscheidenden Gespräch mit Seyß-Inquart in Wien am 1. Februar ging der Kanzler sogar noch weiter. Nach den unverzüglich nach Berlin gesandten Berichten deutete er an, daß er bereit wäre, eine gründliche Kabinettsbildung vorzunehmen, die die Gleichberechtigung für Seyß-Inquarts Gruppe gemäßigter Nationalsozialisten und betont Nationaler herstellen würde; er schlug sogar seinem Partner vor, selbst Minister zu werden. ...*

*Ein noch schwererer Fehler war es natürlich, Hitlerschon so lange vorher solche Zugeständnisse anzubieten."* <sup>8) S. 42-43</sup>

Am 26.1. veranlaßte Reichsaußenminister v. Neurath seinen Missionchef nachzufragen, "ob noch Geneigtheit für den Besuch bestehe" und mitzuteilen, daß Hitler nunmehr den 15. Februar vorschlägt. <sup>7) S. 118</sup>

Die Einladung für Schuschnigg nach Berchtesgaden hatte Botschafter v. Papen mit Zusicherungen verbunden, denen zufolge es lediglich bzw. hauptsächlich darum gin-



"Bundeskanzleramt in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938. Freudenkundgebung der Bevölkerung." <sup>4) S. 102 ff</sup>

ge, Schwierigkeiten auszuräumen, die sich aus dem Abkommen vom Juli 1936 ergeben hätten, und deutscherseits keinerlei neue Forderungen gestellt würden. Hitler brauche Ruhe nach außen. Ein Besuch in Berlin sei fällig, nachdem der österreichische Bundeskanzler bereits mehrfache Auslandsvisiten in Genf, Rom und Budapest hinter sich habe.

Helmut Sündermann sah es wohl richtig, wenn er schrieb, daß ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt v. Papen aus Wien plötzlich abberufen wurde, weil Hitler "eine ganze Flut von personellen Umbesetzungen" vorgenommen habe, um die Ablösung des Reichskriegsministers v. Blomberg auf Grund einer kompromittierenden Eheschließung zu überdecken, ihn jedoch unverzüglich auf seinen Posten in Wien zurückschickte, als er von ihm hörte, daß es ihm gerade erst in den letzten Tagen gelungen sei, Schuschnigg für einen Besuch geneigt zu machen.

*"Aber das ist herrlich. Ich bitte Sie, kehren Sie sofort nach Wien zurück und verabreden Sie mit dem Bundeskanzler hier in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft. Ich werde mich sehr freuen, ihn zu sehen und alles mit ihm offenherzig zu besprechen."* <sup>9) S. 114</sup>

Schuschnigg bedurfte in der Tat keiner weiteren Überredungskünste. Nicht nur, daß er den Entschluß, nach Berchtesgaden zu fahren, selbständig faßte,

*"sondern er begann jetzt auch, ganz aus eigenem Antrieb, während der verbleibenden 4 Tage, eine neue Serie von Maximalkonzessionen auszuarbeiten, die noch über das »Kleine Programm« hinausgingen und die er nach Berchtesgaden mitnehmen wollte.*

*Solche Vorbereitungen für ein einseitiges Nachgeben, wenn*

8) Gordon Shepherd, "Der Anschluß", Graz - Wien - Köln 1963

auch nur auf dem Papier, in einem Augenblick, da die Tages-  
lösung lautete: »Keine Änderung gegenüber 1936« waren für  
seine Anhänger im höchsten Grade demoralisierend. Aber noch  
schlimmer: sie zerstörten die eigene Verhandlungsbasis, die er  
je gehabt hatte, sobald die Nachricht von diesen geheimen  
Rückzugsbewegungen, keineswegs überraschenderweise, weni-  
ge Stunden vor dem Eintreffen **Schuschniggs** zur Kenntnis  
**Hitlers** gelangte. ...

Wieder war es der emsige **Zernatto**, Generalsekretär der  
Vaterländischen Front, dem die Aufgabe zufiel, diese neuen  
österreichischen Auffassungen auszubauen.

Das Ergebnis war eine **Zehn-Punkte-Liste** – die soge-  
nannten »Punktionen« –, die in Wien am 11. Februar, am  
Vortag des Besuchs bei **Hitler**, **Seyß-Inquart** vorgelegt wur-  
den.

An allen Fronten bezeichneten sie ein weiteres österrei-  
ches Zurückweichen aus den Stellungen, die **Schuschnigg**  
vor nicht einmal 14 Tagen zugestanden hatte, als er **Seyß-  
Inquarts** »Kleines Programm« annahm.

Die in diesem Programm erwähnte »gründliche Bereini-  
gung der Pressefragen« war jetzt zu einem Versprechen gewor-  
den,

»In den Bundespressedienst eine Persönlichkeit einzu-  
bauen, die die Aufgabe haben wird, bei der Lösung aller  
die sogenannte nationale Presse und reichsdeutsche Pres-  
se betreffenden Fragen herangezogen zu werden.«

Der Ausbau der militärischen Beziehungen zwischen den  
beiden Staaten, der im »Kleinen Programm« vorgesehen war,  
lautete nunmehr:

»Nach Schaffung der Voraussetzung für ein engstes  
militärisches Zusammenleben hat eine möglichste An-  
gleichung in Ausbildung und Ausrüstung zu erfolgen.«

Die vermehrte politische Anerkennung »annehmbarer« öster-  
reichischer Nationaler und Nationalsozialisten, die zu Anfang  
des Monats grundsätzlich zugesagt worden war, nahm jetzt  
greifbare Formen an: 3 Männer aus diesem Lager wurden zum  
österreichischen Staatsrat ernannt: einer für den Wirtschafts-  
rat, ein weiterer (ausgerechnet **Görings** Schwager) für die  
Sportführung und noch ein weiterer für die Beamtenkammer.

Was die Vaterländische Front selber betrifft, wurde jetzt die  
Ernennung ausgewählter österreichischer Minister in allen  
Zweigen der Verwaltung zugesagt, wobei dieser Prozeß

»in etwa 3 Monaten im großen und ganzen abgeschlossen  
sein soll.« ...

Der Punkt 7 begann z.B. mit den Worten:

»Es gibt zweifellos wesentliche Grundauffassungen des  
nicht parteigebundenen Nationalsozialismus, die sich in die  
Staatsideologie des neuen Österreich organisch eingliedern las-  
sen.« ...<sup>11) S. 67, 68</sup>

**Zernatto** hatte diese »10 Punkte« am 11. Februar vor-  
mittags zusammengestellt. Nachmittags wurden sie **Seyß-  
Inquart** von **Schuschnigg** und **Zernatto** vorgelegt und  
stundenlang bis 21 Uhr in der Zentrale der Vaterlän-  
dischen Front durchdiskutiert.

»Sogar die Berufung **Seyß-Inquarts** auf den Schlüsselpos-  
ten des Inneren und der Sicherheit war – nach **Hitler** zuge-  
gangenen Mitteilungen – in den Wiener Vorbesprechungen  
von **Schuschnigg** erwogen worden.«<sup>12) S. 91</sup>

**Seyß-Inquart** sorgte dafür, daß **Hitler** unverzüglich  
per Kurier darüber unterrichtet wurde. Wozu also hätte

**Hitler** am nächsten Tag den österreichischen Bundeskanzler  
noch »unter Druck setzen« sollen? Ein Maximum an  
Konzessionsbereitschaft war ja schon vor Beginn der Be-  
sprechung am nächsten Tag zugestanden worden!

Zu Beginn des Besuches führten **Hitler** und  
**Schuschnigg** von 11 - 13 Uhr ein Vier-Augen-Gespräch,  
für das es keinen Zeugen gibt. **Schuschnigg** selbst schrieb  
hierüber später:

»Vor der Mittagspause war noch nicht einer der konkreten  
Forderungspunkte zur Sprache gekommen; wohl auch deshalb,  
weil **Hitler** sie um diese Zeit selbst noch kaum kannte. Daher  
die österreichische Abschlufffrage:

»Herr Reichskanzler, welche sind Ihre konkreten Wünsche?»

Und die Antwort:

»Darüber können wir uns am Nachmittag unterhalten.«<sup>13)</sup>

S. 236

In seinen nachfolgenden seltsamen Sentenzen, die sich  
auf die Vormittagsstunden ohne Zeugen beziehen, schrieb  
er, sich selbst widersprechend:

»Nach den vorer entwickelten Ansichten **Hitlers** war klar,  
daß damit ein Satellitenstatus Österreichs und der verschlei-  
erte Anschluß gemeint war.«<sup>14) S. 237</sup>

Obgleich das nun wiederum seit den einleitenden Vor-  
mittagsstunden »klar« gewesen sei, weshalb hat dann der  
auf seine Souveränität so sehr bedachte Bundeskanzler  
**Schuschnigg** die Gespräche in diesem Sinne weitergeführt  
und das Ergebnis paraphrasiert? Nein, der ein vorbildlicher  
Politiker und Historiker sein wollende **Kurt Schuschnigg**  
verstand sich nicht nur als Unterdrücker der österreichi-  
schen 7-Millionen-Bevölkerung, sondern auch als Märche-  
nerzähler mit vorgeblich wissenschaftlichem Anstrich für  
die Nachwelt!

Das Reichsgadener Abkommen vom 12. Februar 1938  
enthielt die Zusage **Hitlers**, wie sie auch schon früher ge-  
geben worden war, sich nicht in die inneren Verhältnisse  
Österreichs einzumischen und die Unabhängigkeit dieses  
Staates zu respektieren. So war es in dem Abschluß-Kom-  
munique enthalten, aber auch in der Reichstagsrede **Hit-  
lers** vom 20. Februar 1938 noch einmal bestätigt worden.

Im Protokoll über die Besprechung vom 12.2.1938, das  
von den beiden Kanzlern und Außenministern unterzeich-  
net worden war, hieß es u.a.:

Der Bundeskanzler stellte folgende Maßnahmen in Aus-  
sicht, hinsichtlich deren er einen endgültig verbindlichen  
Bescheid bis zum Dienstag, den 15. Februar 1938 übermit-  
telt wird.

»1. Die österreichische Regierung wird über außenpo-  
litische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam ange-  
hen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomati-  
schen Gedankenaustausch treten. ...

2. Der Bundeskanzler **Schuschnigg** erklärt sich bereit,  
**Dr. Seyß-Inquart** als Innenminister in die Regierung zu  
berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

3. Der Bundeskanzler erklärt, daß der österreichische  
Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Be-  
tätigung im Rahmen der Vaterländischen Front und in  
allen übrigen Einrichtungen haben soll. ...

4. Die österreichische Regierung erläßt eine sofortige  
allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer



Nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden wird Schuschnigg von Feldmarschallleutnant Jansa (links) und Staatssekretär, General der Infanterie Zehner (rechts) begrüßt.



"Sogar Zigeuner begrüßten das Dritte Reich" 8) S. 256

"Immer wieder notierten sie die Auskunft: »Bei Hitler waren wir wenigstens noch Deutsche!«"

Der Spiegel 43/1979, 22.10.1979, S. 112, Überschrift S. 97.  
Frühjahrsderby 1938 in der Friedenau.



Minister a.D. Dr. h. c. Glaise-Horstenau als höherer SA-Führer (Mitte). Rechts im Bild (Profil) der ehemalige deutsche Militärrattaché in Wien, links in Uniform Gen.Lt. Schwarzenacker.

Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen ...

5. (sinngemäß) Für Pensions-, Renten- und ähnliche finanzielle Einbußen, die wegen ns-Betätigung zugefügt worden waren, ist Wiedergutmachung zu leisten.

6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt.

7. Die ungehinderte Durchführung des zwischen den Regierungen vereinbarten Pressfriedens soll durch Einbau des Dr. Wolf an maßgebender Stelle des Bundespressdienstes gesichert werden.

8. (sinngemäß) Ein planmäßiger Offiziersaustausch und regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe sollen Gegensätze abbauen.

9. + 10. befassen sich mit Beseitigung von Diskriminierungen und mit Förderungsmaßnahmen für den Wirtschaftsaustausch.

III. ... Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließt. ... 1) S. 414 ff

Das Protokoll war zur verfassungsmäßigen Durchführung noch dem Bundespräsidenten Wilhelm Miklas zur Unterschrift vorzulegen.

Kurt Schuschnigg schrieb nach Ende des Zweiten Weltkrieges offensichtlich aus Gründen der Opportunität, er habe dieses Protokoll nur unter Androhung eines militärischen Einmarsches "nach Abwägen aller Für und Wider" paraphiert. 1) S. 248

Doch bis dahin hat es keine militärische Bedrohung gegeben, und Kurt Schuschnigg gab später zu, daß Hitler während der Berchtesgadener Beratung und kurz danach, "auch nach unserem heutigen Wissen keine durchsichtigen Kalenderpläne" hatte. 1) S. 261

Hitler hat sich im Berchtesgadener Abkommen mit dem Verfassungszustand in Österreich abgefunden und sich nur gegen die Unterdrückungsmaßnahmen und Rechtslosigkeit der nationalbewußten Österreicher verwahrt. Um deutlich zu machen, daß fortan eine illegale Tätigkeit seitens der SS und SA in Österreich zu unterbinden sei, befahl er dem in diesem Sinne tätigen Gauleiter Hauptmann Leopold, Österreich zu verlassen. Dieser wurde auch später dort nie wieder mit einer Funktion betraut.

## Folgerungen in Wien aus dem Abkommen

Der erste offiziöse Kommentar, den **Schuschnigg** in der amtlichen *Wiener Zeitung* vom 13.2.1938 veröffentlichten ließ, war in fast herzlichen Ausdrücken gegenüber dem Reichskanzler gehalten. Von einem erpreßten Heimkehrer keine Rede.<sup>7) S. 134</sup> Als er anschließend Bundespräsident Miklas die, wie er später schrieb, Alternativen der Lage vorstellte:

- Demission und Berufung einer neuen Regierung
- Durchführung des Abkommens bei Berufung eines neuen Bundeskanzlers
- Durchführung des Abkommens unter der im Amt befindlichen Regierung --

verwies er zwar auf mannigfache Aussprachen und Beratungen, doch nicht auf militärische Erpressung.<sup>1) S. 290</sup>

Der Bundespräsident hat dem Protokoll und der 3. von **Schuschnigg** vorgeschlagenen Alternative zugestimmt.

Botschafter **v. Papen** hat später in Nürnberg ausgesagt, er habe **Schuschnigg** nach der Berchtesgadener Besprechung zu verstehen gegeben, daß er als Anwesender bekräftigen müsse, daß er -- der österreichische Bundeskanzler -- "immer und zu jeder Zeit die völlige Freiheit der Entschließung gehabt habe."<sup>1) S. 292</sup>

In seinen Erinnerungen schrieb er völlig zu recht:

"Auch jetzt war **Schuschnigg** noch nicht gebunden (hatte er sich doch bei Hitler ausdrücklich 3 Tage Bedenkzeit vorbehalten und auf die notwendige Zustimmung seines Bundespräsidenten verwiesen, -- d. Verf.). Wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, das paraphierte Abkommen sei der Anfang von Österreichs Unterwerfung -- wie er es später behauptete --, dann konnte er morgen seine Demission nehmen und den Präsidenten bitten, die Forderungen abzulehnen und eine neue Regierung zu ernennen."<sup>9) S. 476</sup>

Dem britischen Gesandten in Wien **Michael Palareit** hat Botschafter **v. Papen** dessen dramatischen Vorhaltungen über den angeblichen "Druck Deutschlands auf den österreichischen Bundeskanzler" erwidert:

"Der ganze Druck von Berchtesgaden habe darin bestanden, Österreich auf gewisse Gefahren aufmerksam zu machen und eine Lösung für ihre Abhilfe in Aussicht zu nehmen."<sup>1) S. 293</sup>

Bereits am 14.2. sandte **v. Papen** aus Wien die Meldung an das Auswärtige Amt in Berlin:

"Bundeskanzler von Besprechung Führer tief beeindruckt, hat gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt, da er entschlossen ist, Zusagen von Berchtesgaden durchzuführen. Haupthindernis bietet Unterstellung Sicherheitswesens unter **Seyß-Inquart**, die vom Präsidenten bisher verweigert wurde.

Es scheint, daß insbesondere Frankreich, aber auch Eng-

land stärkste Vorstellungen am Ballhausplatz erheben, um vor weitgehenden Konzessionen an uns zu warnen.

Ich habe heute früh kategorisch abgelehnt, irgendeinen Vorschlag auf Verschlechterung unterschriebenen Protokolls an Führer weiterzugeben. Bundeskanzler, der mich soeben empfing, mitteilte, daß er trotz aller Widerstände das Abkommen morgen durchzubringen hoffe, wenn in dem morgen gemeinsam zu verlaubenden Communiqué sich beide Teile erneut zum Abkommen vom 11. Juli 1936 bekennen und wenn sichergestellt ist, daß die im Abschnitt III von uns zugesagten Maßnahmen gleichzeitig mit den seinen erfolgen. Mit diesen Zusagen hofft er, Widerstand des von (Gruppe verstümmelt) **Böck-** und **Schmitz-**Gruppe gestützten Präsidenten zu überwinden. Erbitterte daher Ermächtigung, hier Entgegenkommen zu zeigen. Österreichischer Vorschlag gemeinsamen Communiqué erfolgt heute nacht.

Staatsrat **Seyß** bittet den Führer, als Voraussetzung für die Übernahme seines schwierigen Amtes die Unterbringung von **Leopold** und **Dr. Tavs** im Reich anbefehlen zu wollen. **Tavs**, gegen den Hochverratsverfahren schwebt, würde mit Amnestie bis 18. d. M. freikommen und alsdann zu sofortiger Abreise veranlaßt werden müssen. Erbitterte Zusage auch über diesen wichtigen Punkt bis Dienstag mitag."<sup>10) S. 428</sup>

Im Gegensatz zu späteren Bekundungen, in Berchtesgaden vom Reichskanzler "unter Druck gesetzt" worden zu sein, hat **Schuschnigg** unmittelbar nach seiner Rückkehr in Wien Bundespräsident Miklas -- ohne den später erhobenen Vorwurf vorzutragen -- ersucht, dem Protokoll zuzustimmen. Nach dessen zögerlich erteilter Unterschrift faßte er unverzüglich Beschlüsse zur Erfüllung seiner paraphierten Zusagen, unterrichtete die Reichsregierung am 15.2. offiziell und zeitgerecht davon und "war sehr zufrieden, jetzt ... darauf zurückkommen zu können".<sup>9) S. 108</sup> Seine Diplomaten blieben bemüht, die im Ausland aufkeimende Unruhe zu beschwichtigen.<sup>9) S. 123</sup>

"Die anfängliche Propagandalinie der Vaterländischen Front war sogar soweit gegangen, Berchtesgaden als ausgemachten persönlichen Erfolg **Schuschniggs** zu bezeichnen."<sup>6) S. 111</sup>

Einen Tag später -- am 16.2. -- bildete **Schuschnigg** sein Kabinett: Um selbst blieb Bundeskanzler, **Dr. Guido Schmidt** übernahm das Außenamt, **Dr. Seyß-Inquart** wurde Innen- und Sicherheitsminister sowie Leiter des Volkspolitischen Referats in der Vaterländischen Front, **Dr. Glaise-Horstenaus** Minister ohne Portefeuille.

"Die neue Regierung wurde sofort von keinem geringeren als dem päpstlichen Nuntius in Wien unter Feuer genommen, und innerhalb 48 Stunden nach der Amtsübernahme kamen

9) Franz v. Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952.

10) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie D (1937 - 1945), Band I (Sept. 1937 - Sept. 1938).

neuerlich Gerüchte über den Rücktritt des Kanzlers auf." 80 S. 112

Anders reagierten die Großmächte:

*"In den ersten 12 Stunden nach Berchtesgaden wurde die Reaktion Englands vollständig von den rosigsten Darstellungen bestimmt, die durch die seltsame propagandistische Partnerschaft Goebbels in Berlin und Schuschnigg in Wien der Welt vorgesetzt wurden."*

Am Tage nach der Begegnung (am 12. Februar) nannte der »Observer« die Zusammenkunft eine »angenehme Überraschung«, während der »Sunday Express« sie sogar als »Triumph Österreichs« bezeichnete. Beinahe alle englischen Tageszeitungen vom Montag, dem 14. Februar, setzten mangels irgendwelcher gegenteiliger Tatsachen oder Hinweise ihre zustimmenden Kommentare fort. Die »Times« zum Beispiel schrieb in der damaligen Situation mit einiger Berechtigung, daß

»kein Anlaß besteht, über ein Abkommen zu streiten, mit dem der Führer, der Duce und Herr v. Schuschnigg offenbar zufrieden sind.« ...

Die »Times« ergänzte in einem langen Kommentar:

»Im Grunde ist ein enges Einverständnis zwischen den beiden deutschen Staaten das Natürlichste der Welt. Eines der unvernünftigsten, zerbrechlichsten und herausforderndsten künstlichen Gebilde der Friedensverträge war das Verbot der Einverleibung Österreichs in das Reich ... Die Vögel kehren in ihr Nest zurück. Österreich kann niemals antideutsch sein. Das ist letztlich die wirkliche Stärke der Ansprüche des Reiches auf Österreich.« 81 S. 128 + 129

Nicht verkannt sei, daß in der Londoner City auch auf Kriegskurs ausgerichtete Töne von Winston Churchill, Anthony Eden, dem Labourführer Clement Attlee, Harold Nicolson und anderen zu hören waren, die das Parlament im Sinne kriegerischer Intervention aufzuputschen versuchten. Beachtlich dürfte hierbei sein, daß selbst aus diesem Kreis -- wie es Mr. Eden mehrfach betonte --,

»weder vor noch nach der Begegnung von Berchtesgaden irgendein Ansuchen um Rat oder Unterstützung aus Wien in London eingelangt sei.« 81 S. 131

Die österreichische Regierung übermittelte sogar auf Anfrage aus London, daß die Berchtesgadener Besprechung die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich dauerhaft und ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht habe. 81 S. 132

Nicht in Einklang mit diesem Vorgehen steht ein nach Kriegsende vom US-Außenamt vorgelegter Bericht des US-Generalkonsuls Wiley aus Wien vom 15.2.1938, demzufolge »gestern abend« anläßlich eines »großen Empfangs« Bundeskanzler Schuschnigg dem französischen Gesandten gesagt habe,

»sein Besuch in Berchtesgaden sei der schrecklichste Tag seines Lebens. Hitler sei ein Verrückter ...« 11 S. 286

Schuschnigg dementierte dies später nicht, mag sein aus opportunistischen Gründen. Dennoch dürfte sicher sein, daß der österreichische Bundeskanzler schon seit diesen Tagen »den internationalen Sicherungsmächten« (Frankreich, Großbritannien und Italien) jene Stichworte zugespielt hat, von denen er sich eine Rückenstärkung »zum Widerstand gegen Hitler« erhoffte.

Am 17.2. hat Hitler seinem Mann im Schuschnigg-

Kabinetts strikt befohlen, nicht von der evolutionären Entwicklung abzuweichen. Und Schuschnigg bestätigte:

»Betr. Zeit nach der Berchtesgadener Vereinbarung:

In Österreich war keineswegs Ruhe eingekehrt, wenngleich die Partei den Weisungen ihrer Führer in der Tat zur Zeit noch gehorchte.« 11 S. 284

Zwei Tage später öffneten sich die Tore der Anhaltelager und Gefängnisse für die ersten der etwa 2.000 bis 3.000 ns-Häftlinge, freilich ebenfalls -- für die Marxisten.

Am 18. Februar wurde bekanntgegeben, daß sich auch der Nationalsozialist im Rahmen der Vaterländischen Front gleichberechtigt mit anderen verfassungsgemäß betätigten, Hakenkreuzabzeichen tragen und öffentlich wie in Deutschland grüßen dürfe. Die Parteien hingegen blieben verboten.

In seiner Reichtagsrede am 20. Februar 1938 hat Adolf Hitler zunächst dem österreichischen Bundeskanzler aufrechten Dank ausgesprochen, seine Einladung angenommen und sich bemüht zu haben, einen gemeinsamen Weg zu finden, der den Interessen des ganzen deutschen Volkes sowie dem europäischen Frieden diene. Anschließend würdigte er die nun in Österreich eingeleiteten Entwicklungen und bekräftigte neuerlich die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs und die Souveränität dieses Staates.

Zum ersten Mal hörten die Österreicher den Führer im Wiener Rundfunk sprechen. Die Begeisterung der Bevölkerung war gewaltig, der Hitlergruß nicht mehr bestrafbar. Allorts flatterten wieder Hakenkreuzfahnen und -wimpel. Da die Marxisten große Gegendemonstrationen planten, verbot Seyß-Inquart am 21. Februar jegliche Kundgebungen.

Kurt Schuschnigg zitierte im Nachkriegsrückblick selbst einen Lagebericht von Edmund Veeseimayer, damals Adjutant des vom Sicherheitsdienst-Berlin mit den Österreich-Angelegenheiten beauftragten Dr. Wilhelm Keppler, vom 18. Februar 1938, den er -- Schuschnigg -- inhaltlich unwidersprochen ließ:

»Nach letzten Meldungen wird Schuschnigg sowohl von jüdischer, insbesondere auch von katholischer Seite schwer bedrängt. Der jüdische Angriff erfolgt im wesentlichen über die Börse und beabsichtigt einen Druck auf die Währung. Seit dem 17. Februar 1938 hat plötzlich eine außerordentlich starke Kapitalflucht eingesetzt, die zu einem erheblichen Absinken der österreichischen Anleihewerte in der Schweiz und in London sowie im übrigen Ausland führte. Schilling-Noten werden in großen Mengen schwarz über die Grenze gebracht, so daß eine Notierung mit gestern abend nicht mehr stattfinden konnte. Diese Entwicklung ist für das Reich zunächst nicht ungünstig, man wird jedoch sehr genau aufpassen müssen, daß die Aushöhlung der österreichischen Währung und damit auch der Wirtschaft nicht zu weit geht. Es kann sich hier wahrscheinlich nur mehr um Tage handeln.

Von katholischer Seite bat der Nuntius gestern nachmittag einen sehr starken Vorstoß gegen Schuschnigg gemacht.« 11 S. 289



**Nationalsozialistische Großkundgebung in Graz am 20. Februar 1938, -- drei Wochen vor dem Einmarsch deutscher Truppen.**

Aus diesem Dokument von Dr. Veesemayer vom 18. Februar wäre fortzusetzen gewesen:

"Der Nuntius bedient sich dabei des Landeshauptmanns Gleißner, der im gegnerischen Kreis als Nachfolger genannt wird. Schuschnigg selbst hat unter diesem doppelten Druck gestern Abend wieder Rücktrittsabsichten geäußert. ...

Auf Grund 4-tägiger genauer und umfassender Beobachtung muß festgestellt werden, daß der Durchbruch restlos gelungen und tiefgreifender Art ist, als man mancherorts im Reich annimmt. Nachdem das Ausland Schuschnigg im Stich gelassen hat, mußte er schlagartig erleben, wie seine bisherigen Stützen teils abfielen, teils unter sich uneinig wurden und sich wütend um die Nachfolgerschaft des Bundeskanzlerpostens bekämpften.

In legitimistischen Kreisen herrscht Chaostimmung, -- man hat jede weitere Hoffnung aufgegeben. In jüdischen Kreisen ist man überzeugt, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Österreich politisch und wirtschaftlich mit dem Reich vereinigt wird.

Der Zusammenbruch ist ein derartig totaler, daß unter der Voraussetzung, daß eine Beschleunigung der Entwicklung dem Führer in sein außenpolitisches Konzept paßt, durch bestimmten Nachdruck seitens des Reiches innerhalb der nächsten Wochen eine Reihe entscheidender Positionen erobert werden können. ...

Die Lage der Illegalen Partei hat sich bis zum äußersten zugespitzt. Es ist mir durch vernünftige Mittelsleute gelungen, Herrn Leopold zu veranlassen, am 18.2. ins Reich zu fahren ...

Am 17.2. ist wiederum ein sehr unerfreuliches Rundschreiben seitens der Partei ergangen ...

Überdies besagen heutige telefonische Meldungen aus Wien, daß Aktionen größeren Stils seitens der Illegalen geplant sind. Auf Grund einer soeben eingegangenen Mitteilung hat der gestern freigelassene Dr. Tavs Anweisung gegeben, im Laufe des heutigen Abends sämtliche Fensterscheiben in der deutschen Gesandtschaft zu zertrümern. ...

mem. ...

Weiterhin ist beabsichtigt, durch Provokationen den Sicherheitsminister Seyß-Inquart zu zwingen, neue Einsparungen vorzunehmen, um ihn dann als Verräter an der nationalen Sache anzuprangern. ... " 10/8. 440

Kurt Schuschnigg, der, wie gesagt, dieses Dokument selbst auszugsweise zitiert hat, wußte auch gegenüber den von ihm ausgeklammerten Ausführungen inhaltlich nichts einzuwenden, was einer Bestätigung dieser Meldung gleichkommt. An diesem Bericht Veesemayers ist beachtlich: der Druck seitens der verschiedensten in- und ausländischen Etablierten sowie seitens der bereits im Umschwenken begriffenen, der zusammengefaßt Schuschnigg bereits am 17.2. resignieren ließ.

Der Bericht macht weiterhin deutlich, wie sehr man sich auf allen Ebenen der offiziellen deutschen Politik um Zügelung der Illegalen in Österreich bemüht und die Ausgleichspolitik ohne hinterhältige Winkelzüge offenherzig durchführte.

Botschafter v. Papen bestätigte diese Information, meldete er doch am 18.2. nach Berlin:

"In Wien herrscht beträchtliche Aufregung wegen der politischen und wirtschaftlichen Folgen der deutsch-österreichischen Abmachungen. ... Eine größere Anzahl von Juden bereite sich darauf vor, auszuwandern. An der Börse herrsche eine aufgeregte Stimmung und die Banken seien starkem Druck ausgesetzt. Außerdem bemühe sich Prag zwischenzuschleusen und verbreite Gerüchte, wonach Österreich eine große Aufrüstung mit deutscher Hilfe beschlossen habe. U.a. gehe das Gerücht um, daß 4 neue Divisionen aufgestellt werden sollen." 10/8. 435

Kurt Schuschnigg verwies seinerseits auf "international verursachte Panikansätze". Die sich hiergegen verwahrende Propaganda der Vaterländischen Front vermochte sie nicht zu zerstreuen. 10/8. 111

"Es waren daher alle Anstrengungen darauf zu richten, einen Großalarm mit allen seinen Konsequenzen zu vermeiden, sonst wäre das Weitergreifen einer Panikstimmung nicht zu verhindern gewesen." 11/8. 270

Der "von außen anwachsende Druck" machte dem Bundeskanzler mehr Sorgen als jener von innen, und von militärischer Erpressung des Reiches war gar keine Rede mehr. 11/8. 270

Unter diesen Verhältnissen hielt Bundeskanzler Schuschnigg seine Rede am 24. Februar vor der österreichischen Bundesversammlung in Wien, abgesichert von Verbänden der Vaterländischen Front. Sie gipfelte in den Worten:

"Wir wissen genau, daß wir jetzt bis zu einer Grenze gingen, hinter der ganz klar und eindeutig ein --bis hierhin -- und nicht weiter-- steht." 11/8. 288

V. Papen berichtete über diese Ansprache:

"Eindruck Rede Bundeskanzlers bei den Missionschefs uns befreundeter und neutraler Mächte sehr kritisch. Man sagt mit Recht, daß die kleinen Spitzen gegen das Reich höchst überflüssig wären und Gesamteindruck schwächen. Haltung eines heroischen Unabhängigkeitskämpfers entspreche wenig realpolitischer Lage. Man anerkenne andererseits zum Ausdruck gebrachten Willen loyaler Erfüllung übernommener Verpflichtungen." 11/8. 288



Nationalsozialistische Kundgebung in Linz am 6. März 1938.

tungen.

Aus Kabinettskreisen höre ich, daß der Bundeskanzler diese stark österreichisch betonte Haltung eingenommen habe, um seine durch Berchtesgaden völlig erschütterte Stellung in der Vaterländischen Front zu retten. Ferner habe Bürgermeister **Schmitz** und Genossen noch letzte Tage beabsichtigt, ihn zu stürzen. Diese Kreise versuchen sozialistische Arbeiterschaft zu gewinnen und Volksfrontbewegung propagandistisch aufzuziehen. Man sollte dabei die Rede nicht allzu tragisch nehmen.

Arbeit Innenminister **Seyß-Inquart** in Verbindung mit den führenden österreichischen Nationalsozialisten geht planmäßig und mit stärkstem Einsatz von allen Seiten vorwärts. Disziplin der Parteigenossen bei gestrigen Veranstaltungen war ausgezeichnet.

Habe mich heute beim Bundespräsidenten verabschiedet, übergebe Geschäfte an Botschaftsrat **von Stein** und begebe mich nach Kitzbühel." <sup>10) S. 448</sup>

Als Reichsstatthalter hat **Seyß-Inquart** im nachhinein über die Lage der Nationalsozialisten seit der **Schuschnigg**-Rede vom 24.2.1939 erklärt:

"**Schuschnigg** wollte mit dieser Rede den radikalen Flügel seiner damaligen Anhänger und Mitläufer beruhigen. Tatsächlich hat er sich damit aber in ihre Hände gegeben. Für uns war die Bewaffnung der Betriebsmilizen durch den damaligen Wiener Bürgermeister **Schmitz** eine Provokation. Die Entwicklung stellte an die nationalsozialistische Bewegung in Österreich in täglich zunehmendem Maße stärkste Anforderungen an Geduld, Disziplin und Opferbereitschaft. Diese Tage der höchsten Spannung sind mit Fug und Recht den Leistungen einer spontanen revolutionären Erhebung gleichzustellen, vor allem deshalb, weil die Organisation der nationalsozialistischen Bewegung nur mit illegalen Mitteln arbeiten konnte." <sup>11) S. 281</sup>

Das nach erheblicher Verzögerung auf Regierungsebene gebildete Volkspolitische Referat sorgte durch den stellvertretenden Bundesleiter **Dr. Seyß-Inquart** in seinen Planungen für den Auftrieb der nationaldeutschen Kräfte. Der vorgesehene "Deutsche Tag" am 27. März 1938 stieß jedoch nicht nur auf erheblichen Widerstand **Schuschniggs**, sondern fiel auch auf Grund der umwälzenden Ereignisse des Anschlusses aus.

Nachträglich hatte **Schuschnigg** alle diese Aktivitäten, auch die Neueinsetzung des aus Kärnten stammenden Landesleiters, Major **Hubert Klausner**, den "Illegalen" zugerechnet und **Hitler** damit Verletzung des Abkommens vorgeworfen, <sup>1) S. 281 - 282</sup> obgleich ihnen allen befohlen worden war, illegale zugunsten legaler Tätigkeiten einzustellen. Daß er hierfür Führer brauchte, denen die Illegalen folgten, muß dabei beachtet werden.

**Hitler** hoffte auf eine gewaltlose, evolutionäre Lösung. Wieder-

holt hat er dies seinen Parteigenossen beteuert. <sup>1) S. 281</sup> Es gibt keinen einzigen dokumentierten Beleg mit einer gegenteiligen Aussage! Entsprechend lauten die Anweisungen des Reichsaußenministers an die Mitarbeiter in den verschiedenen Botschaften.

Als **Dr. Keppler**, der deutsche Parteibeauftragte für Österreich, am 5. März abends 17.45 Uhr in einer 40-minütigen Unterredung "einige weitere Forderungen vorgetragen hatte", lehnte **Schuschnigg** diese "rundweg ab", doch **Keppler** "nahm dies mit korrektem Bedauern zur Kenntnis, ohne weiter zu insistieren oder zu drohen", <sup>1) S. 285</sup>

Ein späterer Zeitvergleich mit seinem Entschluß zur "Volksbefragung" ergibt, daß **Schuschnigg** diesen Entschluß schon 1 - 2 Tage vor diesem Gespräch mit **Keppler** gefaßt hatte.

Welche Ereignisse waren es nun, die eine plötzliche Wende in Wien brachten? **Schuschnigg** ver-



**Schuschnigg** berichtete am 24. Februar 1938 der Bundesversammlung über Berchtesgaden. Im Vordergrund 2. v. r. Innenminister **Dr. Seyß-Inquart**.

wies auf das "immer ungestümere Drängen der Nationalsozialisten im Lande", auf "die Dynamik der Partei", der gegenüber sich selbst **Seyß-Inquart** machtlos fühlte. <sup>1) S. 285</sup> Von seiner eigenen verkrusteten diktatorischen Herrschaftsauffassung und den Einwirkungen der "internationalen Sicherungsmächte" und ihrem Gefolge sprach er nicht. Doch alle 3 Komponenten zusammengenommen bewirkten seine Kurzschuß-Entscheidung zur verfassungswidrigen und viel zu kurzfristig angesetzten Volksabstimmung.



## Schuschniggs Volksbefragung und Folgeereignisse

Was die Gesamtlage nun tatsächlich grundlegend geändert hat, war, wie Schuschnigg nachträglich selbst zugab, "der Entschluß zur Volksbefragung".

**"Die militärische Intervention, und damit die gewaltsame Übernahme Österreichs, war durch den Entschluß zur Volksbefragung ausgelöst worden."** <sup>1) S. 15</sup>

Auch dies gestand Schuschnigg nachträglich:

*"In der Tat wurde die Aktion des 11. März 1938 durch die geplante Volksbefragung ausgelöst ...*

*Die Ansetzung der Volksbefragung beruhte auf falschen Voraussetzungen. --*

*Tatsächlich war die Anberaumung der Volksbefragung ein Verzweiflungsakt unter äußerem Druck."* <sup>1) S. 300</sup>

*"Aber der Wirkung der vom Dritten Reich mit den Mitteln seiner überlegenen Technik bewußt und konsequent betriebenen Anschlußpropaganda fühlte man sich bei uns auf die Dauer einfach nicht mehr gewachsen."* <sup>1) S. 301</sup>

*"Dennoch war ihre zwar unworhergesehene Folge für Österreich das kleinere Übel. Wäre der Stein nicht ins Rollen gekommen und wäre es bei der indirekten Unterstützung der Evolution vom Reich her geblieben, die, wie sich zeigte, mit und ohne Berchtesgaden von Österreich ohne Einsatz von Machtmitteln nicht mehr zu stoppen war, dann wäre nach außen hin die Gleichschaltung Österreichs, wie Hitler es sich wünschte, eine freiwillige gewesen. ..."* <sup>1) S. 296 + 297</sup>

Die seltsame Volksbefragung -- "zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs" -- war sein Entschluß, "angesichts der allgemeinen Entwicklung in Österreich und durch die internationale Lage in den letzten Februartagen in Erwägung gezogen und um den 4. März endgültig gefaßt". <sup>1) S. 296</sup>

Über die Art "der internationalen Lage in den letzten

Februartagen" hat sich Schuschnigg nicht näher ausgelassen, nicht einmal den provokativen Rücktritt des britischen Außenministers Anthony Eden wegen der ablehnenden Haltung in London zur Intervention in der Österreich-Frage erwähnt. Dabei waren es offensichtlich jene Einwirkungen aus den westlichen Ländern, die ihn am meisten beunruhigt haben, waren es doch "die internationalen Sicherungen", die für ihn als letzte Stützen -- denn das Volk in seiner großen Mehrheit hatte ihn längst verlassen -- zusammengebrochen waren.

Schuschnigg ist sich offensichtlich darüber klar geworden, daß

*"die friedliche Gleichschaltung Österreichs, wie sie die Mehrheit der Nationalsozialisten wünschte, über kurz oder lang zum Anschluß führen mußte"*. <sup>1) S. 286</sup>

Und gerade dies wollte er verhindern mit einer Maßnahme, die den Anschein einer Volksbefragung haben sollte, in Wirklichkeit jedoch die Bevölkerung nötigte, bedingungslos für ihn und gegen den Anschluß an das Reich zu votieren oder sich den Verfolgungspraktiken seiner Behörden als Hochverräter auszuliefern. Dabei hat er sogar nach Auffassung enger Mitarbeiter Risiken von ungeheurer Tragweite in Kauf genommen. So hatte ihn Minister Guido Zernatto, der Generalsekretär der Vaterländischen Front, von Anbeginn an, als Schuschnigg ihn informierte, händeringend darauf hingewiesen, daß er mit seinem Plan Österreich in permanenten Bürgerkrieg mit einem sich anschließenden europäischen Krieg stürzen könnte.<sup>1)</sup> Doch selbst dies ließ Schuschnigg ungerührt, und Zernatto machte mit.

Auf Einzelheiten, also Motive, Zeitbefristung auf 3 Tage, fehlendes Alternativvotum ging Schuschnigg nur andeutungsweise ein, ohne allerdings zuzugeben, daß er hiermit selbst den Sprengstoff geliefert und auch gezündet hat, was seiner Regierung zum Verhängnis werden sollte.

Die Vorbereitungen für diese Volksbefragung wurden so geheim durchgeführt, daß nur der Bundespräsident, nicht aber der Ministerrat darüber informiert worden ist. Zudem wurde der Termin so kurzfristig angesetzt, daß nicht einmal die Unterlagen für eine ordnungsgemäße Erfassung der Wahlberechtigten zusammengestellt werden konnten. Den Behörden standen hierfür nur 2 Tage zur Verfügung!

Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Zernatto, bekam Sonntagabend am 6. März unter "strengster Geheimhaltung" den Auftrag, diese Volksbefragung für den 13. März vorzubereiten. <sup>1) S. 302</sup>

Waren schon diese Eile und Geheimhaltung verdächtig -- wie vereinbart sich Wille zur Volksbefragung mit Geheimhaltung? --, so war beides verge-



*"Mander 's ischt Zeit!"*

Schuschnigg am 9. März 1938 in Innsbruck.

11) Guido Zernatto, "Die Wahrheit über Österreich", New York 1958, S. 264.

bens. Berlin war unverzüglich bereits über die ersten Schritte informiert. Man hat eine Sekretärin in Verdacht, die das Protokoll der ersten Sitzung am Sonntagabend des 6. März zu fertigen hatte.

Die verratenen Abstimmungsmodalitäten des Bundeskanzler-Komplots, wie sie nach Berlin weitergeleitet wurden, dementierte **Schuschnigg** nach Kriegsende zwar – *"Die Abstimmungsbedingungen haben wesentlich anders gelaute!"* <sup>11) S. 304</sup> –, doch vermied er es, diese konkret zu benennen, so daß sein Dementi keine Überzeugungskraft hat. Berlin erhielt folgende Meldung:

"Abstimmungslokale so weit als möglich wie bei den Wahlen 1930 bzw. bei den Gemeindewahlen 1932 mit möglichst gleichartiger Einrichtung. Doppelt so viel Ja-Stimmzettel als Abstimmungsberechtigte im zuständigen Abstimmungskreis. Nur Ja-Stimmzettel. Allenfalls unbeschriebenes leeres Papier vorzubereiten für jene, die unter Umständen mit Nein stimmen wollen. Solche Personen haben sich laut den allenfalls zur Verfügung stehenden Papierzetteln (sic!) Stimmzettel aus dem leeren Papier auszuschneiden.

Schutz des Vorgangs: In jedem Lokal mindestens 2 Mann in Zivil ohne Waffen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Sämtliche Störende oder Abstimmungshindernisse oder im negativen Sinne Beeinflussende (sic!) sind sofort aus dem Lokal zu entfernen. Nötigenfalls dem diensthabenden Organ der Exekutive, Gendarmerie oder Polizei zur Amtshandlung zu übergeben.

Vor dem Lokal 2 Ordnerposten. 2 Amtswalter besorgen außerdem den Verbindungsdienst vom Lokal zum Werbelokal der VF und sonstigen Örtlichkeiten.

Beginn und Ende der Abstimmung wird von den Landeshauptmännern bestimmt. Jedenfalls Schluß um 17 Uhr. Dokumente:

Mitgliedskarte der VF, Erkennungskarte oder Heimatschein und Meldezettel. In den Städten Meldezettel und Erkennungskarte.

Diejenigen Personen, die mit Nein stimmen, müssen sich obiger Anordnung mit Handschrift unterziehen. Kein Zusatz, sonst ungültig. Vollkommen leere Stimmzettel gelten als Ja-Stimmzettel. Wenn Ja ausgestrichen und handschriftlich das Wort Nein zugefügt ist, gilt dieser Stimmzettel als Ja-Stimmzettel.

In der Sitzungskommission sind 2 - 4 Beiräte, möglichst Amtswalter der VF. Wer in den Städten keine Erkennungskarte hat, ist überhaupt nicht zugelassen, es sei denn, daß die betreffende Person dem Vorsitzenden persönlich bekannt ist. Wahlberechtigt sind alle, die spätestens 1914 geboren sind. Die Flugzettel werden mit Flugzeugen abgeworfen.

Donnerstag früh um 7 Uhr wird das Propagandamaterial unter Schutzkorps-Bedeckung in alle Länder gebracht.

Alle diese Beschlüsse werden bis Mittwoch um 2 Uhr geheimgehalten, um einen Vorsprung vor den Nazis zu bekommen." <sup>11) S. 303 - 304</sup>

Wie gesagt, **Schuschnigg** hat bei seinem Dementi – *"jedenfalls lauten die tatsächlich festgesetzten Abstimmungsbedingungen wesentlich anders"* <sup>11) S. 304</sup> – nichts "richtiggestellt"! Auch vergaß er gänzlich, den §

16, Abs. 2 aus seiner eigenen Verordnung vom 10.3. für diese Volksbefragung, in der es hieß:

*"Der Abstimmungsberechtigte erhält über Verlangen den Stimmzettel, kann sich aber auch selbst mitgebrachter Stimmzettel bedienen; ..."*

Ebenso "vergaß" er die übrigen "Durchführungsbestimmungen" die in seiner Anwesenheit Frontführer-Stellvertreter und Minister Zernatto auf dem Amtswalterappell in Innsbruck am 9. März bekanntgegeben hatte:

*"Die Abstimmungskommissionen werden aus Mitgliedern der Vaterländischen Front gebildet. Um den Abstimmungsvorgang nicht zu stören, dürfen sich keine anderen Personen in den Abstimmungslokalen aufhalten."*

Als Abstimmungsausweise gelten Ausweise der verschiedensten Art (Mitgliedskarten der Vaterländischen Front, des Bauernbundes, Gewerbebücher, Gewerkschaftsbücher, Erkennungskarten, Heimatscheine, Meldezettel usw.). In dem vorgelegten Dokument wird durch Strichlegung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. ... Vorkehrungen dagegen, daß nicht dieselbe Person an 10 oder 15 verschiedenen Stellen mittels verschiedener Ausweise abstimmt, sind nicht getroffen.

Die Abstimmung wird öffentlich durchgeführt, doch ist die Benutzung eines Briefumschlages erlaubt.

Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe von 5 mal 8 Zentimeter, der auf der einen Seite mit dem Wort »Ja« bedruckt ist. Wer mit »Nein« stimmen will, muß sich einen Zettel in genau derselben Größe selbst mitbringen und mit dem Wort »Nein« beschreiben." <sup>12) S. 63 + 131</sup>

**Schuschnigg** "vergaß" auch die Rundfunkinformation der Vaterländischen Front, in der es hieß:

*"Ich kann als aufrechter Österreicher vor allen Leuten zeigen, daß ich den Ja-Stimmzettel in die Urne werfe. Ich kann aber auch den Stimmzettel zusammenfalten oder ihn in ein mitgebrachtes Briefkuvert einschließen."* <sup>12) S. 63</sup>

So konnte ein ihm sogar wohlwollender Erlebniszeuge zusammenfassend die real gegebene Lage mit folgenden Worten wiedergeben:

*"Der offizielle Abstimmungszettel war mit dem Wort 'Ja' bedruckt. Diejenigen Personen, die mit 'Nein' zu stimmen wünschten, müssen einen Zettel in derselben Größe mit dem Wort 'Nein' beschreiben. Später hieß es dann, es würden auch mit 'Nein' versehene und überhaupt leere Stimmzettel bereitliegen. Abstimmungsberechtigt war jeder spätestens 1914 Geborene, man mußte also das 24. Lebensjahr vollendet haben. Abstimmen konnte man geheim oder öffentlich, das letzte dann, wenn man ein 'aufrechter Österreicher' war. Alle Mitglieder der Abstimmungskommission mußten der Vaterländischen Front angehören und womöglich Amtswalter sein. Da Abstimmungszwang herrschte, sollte die vollzogene Handlung auf dem Identitätsdokument angemerkt werden. ... Ferner sollten die Beamten und Angestellten des Staates sowie die Polizeibeamten ihre Stimmzettel nicht im Wahllokal, sondern bei den Funktionsären der Vaterländischen Front und zwar in ihrem Dienstort und, wie sich der Verfasser erinnert, bereits am Tag vor dem offiziellen Termin am Samstag, den 12. März (!) offen*

12) Ernst Fischer, "Erinnerungen und Reflexionen", Hamburg 1969, S. 321.

13) *Neue Augsburger Zeitung*, 11.3.1938.



Nationalsozialistische Kundgebung in Graz Anfang März 1938

abgeben.“ 14) S. 376 + 378

Am 7. März trafen die Landesführer der Vaterländischen Front die ersten organisatorischen Vorbereitungen.

Innenminister Seyß-Inquart wurde erst abends am 8. März „gegen ehrenwörtliche Versicherung der Geheimhaltung“ informiert,<sup>15) S. 302</sup> allerdings – was Schuschnigg später verschwiegen – ohne Angabe des Termins. Diesen erfuhr er erst am 9. März vormittags von Guido Zernatto,<sup>16) S. 167</sup> kurz bevor die Volksabstimmung offiziell angekündigt wurde.

Hitler erfuhr diese Nachricht aus dem Rundfunk, die Diplomaten der westlichen Hauptstädte bereits Stunden vorher, zweifellos eine neuerliche Provokation Deutschlands.

Schon im Plakataufwurf der Vaterländischen Front zur „Volksbefragung“ war es deutlich formuliert:

*„Die Staatsführung verlangt vom Volk Österreichs ein Bekenntnis zur Heimat.“*

Damit war aber gleichzeitig ein Bekenntnis gegen den Anschluß an das Reich und eine Legitimation für Schuschnigg zur Unterdrückung der Bevölkerung nach seinem selbstherrlichen Belieben impliziert!

Schuschnigg hatte diesen Zusammenhang bereits am 9. März anlässlich der Verkündung dieser „Volksbefragung“ auf einem Amtswalterappell der Vaterländischen Front in Innsbruck zum Ausdruck gebracht, indem er mit dem Aufruf von Andreas Hofer 1809 an die Tiroler zum Kampf gegen die Franzosenherrschaft abschloß:

*„Mander 's ischt Zeit!“*

Dies konnte nur als Kampfansage gegen das Reich verstanden werden.

Der Text für die Volksbefragung war so gefaßt, daß ihn – wie Schuschnigg schrieb – jeder Österreicher unterschreiben konnte. Einzelheiten zur Politik waren nicht gefragt. Jede Alternative zu Programmen, Führungsmethoden und Personen war ausgeschaltet, die Volksbefragung somit zur Farce, zur Verdummung der Menschen degradiert. Der zur „Befragung“ vorgelegte Text lautete:

*„Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einig Österreich! Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.“*

Nicht vergessen hatten die Konspirateure in Wien indessen, „mit der illegalen Linken Verbindung aufzunehmen“.<sup>17) S. 301</sup> Das hieß sich im Schuschnigg-Buch als harmlose Episode, bedeutete jedoch in Wirklichkeit, beginnend mit dem 8. März, militärische Mobilisierungsbemühung der bisher illegalen marxistischen Arbeiter-Organisationen.

Der bekannte österreichische Kommunist Ernst Fischer bekannte nach dem Krieg:

*„In einer geheimen Besprechung mit Kommunisten spricht der österreichische Generalstabschef von der Möglichkeit eines 24-stündigen Widerstandes – unter einer Voraussetzung: die revolutionären Arbeiter müssen die Sicherung des Hinterlandes gegen einen Nazi-Aufstand übernehmen. Für Waffen sei gesorgt. Diese 24 Stunden, so hoffte er, würden Europa erschüttern, Chamberlain stürzen, in Deutschland selbst das Prestige Hitlers auf ein Minimum reduzieren.“*<sup>18)</sup>

Solche Initiativen konnte das österreichische Bundesheer nicht ohne höchste Weisung entfalten haben!

Die zur gleichen Zeit vom österreichischen Bundesheer durchgeführten „Sicherungsmaßnahmen“ vollzogen sich derweil zunächst im Stillen. Am 10. März ließ Schuschnigg den Jahrgang 1915 einberufen, am 11.3. gab er Befehl zur Alarmbereitschaft.<sup>19) S. 305</sup> Alles dies macht deutlich, daß er auf militärische Reaktionen spekuliert hatte, diese geradezu provozieren wollte.

Seyß-Inquart, der sich am 9.3. sogleich vom Verwaltungsgerichtshof darüber unterrichten ließ, daß eine solche Volksbefragung verfassungswidrig sei (laut Art. 65 der Verfassung von 1934 kann nur der Bundespräsident eine solche einberufen) und die Nein-Stimmenden bei der ausgewiesenen Befragungssparole den Tatbestand des Hochverrats erfüllen, legte daraufhin sofort schriftliche Verwahrung gegen diesen wahnwitzigen Plan ein. Der Innenminister beehrte seinen Bundeskanzler zusätzlich über die Voraussetzungen einer sachgerechten Wahl und forderte, die Volksbefragung zu vertagen und gesetzmäßig in 6 Wochen durchzuführen, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung zu gewährleisten. Schuschniggs schriftliche Antwort am 10. März war blamabel:

*„... Die Verfassung ist auf dem Gedanken der autokratischen Führung aufgebaut. ... Eine Koalitionsregierung zu bilden lehne ich ab. Parteien kann ich nicht anerkennen. Die Bildung einer 2. Front neben der Vaterländischen Front ... kann daher nicht in Frage kommen.“*<sup>19) S. 305</sup>

Im übrigen berief er sich auf seine ihm im Art. 93 der Verfassung zugesprochene Kompetenz als Bundeskanzler,

14) Mikoletzky, „Österreichische Zeitgeschichte“, Wien 1962.



## Der 11. März 1938

Nachdem am frühen Morgen des 11. März die **Wiener Neuesten Nachrichten** erschienen waren, ließ Bundeskanzler Schuschnigg sie unverzüglich beschlagnahmen. Er verbietet damit die Grundsatzdarlegungen des Staatsrats Dr. Jury zur Verfassungswidrigkeit der verordneten Volksbefragung, die ohne vorhandene Wahllisten dem Volk die Alternative aufzwingt, mit "Ja" zu stimmen oder sich als Hochverräter zu bekennen und als solcher möglicherweise registriert zu werden. Als Folgerung seiner juristischen Darlegungen hatte der als gemäßigt geltende Staatsrat Dr. Jury zur Stimmenthaltung aufgerufen. Die Forderung Schuschniggs, ihn des Amtes zu entheben, ignorierte Innenminister Seyß-Inquart.

Daß solche, die Öffentlichkeit beunruhigende Verhaltensweisen internationale Resonanzen nach sich zogen, mußte Schuschnigg bewußt gewesen sein. Er selbst zitierte im Nachkriegsrückblick eine durchaus wichtige Mitteilung eines englischen Korrespondenten unter Bezugnahme auf das Deutsche Nachrichtenbüro, die die britische Botschafter in Berlin an seinen Außenminister Lord Halifax weitergeleitet hat, doch vermied er, dazu Stellung zu nehmen. Das ist schade, denn es wäre wichtig zu wissen, ob das alles gestimmt oder ob es vom offiziellen Wien aus lancierte Meldungen an die internationale Presse waren, die dieses Thema in Fluß gebracht haben:

*"Das in Kreisen der Vaterländischen Front in Wien zirkulierende Gerücht, nach dem die Reichsregierung von der österreichischen Regierung in einem Ultimatum die Verschiebung des sogenannten Plebiszits verlangt hätte, wird in hiesigen politischen Kreisen als ein Zeichen der außerordentlichen Nervosität in Wien aufgefaßt. Hier ist nichts von einem solchen angeblichen Ultimatum bekannt. Das andere in Wien verbreitete Gerücht, nach welchem das deutsche Radio verkündet hätte, daß das Reich zu den äußersten Maßnahmen schreiten würde, wenn der österreichische Kanzler sein sogenanntes Plebiszit nicht absage, ist gleichfalls eine Erfindung und wahrscheinlich der Tatsache zuzuschreiben, daß irgendeine ausländische Propagandastation solche Nachrichten ausgegeben hat. ..."* (1) S. 322

Das Schweigen Schuschniggs zu der zitierten Meldung des britischen Korrespondenten und seine verweigerte Sachaufklärung zu der von ihm wörtlich wiedergegebenen offiziellen Stellungnahme des deutschen Außenministers v. Neurath in Beantwortung eines britischen Protestes am Abend des 11. März 1938 gegenüber dem britischen Botschafter Neville Henderson hinterlassen den Eindruck einer ungewollten Bestätigung deren Inhalte. Der Vermerk Schuschniggs:

*"Fast mit jedem Wort schlug die Antwort Neuraths den rechtlichen und sachlichen Tatsachen ins Gesicht."* (1) S. 328

wirkt geradezu grotesk, da er anschließend kein einziges Wort zur Richtigstellung übrig hat und das Thema schnellstens verlassend, sich sogleich mit dem englischen Unterhaus befaßte. V. Neurath hatte dem britischen Bot-

schafter nach Ablehnung eines von Großbritannien vorgebrachten "Rechtsanspruchs auf Einmischung in die deutsch-österreichischen Angelegenheiten" zur Vorgeschichte des 11. März ausgeführt:

*"Das beabsichtigte Plebiszit konnte nur die politische Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung zum Ziel haben, also sei die Absicht eine flagrante Verletzung der Berchtesgadener Vereinbarung gewesen."*

*Die Folge sei gewesen, daß jene Mitglieder der österreichischen Regierung, die am Beschluß, ein Plebiszit abzuhalten, nicht beteiligt waren, energischen*



Innenminister Arthur Seyß-Inquart und sein Staatssekretär für Sicherheitswesen, Dr. Michael Skubl.

*Protest einlegten. Daraus sei eine Kabinettskrise in Wien entstanden, die im Verlauf des 11. März zum Rücktritt des früheren Bundeskanzlers und zur Bildung einer neuen Regierung geführt habe. Es sei unwahr, daß das Reich in dieser Lage gewaltsamen Druck angewendet habe. Insbesondere die Feststellung, die der frühere Bundeskanzler dann gemacht habe, daß nämlich von der deutschen Regierung ein befristetes Ultimatum an den Bundespräsidenten gestellt worden sei, wonach ein bestimmter Kanzler ernannt und eine Regierung gemäß den Vorschlägen der deutschen Regierung gebildet werden müsse, bei sonstigem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich, sei pure Erfindung."*

*Der Einmarsch sei vielmehr über dringende telefonische Anforderung seitens der neu gebildeten österreichischen Regierung erfolgt, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und Blutvergießen zu verhindern."*

*Dieses Telegramm sei mittlerweile veröffentlicht worden. Im Angesicht der drohenden Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges in Österreich habe die Reichsregierung beschlossen, dem an sie gerichteten Appell*

stattzugeben.

*Unter diesen Umständen könnten gefährliche Folgen nur dann entstehen, wenn von einer dritten Seite der Versuch gemacht werden sollte, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und berechtigten Zielen des Deutschen Reiches auf die Entwicklung in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Widerspruch stehe.* <sup>11) S. 307</sup>

Es muß wiederholt werden: Schuschnigg nimmt hier zu mit keinem einzigen Wort Stellung! Er sah sich offensichtlich nicht in der Lage, den Ablauf der Ereignisse "berichtigt" vorzutragen! Und dies nach Jahrzehnten, die ihm zum Erinnern zur Verfügung standen!

Um 10 Uhr verlangten die Minister Dr. Seyß-Inquart und Dr. Glaise-Horstenaus von Schuschnigg die Absage des vorgesehenen Spektakels, statt dessen eine sachgerechte Volksbefragung frühestens 4 Wochen später mit normal üblichen Voraussetzungen. Hinweise auf drohenden Bürgerkrieg oder sogar internationalen Krieg beeindruckten den Bundeskanzler in stundenlanger Debatte auch diesmal nicht. Schließlich wollte er nur einen Stimmzettel mit den Möglichkeiten zulassen: *"Für Österreich mit Schuschnigg"* und *"Für Österreich ohne Schuschnigg"*.

Im Anschluß an das unterbrochene Gespräch stellten die beiden Minister ihm – *"in eigenen Namen und im Namen der Staatsräte und Volkspolitischen Referenten"* – eine schriftliche Bitte *"in letzter Stunde"* mit Fristsetzung zu:

"Mit der inständigsten Bitte, einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die als Entrechtung des überwiegenden Teiles der Einwohner unseres Landes früher oder später zu den schwersten Folgen führen muß.

Wir stellen zunächst fest, daß wir seit Jahren nur den einen Wunsch hatten, daß dem deutschen Volke Österreichs endlich die Möglichkeit gegeben wird, seiner politischen Gesinnung und seinem politischen Willen jenen freien Ausdruck verleihen zu können, wie dies in anderen Ländern auch der Fall ist.

Wenn wir daher diesen heutigen Schritt unternehmen, dann geschieht es nicht, um uns gegen eine Abstimmung, wie wir sie selbst so oft gefordert hatten, aufzulehnen, sondern es geschieht dies, um diesem Vorgang einen Wert zu verleihen, der von allen Seiten billigerweise als der gerechte Ausdruck der Auffassungen und des Willens unseres deutschen Volkes anerkannt werden kann.

Sie haben nun, Herr Bundeskanzler, ohne die Minister des nationalen Österreichs in gehöriger und verfassungsrechtlich nötiger Weise zu verständigen, für Sonntag eine Volksbefragung festgesetzt, die nicht den Charakter einer Volksabstimmung trägt, und demnach sowohl in der Fragestellung als auch in der Art ihrer Organisation und Durchführung jedem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht.

1. Es ist unmöglich, zum Inhalt eines Volksbegehrens ein Bekenntnis zu machen, dessen Ablehnung nach heute geltendem Gesetz strafrechtliche Folgen nach sich ziehen würde.

2. Es ist unmöglich, eine Volksabstimmung herbeizuführen innerhalb eines Zeitraums von 3 Tagen, vom Tage

der Ankündigung an gerechnet, ohne daß die geringste Grundlage besteht für eine ordnungsgemäße Ausstellung der Wählerlisten, für die Mängelreklamationen der Wähler, sowohl als für die Vorbereitung irgendeiner Stellungnahme zu dieser Wahl.

3. Sie haben diese Wahl angesetzt, ohne vorher, wie dies durch das Berichtigende Abkommen vorgesehen war, den Einbau der nationalen Kreise in die Vaterländische Front, die Sicherheit einer objektiven Handhabung des Wahlvorganges sowie einer objektiven Zählung der Wahlresultate zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Minister und ebenso die Staatsräte und volkspolitischen Referenten sehen sich daher außerstande, diesem Verfahren zuzustimmen, die Ansetzung dieser Abstimmung anzuerkennen und ihre Durchführung vor dem österreichischen Volk zu vertreten. <sup>12) S. 183</sup>

Weiterhin schlugen die Unterzeichner vor, mitzuhelfen, eine ordnungsgemäße Wahl in 4 Wochen durchzuführen, wie sie den Gebräuchen aller europäischen Länder entspreche.

Bis 14 Uhr wurde er um Antwort gebeten, andernfalls die Unterzeichner ihre Ämter niederlegen würden.

In keinem seiner Nachkriegsbücher erwähnte Schuschnigg dieses sachlich gerechtfertigte und freundlich gehaltene Schreiben!

Erst nach weiterem Zeitverlust und versuchter "Kompromißlösung" – die Volksbefragung abzusagen, ohne eine spätere, ordnungsgemäß durchzuführende zu erwägen – trat der Bundeskanzler unter dem Eindruck der angedrohten Demission zahlreicher Verantwortungsträger seines Kabinetts und des Staates nach 16 Uhr zurück.

Auch dieser Entschluß war darauf ausgerichtet, eine internationale Krise zuzuspitzen!

Bis zu dieser Stunde hat es kein Ultimatum irgendeiner Art seitens der Reichsregierung gegeben! Seyß-Inquart und Glaise-Horstenaus freilich hatten auf Anregungen Hitlers gehandelt, die ihnen während der Nacht zuvor ein Kurier überbracht hatte. In ihnen war auch Hilfe des Reiches in Aussicht gestellt worden, falls der Vorschlag zur Verschiebung der Volksbefragung nicht aufgegeben werden sollte. Hitler hatte in diesen Anregungen kein Ultimatum gefordert, sondern eine Rücktrittsandrohung des Innenministers mit Fristsetzung bis 12 Uhr mittags empfohlen. <sup>13) S. 278</sup>

Der sehr gründliche Sachkenner Helmut Sündermann schrieb hierzu weiter:

"Nur für den Fall, daß Schuschnigg erneut ablehnen sollte, wurde eine Art Revolutionskalender entworfen, der eine 'provisorische Regierung', einen Rundfunk-Aufruf Seyß-Inquarts, die Besetzung öffentlicher Gebäude durch Nationalsozialisten und schließlich ein Telegramm vorsah, mit dem Seyß-Inquart als 'provisorischer Regierungschef' deutsche Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung anfordern konnte.

Das war Hitlers Eventualprogramm, – in Wirklichkeit rechnete er immer noch, wie sich herausstellte, mit einem Einlenken Schuschniggs. Eine Forderung nach dessen Rücktritt wurde

<sup>15) Wolfgang Rosar, "Arthur Seyß-Inquart in der österreichischen Anschlussbewegung", Wien 1969.</sup>



Bundespräsident Wilhelm Miklas

de nicht erhoben. Mit Zähigkeit hielt **Hitler** sogar jetzt noch an dem Gedanken fest, die Österreichfrage mit Schuschnigg zu regeln. <sup>11) S. 102</sup>

Schuschniggs Schilderungen dieses Tages sind, wie vieles bei ihm, unredlich! So schrieb er über seinen Rücktritt am 11. März unter Verschweigen des Inhalts der vorgenannten Unterredung und des zusätzlichen Schreibens seiner Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau so gleich übergehend auf die Zeit kurz nach 14 Uhr:

*"In den frühen Nachmittagsstunden stellte Berlin die ultimative Forderung nach Rücktritt der Regierung und Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler, andernfalls die Deutsche Wehrmacht noch am selben Abend einmarschieren würde.*

*Dieses Ultimatum wurde telephonisch an den Minister Seyß-Inquart durchgegeben, und zwar nachdem das erste auf dem gleichen Weg übermittelte Ultimatum, das Abberaumung und Verschiebung der beabsichtigten Volksbefragung gefordert hatte, um etwa 14 Uhr von Österreich angenommen worden war. ...*

*Der militärische Einmarsch in Österreich war beschlossene Sache. Gesucht wurde aus optischen Gründen ein Vorwand. Daher blieb als Gegenzug nur übrig, den gewünschten Vorwand nicht zu liefern und die Erpressung solcherart zu demaskieren.*

*Um diese Stunde stand fest, daß auf wirksame äußere Hilfe von nirgendwoher zu rechnen war.* <sup>11) S. 11, 12</sup>

Allein diese wenigen Sätze enthalten 7 Lügen!

(1) Schuschniggs Rücktritt war anfangs nicht gefordert worden!

(2) Die Ernennung von Seyß-Inquart zum Bundeskanzler war zu dem genannten Zeitpunkt ebenfalls nicht gefordert worden.

(3) Die Reichsregierung hatte weder ein Ultimatum noch zwei gestellt. Alle Forderungen hatte Innen- und Sicherheitsminister Seyß-Inquart in eigener Kompetenz seines Amtes begründet vorgetragen.

(4) Als Konsequenz einer Ablehnung war nicht ein

Einmarsch deutscher Truppen angedroht worden, sondern der Rücktritt seiner Minister, der Staatsräte und volkspolitischen Referenten!

(5) Zu diesem Zeitpunkt war der Einmarsch deutscher Truppen weder eine "beschlossene Sache" noch hätte er "am selben Abend" erfolgen können! -- An anderer Stelle gab Schuschnigg zu, daß Hitler den Einmarschbefehl an die Wehrmacht erst nach der abendlichen Rundfunksprache Schuschniggs und damit nach Bekanntgabe seines Rücktritts erteilt hat. <sup>11) S. 12</sup>

(6) Die Reichsregierung hatte keinen "Vorwand aus optischen Gründen" gesucht!

(7) Der Vorwurf der Erpressung seitens des Reiches war völlig fehl am Platz!

Richtig hingegen war, daß Seyß-Inquart nach erfolgloser Auseinandersetzung mit Schuschnigg -- nicht vorher! -- um 14.45 Uhr Reichsminister Hermann Göring telephonisch über die Lage in Wien berichtet hat, wobei er auch angeordnete Sicherheitsmaßnahmen, u.a. ein Ausgehverbot nach 20 Uhr, erwähnte. Göring nahm dies zurückhaltend zur Kenntnis, rief indessen um 15.59 Uhr zurück und erklärte Seyß-Inquart, Schuschnigg habe durch sein Verhalten in Berlin sein Vertrauen eingebüßt. Daher hätten die nationalen Minister ihre Demission einzureichen und den Rücktritt des Bundeskanzlers zu fordern. -- Zu diesem Zeitpunkt war dem Bundeskanzler jedoch die Demission seiner Mitarbeiter als Konsequenz einer Ablehnung der ihm übergebenen Forderungen bereits bekannt.

Neu für ihn war in einer weiteren Unterredung nunmehr die Forderung nach seinem Rücktritt. Auch diese hat Seyß-Inquart als Verantwortlicher für die Innenpolitik und Sicherheit ohne Drohung mit einem deutschen militärischen Einmarsch als eigene notwendige Erkenntnis vorgetragen. Offiziell nahm Schuschnigg dieses nachfolgende Gespräch zum Anlaß, beim Bundespräsidenten seinen Rücktritt einzureichen, inoffiziell hatte er jedoch diesen Entschluß, mit dem gesamten Kabinett zurückzutreten, schon vorher gefaßt.

*"Dieser Prozedur lag der Gedanke zugrunde, daß die Regierung als »geschäftsführend« bis auf weiteres im Amt bleiben und als solche die europäische Szene in Bewegung setzen sollte.* <sup>11) S. 106</sup>

Zahlreiche Dokumente beweisen diese Bemühungen: (1)

Der bisherige deutsche Botschafter in London und nunmehrige Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop befand sich seit dem 8. März zum Abschiedsbesuch in der britischen Hauptstadt. Gegen Ende des ihm zu Ehren gegebenen Frühstücks am 11. März in der Downingstreet erhielt Premierminister Chamberlain von der britischen Gesandtschaft aus Wien die telegrafische Nachricht, daß

a) Schuschnigg die Volksbefragung abgesagt habe "unter der Bedingung, daß sichergestellt sei, daß sich die Nazis ruhig verhielten",

b) Deutschland ultimativ den Rücktritt **Schuschnigg**s und die Bestallung **Seyß-Inquarts** zum Bundeskanzler gefordert habe.

Die Stimmung sei infolge dieser Mitteilungen "erregt" gewesen.<sup>10)</sup> S. 225 f

(2)

Der Gesandte **Theodor Hornbostel**, damaliger Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium,

*"schickte am 11. März 1939 von 8 Uhr früh bis in die Nacht Hilferufe in die westlichen Hauptstädte hinaus. Wir versuchten die Westmächte aufzuputschen; bis zum Abend wurde die ganze Welt in Bewegung gesetzt."*<sup>11)</sup> S. 182 + 7) S. 109

Es war ausgerechnet "jene Welt", die Österreich seit 1919 unentwegt erpreßt und ihm das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten hat!

Mit dieser Nachkriegsaussage wird die Feststellung **Adolf Hitlers** in seiner Rede am 18. März 1938 bestätigt, in der er erklärt hatte:

*"Darüber hinaus aber sind wir schon jetzt in der Lage festzustellen, daß ein Teil der gegen Deutschland anstürmenden Lügenkampagne durch das Pressebüro Herrn Schuschnigg selbst inspiriert worden war."*<sup>12)</sup> S. 6

Von Paris – unerwartet und somit überraschend für **Schuschnigg** war die französische Regierung einen Tag zuvor aus innenpolitischen Gründen zurückgetreten – und London teilten die Außenämter ihm mit, man würde militärisch eingreifen, sofern sich Italien beteiligen würde. **Benito Mussolini** lehnte indessen ab, zumal er sich seit dem Abessinienkrieg noch von den Völkerbundsmächten ausgegrenzt sah, sich inzwischen dem nationalsozialistischen Deutschland verbunden fühlte und eine deutsch-österreichische Zusammenarbeit grundsätzlich für notwendig hielt.

Bundespräsident **Miklas** hat im Mai 1938 "interessierten Freunden" einen erst 1968 veröffentlichten persönlichen Bericht zukommen lassen, in dem er auf "Gerüchte" verwiesen hat, daß an jenem 11. März als einzige Macht die Sowjetunion ihre Bereitschaft erklärt habe, "sofort für Österreich einzuschreiten". So waren offenbar "die Hilferufe" auch an Moskau abgegangen.<sup>13)</sup> S. 109 **Miklas** habe jedenfalls vor dieser Perspektive "das Grauen gepackt" und daher am späten Abend um 22 Uhr der Ernennung **Seyß-Inquarts** zum Bundeskanzler zugestimmt, um auswärtigen Mächten keine Interventionsmöglichkeiten zu bieten. Freilich hat ihn dieses "Grausen" sehr spät, fast zu spät, gepackt.

Die Aussage von **Theodor Hornbostel** in dem Hochverrats-Prozeß nach Kriegsende gegen den seinerzeitigen österreichischen Außenminister **Guido Schmidt** ist auch deshalb bedeutungsvoll, weil sie bestätigt, daß es der Demissionsandrohung der Minister, Staatsräte und volkspolitischen Referenten nach 10 Uhr gar nicht bedurfte, um **Schuschnigg** zu diesem kriegswilligen Treiben zu veran-

lassen. Der Beginn seines unehrlichen, ja wahnwitzigen Unternehmens, "die ganze Welt in Bewegung zu setzen", und die von ihm diktatorisch traktierten 6 Millionen Österreich-Deutschen lieber fremder Herrschaft zu unterwerfen, als ihnen nach demokratischen Grundsätzen die Zugehörigkeit zu ihrer Volksgemeinschaft zu ermöglichen, ist somit viel früher anzusetzen, und zwar nicht nur "um 8 Uhr früh" des 11. März. Alles deutet darauf hin, daß hier spätestens der 6. März, der den Entschluß zur konsultativen "Volksbefragung" markiert, der Auslöser war, was **Schuschnigg** sogar nachträglich bestätigte.<sup>14)</sup> S. 16 + 300

Obleich der Rücktritt des Bundeskanzlers bereits am frühen Nachmittag des 11.3. zugestanden war, wurde dieser erst Stunden später, um 19.15 Uhr bekanntgemacht. Bundespräsident **Miklas** hat sich solange hartnäckig gewehrt, ihn entgegenzunehmen.

Immerhin muß **Schuschnigg** bereits an diesem frühen Nachmittag erkannt haben, daß von ihm herbeigewünschte Interventionen der "Sicherungsmächte" nicht zu erwarten waren, ermächtigte er doch zu dieser Stunde den General der Infanterie **Schilhawski** zur Weitergabe eines Tagesbefehls an alle Einheiten des österreichischen Bundesheeres, die Truppen von den Grenzgebieten hinter die Enns zurückzuziehen und eventuell einmarschierenden deutschen Wehrmachtsverbänden keinen Widerstand zu leisten.

"Damit waren an jener militärischen Front, an der noch kaum 6 Stunden zuvor so intensive Gefechtsvorbereitungen angeordnet worden waren, die Würfel gefallen."

Des weiteren machte der Bundeskanzler seine auch an der politischen Front erfolgte Kehrtwendung bekannt. Um 18.15 Uhr wurde Radio Wien ermächtigt, den Aufschub der Abstimmung bekanntzugeben, eine Stunde später wurde der Rücktritt des gesamten Kabinetts durchgegeben – mit der bedeutungsschweren Ausnahme von **Seyß-Inquart**, der, wie es hieß, »als Innenminister im Amte verbliebe«.<sup>15)</sup> S. 227

In der Tat hatte **Schuschnigg** an diesem frühen Nachmittag sowohl aus London wie aus Paris Informationen dahingehend erhalten, daß "militärische Interventionen für die Politik **Schuschnigg**s nicht in Frage kommen". Dies berichtete **Daily Mail** am folgenden Tag. Der anfragende österreichische Gesandte an der Downingstreet, **Frankenstein**, mußte seine Mission gewiß als beschämend empfunden haben. Bemühungen, **Mussolini** in Rom zu erreichen, waren gescheitert, was nur als eindeutige Absage verstanden werden konnte und zögerlich Interventionsgewillte in Frankreich zum Verstummen brachte.

Um 17.20 Uhr hatte **Seyß-Inquart** telefonisch **Göring** darüber unterrichtet, daß **Miklas** sich nach wie vor weigere, ein neues Kabinett zu erwägen, und anscheinend eine offizielle deutsche Aktion herausfordere. **Göring** reagierte erregt und wies über den Kopf des Führers hinweg **Seyß-Inquart** an:

*"Göring Also bitte folgendes: Sie möchten sich sofort mit dem Generalleutnant Muff (deutscher Militärattaché in Wien) zum Bundespräsidenten begeben und ihm sagen: Wenn er nicht unverzüglich die Forderungen – Sie kennen sie – annimmt, dann erfolgt heute nachts der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie, und die Existenz Österreichs ist vorbei!"*

*Der Generalleutnant Muff möchte sich mit Ihnen hinbege-*

16) "Hochverratsprozeß gegen Dr. **Guido Schmidt**, die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugnisaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten", Verlag der österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1947.



ben und verlangen, sofort vor-  
gelassen zu werden ..., und das  
auszurichten. Bitte geben Sie  
uns unverzüglich Nachricht,  
auf welchem Standpunkt Mi-  
klas bleibt. Sagen Sie ihm, es  
gäbe keinen Spaß jetzt. ... Der  
Einmarsch wird nur dann auf-  
gehalten, und die Truppen blei-  
ben an der Grenze stehen, wenn  
wir bis 19.30 Uhr die Meldung  
haben, daß der Miklas die  
Bundeskanzlerschaft Ihnen  
übertragen hat." 11.8.1938

Während der Wiener  
Rundfunk bereits die Ver-  
schiebung der Volksbefra-  
gung verkündete, erfuhr Gö-  
ring:

"Muß ist jetzt oben gewe-  
sen beim Präsidenten, der hat  
wieder abgelehnt. ...

Man läßt es darauf ankom-  
men, auf den Einmarsch und  
stellt sich vor, daß nach Maß-  
gabe des Einmarsches die Voll-  
zugsgefahr an andere Personen  
übergehen wird."



Rechtsanwalt, Staatsrat, schließlich Innenminister und  
Bundeskanzler Österreichs Dr. Arthur Seyß-Inquart.

Ein reichsdeutscher Kommandierender General schien  
Bundespräsident Miklas lieber zu sein als ein österreichi-  
scher Bundeskanzler!

Inzwischen waren Berichte aus Österreich in Berlin ein-  
getroffen, die von eigenständigen Amtübernahmen und  
Gebäudebesetzungen durch ns-Österreicher kündeten. Die-  
se Ereignisse stellen sich für einen Historiker so dar:

"Vor allem stellt sich heraus, daß die nationalsozialistische  
Machtergreifung tatsächlich nirgends auf ernstlichen Wider-  
stand stieß. War bei der Absetzung von Landeshauptleuten  
oder sonstigen Verwaltungsgorganen Exekutive anwesend, so  
verhielt sie sich entweder passiv oder hatte Hakenkreuz-Arm-  
binden übergestreift. Die Ravag war bereits in Rainers Hand,  
sogar die meisten Räume des Bundeskanzleramtes selbst. SS-  
Vorausabteilungen erfüllten Ordnungsdienst für die anwesen-  
den Nationalsozialisten. In der Telefonzentrale organisierte  
Globocnik die Machtergreifung in den Bundesländern im  
Namen Seyß-Inquarts

Vor dem kleinen Ministerratssaal standen zwar noch Po-  
sten des Gardebataillons, aber es ist fraglich, ob sie auch dann  
dort gestanden wären, wenn dies Seyß-Inquart nicht ge-  
wünscht und die Landesleitung nicht geduldet hätte.

Die Situation war nun einmal so, daß in der erfolgreich  
verlaufenden österreichischen Revolution diese beiden die ein-  
zigen echten Autoritätsfaktoren waren. Nur sie verhinderten  
das Eindringen der sich vor dem Bundeskanzleramt sam-  
melnden Demonstranten. Eine Bestellung Seyß-Inquarts hätte  
die Konfliktgefahr wesentlich verringert." 11.8.1938

Derweil berichteten bereits ausländische Journalisten  
von Waffenausgaben österreichischer Behörden an Mit-  
glieder illegaler Links-Organisationen, von Propaganda-

märschen der "Legitimisten"  
(Monarchisten, Habsburg-  
Anhänger) in Wien, aber auch  
von den in Bewegung gerate-  
nen Hakenkreuzlern in ver-  
schiedenen Städten.

Um 19.15 Uhr gab  
Schuschnigg dann selbst im  
Rundfunk seinen Rücktritt  
bekannt:

"Der heutige Tag hat uns vor  
eine schwere und entscheidende  
Situation gestellt. Ich bin beauf-  
tragt, dem österreichischen Volk  
über die Ereignisse des Tages  
zu berichten.

Die Deutsche Reichsregie-  
rung hat dem Herrn Bundesprä-  
sidenten ein befristetes Ultima-  
tum gestellt, einen von ihr vor-  
geschlagenen Kandidaten  
zum Bundeskanzler zu ernennen  
und die Regierung nach den  
Vorschlägen der Deutschen  
Reichsregierung zu bestellen,  
widrigenfalls der Einmarsch der  
deutschen Truppen in Österreich  
für diese Stunde in Aussicht ge-

nommen werde.

Ich stelle fest vor der Welt, daß Nachrichten, die  
davon wissen wollten, daß in Österreich Arbeiterunru-  
hen ausgebrochen und Ströme von Blut geflossen seien,  
daß die Regierung nicht Herr der Lage wäre, daß sie  
nicht hätte Ordnung schaffen können, von A bis Z erfun-  
den sind.

Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem öster-  
reichischen Volk mitzuteilen, daß wir der Gewalt wei-  
chen.

Wir haben, weil wir um keinen Preis auch in dieser  
ersten Stunde deutsches Blut zu vergießen gesonnen  
sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den  
Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Wider-  
stand sich zurückzuziehen und die Entscheidung in den  
nächsten Stunden abzuwarten. Der Herr Bundespräsi-  
dent hat General Schilhawski mit der Führung der Wehr-  
macht betraut. Durch ihn werden die weiteren Weisun-  
gen an die Wehrmacht gehen.

So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem  
österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und  
einem Herzenswunsch: 'Gott schütze Österreich!' 11.8.1938

Die Reichsregierung verwahrte sich unverzüglich ge-  
gen die von Schuschnigg in dieser Rundfunksprache  
vorgebrachten Lügen über Ultimaten des Reiches und ge-  
legnete Unruhen im Lande.

Die Reichsregierung hatte gar kein Ultimatum gestellt,  
sondern seine eigenen Minister, die Schuschnigg hinter-  
gangen hatte, haben nach stundenlangen vergeblichen  
Überredungsbemühungen zur Vernunft lediglich ihre De-



Innenminister Dr. Seyß-Inquart spricht am 6. März 1938 auf einer Kundgebung der Nationalsozialisten in Linz. Vorn sitzend (v. lks.) die Parteigenossen Dr. Franz Laugoth, Dr. Ernst Kaltenbrunner und Breitentaler.

mission angekündigt, falls die kurzfristig angesetzte Volksbefragung nicht abgesagt und durch eine ordnungsgemäße in 4 Wochen ersetzt würde. – Erst nach erfolgtem, aber noch nicht bekanntgegebenen, Rücktritt Schuschniggs hat Militärattaché Muff auf Anweisung Görings, nicht einmal Hitlers, den Einmarsch der Wehrmacht angekündigt und zwar angesichts der unübersichtlich gewordenen Führungsverhältnisse und verfolgten Ziele in Wien, beunruhigender Nachrichten vom ganzen Land und zu befürchtender Intervention ausländischer Mächte.

*„Bereits am 8. März drohten die Ereignisse in der Steiermark -- und zu einem geringeren Ausmaß im Rest von Österreich -- die Kontrollmöglichkeit der Regierung zu überfordern.“*

(a) S. 197

Die Forderung Görings, „einen bestimmten Bundeskanzler“ zu berufen, erfolgte erst, als Schuschnigg bereits zurückgetreten war. Sie wurde nicht vom Reich, sondern von Seyß-Inquart vorgetragen.

Die von Schuschnigg in seiner Rundfunkansprache der Reichsregierung oder wem auch immer angestetzten Pressemeldungen entsprachen keiner regierungsamtlichen Anweisung aus Berlin! – Es war nicht „die Gewalt“ des Reiches, sondern „die Gewalt“, die Schuschnigg in seiner mehr als 3-jährigen, ohne jegliche Wahllegitimation zustandekommenden, Amtszeit im Innern seines Landes selbst gezüchtet hat, der er wich, weichen mußte!

Adolf Hitler hatte zu den eigenwilligen Entscheidungen Schuschniggs überhaupt nichts beigetragen und sein Ende so gar nicht gewollt! Noch bis in den späten Nachmittag des 11. März hinein hatte er sich auf eine Verschiebung und ordnungsgemäße Durchführung der Volksbefragung eingestellt und diese erhofft!

Schuschnigg gestand im nachhinein selbst: Erst nach dieser Radiobotschaft, um 20.45 Uhr

*„erteilte Hitler der Wehrmacht den schriftlichen Befehl zum Einmarsch. Erst danach hatte Göring Seyß-Inquart telefonisch aufgefordert, ein Einmarschersuchen an Berlin zu*

*richten.“* (1) S. 13

*„Es ist richtig, daß die Totalauflösung der Vereinigung Österreichs mit Deutschland, also die Auslöschung Österreichs zunächst nicht geplant war. Noch am 11. März bestand die Absicht, Österreich eine gewisse Autonomie zu belassen, wobei die beiden Staaten durch eine Personalunion unter Hitler vereinigt worden wären.“* (1) S. 311

Die Wehrmacht hatte Anweisung, sich „nicht auf einen Krieg mit den österreichischen Brüdern“ einzustellen, sondern auf einen friedlichen Einmarsch, „der von der Bevölkerung begrüßt wird“, unter Vermeidung jeglicher Provokationen. Als Schwerpunkt der Operationsziele war die Sicherung der österreichischen Grenzen benannt, mußte man in Berlin doch aus dem Verhalten Schuschniggs folgern, daß er bereits die Mobilisierung ausländischer Militärkonventionen abgesprochen haben könnte. Immerhin hätten tschechische Truppen im Zusammenwirken mit Frankreich und womöglich der UdSSR binnen 2 Stunden Wien besetzen können. Der Ein-

marsch der deutschen Truppen war für 12 Uhr mittags des 12. März vorgesehen.

Seyß-Inquart trat nach der Radiobotschaft Schuschniggs an die Öffentlichkeit und verkündete um 20.18 Uhr im österreichischen Rundfunk, daß er nach wie vor als Innen- und Sicherheitsminister im Amt und für Ruhe und Ordnung verantwortlich sei. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf das *„allfällige einrückende deutsche Heer“*. (17) + 78. 177

Als Göring von Keppler aus Wien erfuh, Schuschnigg habe auf Nachfrage soeben erklärt, *„sie hätten ihre Funktionen niedergelegt“*, antwortete er prompt:

*„Die Hauptsache ist jetzt, daß sich Seyß der ganzen Regierung bemächtigt und folgendes Telegramm nach Berlin sendet:*

*„Die provisorische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.“*

Göring ergänzte:

*„Er braucht das Telegramm ja garnicht zu schicken; er braucht nur zu sagen „Einverstanden.““* (18. 178

Dies tat Seyß-Inquart dann auch nach weiterer Verzögerung bis zu seiner Ernennung zum Bundeskanzler durch Bundespräsidenten Miklas und Bildung seiner neuen Regierung. Um 21.54 Uhr gab er Göring sein *„Einverständnis“* durch.

Wenige Minuten später meldete das Deutsche Nachrichtenbüro den Telegrammtext und die neue Regierungsbildung der Öffentlichkeit. Bundespräsident Miklas gab die Ernennung der neuen Regierung vom Balkon des Bundeskanzleramtes am Ballhausplatz erst um 1.30 Uhr des 12.3. bekannt.<sup>(17)</sup>

(17) Keesmgs, Archiv der Gegenwart“, Jg. 1938, Wien - Bonn - Zürich, Nachdruck 1962, S. 3468 + 3469.

## Der 12. März 1938

In dem Aufruf, den **Adolf Hitler** am 12. März mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich mit-tags durch **Dr. Goebbels** in Anwesenheit der internationalen Presse verkünden ließ, hieß es:

"... Als in Deutschland die Nation dank dem Siege der nationalsozialistischen Idee wieder den Weg zu dem stolzen Selbstbewußtsein eines großen Volkes fand, begann in Österreich eine neue Leidenszeit bitterster Prüfungen. Ein Regime, dem jeder legale Auftrag fehlte, versuchte seine von der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes abgelehnte Existenz durch brutalste Mittel des Terrors, der körperlichen und wirtschaftlichen Züchtigung und Vernichtung aufrechtzuerhalten. ...

Der politischen Entrenchung und Knebelung entsprach ein wirtschaftlicher Verfall, der in furchtbarem Gegensatz stand zur Blüte des neuen Lebens in Deutschland. Wer konnte es diesen unglücklichen Volksgenossen verdenken, daß sie ihre Blicke sehnsüchtig nach dem Reiche richteten? Nach jenem Deutschland, mit dem ihre Vorfahren durch so viele Jahrhunderte verbunden waren, mit dem sie einst im schwersten Krieg aller Zeiten Schulter an Schulter fochten, dessen Kultur ihre Kultur war, zu der sie selbst auf so vielen Gebieten höchste eigene Werte beigetragen hatten? Diese Gesinnung unterdrücken hieß nichts anderes als Hunderttausende von Menschen zum tiefsten Seelenleid verdammen. ...

Über 40.000 Flüchtlinge hat allein Deutschland bei sich aufnehmen müssen, 10.000 andere sind in diesem kleinen Lande durch die Gefängnisse, Kerker und Anhaltelager gewandert. Hunderttausende sind an den Bettelstab gebracht worden, sind verelendet und verarmt. Keine Nation auf der Welt würde auf die Dauer diese Zustände an ihrer Grenze dulden können. ...

Ich habe nun ein zweites Mal versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Ich bemühte mich, dem Repräsentanten dieses Regimes, der mir selbst als dem vom deutschen Volke gewählten Führer ohne jedes eigene legitime Mandat gegenüberstand – ich bemühte mich, ihm verständlich zu machen, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar sein würde, da die steigende Empörung des österreichischen Volkes nicht mit steigender Gewalt niedergehalten werden kann. ...

Ich wollte daher in einem Abkommen erreichen, daß allen Deutschen in diesem Lande die gleichen Rechte zugewiesen und die gleichen Pflichten auferlegt würden. ...

Um aber für ihre fortgesetzten Verletzungen der gleichen Rechte der österreichischen Deutschen sich ein Alibi zu verschaffen, wurde nun ein Volksbegehren erlassen, das bestimmt war, die Mehrheit dieses Landes endgültig zu entrechten! ...

Wenn dies die Methoden sind, um einem Regime den Charakter der Legalität zu verschaffen (fehlende Voraus-

setzungen für eine Wahl in einem Land, das seit Jahren keine Wahl mehr gehabt hat), dann waren wir Nationalsozialisten im Deutschen Reich 15 Jahre lang nur Narren gewesen! Durch hundert Wahlkämpfe sind wir gegangen und haben uns mühselig die Zustimmung des deutschen Volkes erobert.

Als mich der verewigte Herr Reichspräsident endlich zur Regierung berief, war ich der Führer der weitaus stärksten Partei im Reiche. Ich habe seitdem immer wieder versucht, mir die Legalität meines Daseins und meines Handelns vom deutschen Volk bestätigen zu lassen, und sie wurde bestätigt. ...

Gegen diesen einzig dastehenden Wahlbetrug hat sich endlich das deutsche Volk in Österreich selbst erhoben.

Wenn aber dieses Mal das Regime es nun wieder beabsichtigte, mit brachialen Mitteln die Protestbewegung einfach niederzuschlagen, dann konnte das Ergebnis nur ein neuer Bürgerkrieg sein.

Das Deutsche Reich duldet es aber nicht, daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihrem Bekenntnis zu bestimmten Auffassungen. Es will Ruhe und Ordnung.

Ich habe mich daher entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. ...

Dem österreichischen Volk wird nunmehr endlich die Möglichkeit geboten, durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten. ...

Es lebe das nationalsozialistische Deutsche Reich. Es lebe das nationalsozialistische Deutsch-Österreich!" <sup>17)</sup>

Damit war noch kein Anschluß proklamiert, sondern lediglich die 1919 in Saint Germain verbotene Staatsbezeichnung "Deutsch-Österreich" wiederbelebt worden.

Für den Einmarsch der deutschen Truppen am 12. März fand **Schuschnigg** im Rückblick folgende Worte:

"Am 12. März 1938 um 8 Uhr trat die Masse der 8. Armee auf der ganzen Linie zwischen Scharding und Bregenz zum Einmarsch in Österreich an. Bregenz und Salzburg wurden am frühen Vormittag, Innsbruck um 12 Uhr von deutschen Einheiten erreicht. Am selben Tag um 9.15 Uhr landeten Einheiten der Luftwaffe in Wien." <sup>18) 307</sup>

Über das, was sich auf deutscher Führungsebene tat, hat Erlebniszeuge **Helmut Sündermann**, der als stellvertretender Reichspressechef in seinen jungen Jahren "an vorderster Front" mit dabei war, am eindrucksvollsten berichtet. Um 8.25 Uhr startete er mit ausgesuchter Mannschaft in 9 Ju-52 von Berlin-Tempelhof in Richtung München. Dort ließ sich **Hitler** von **Seyß-Inquart** telefonisch über die Lage informieren. Wien sei auf einen begeisterten Empfang der deutschen Truppen vorbereitet. Opposition sei nicht zu erwarten. Dessen Vorschlag folgend sollten der

freundschaftlichen Geste wegen in den nächsten Tagen auch österreichische Truppenteile ins Reichsgebiet verlegt werden, was dann auch geschah.

"Am damaligen Münchener Flughafen wartete bereits die Autokolonne, mit der wir dann nach Mühldorf fuhren. Dort war in einer Schule das Hauptquartier des Truppeneinmarsches eingerichtet. Der Kommandierende General v. Bock meldete sich bei Hitler und trug die eingegangenen Meldungen vor.

Bis zu uns drang nur eine Anekdote durch: Der einzige Zwischenfall sei in Brezgen bemerkt worden. In einer dortigen Kaserne hätten Soldaten des österreichischen Bundesheeres »mürrisch aus den Fenstern geblickt«, statt – wie überall sonst – ihre deutschen Kameraden freundlich zu begrüßen.

Es waren vermutlich diese militärischen Berichte vom völlig reibungslos, von

der Bevölkerung mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Truppeneinmarsch, die Hitler veranlaßten, noch am gleichen Nachmittag nach Linz weiterzufahren. Und von da ab nahmen dann die politischen Entwicklungen nochmals eine neue Richtung.

Zunächst hielt unsere Kolonne kurze Mittagsrast in einem Gasthof am Mühldorfer Stadtplatz. Hier telefonierte Hitler wieder, diesmal mit Göring in Berlin. Diesen beauftragte er mit seiner Stellvertretung, denn er war der Ansicht, daß er nun im Begriffe stand, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen.

Auf der Fahrt nach Braunau, wo ich (um 15.50 Uhr) mit meinem Wagen ausscheren sollte, um das Deutsche Nachrichtenbüro anzurufen, erörterte Dr. Dietrich mit mir die Frage, was nun eigentlich statte: ein Staatsbesuch?

In der hastig notierten Meldung umging der Reichspressechef dieses Problem. Jedes Formelwort hätte schal geklungen gegenüber dem, was uns dann an der Innbrücke, später (um 20 Uhr) in Linz und in Wien bevorstand. In Begleitung Hitlers hatte ich im Laufe der Jahre zahlreiche stürmische Szenen erlebt, aber all das bot keinen Vergleich. In elementarer Urkraft schien sich hier zu melden, was man »Volksstimme – Gottesstimme« nennt. Dieser Aufschrei war mehr und anderes als eine tagespolitische Kundgebung, sie galt nicht nur einem Mann, gewiß auch nicht einer politischen Partei – hier brachen sich jahrzehnte, wenn nicht jahrhundertlang angestaute Gefühle freie Bahn.

Im Hotel »Weininger« an der Donaubrücke in Linz fiel dann am Sonntagmorgen (13.3.) die Entscheidung, die wir heute unter der Formel »Anschluß Österreichs« begreifen.

Dr. Dietrich hat mir später mehrmals davon gesprochen, eigentlich sei er es gewesen, der Hitler veranlaßt habe, sofort zu tun, was er bis dahin noch hinauszuschieben beabsichtigte. An Dietrichs Deutung ist gewiß eines richtig: Wir hatten uns stundenlang eine Telefonleitung nach Berlin gesichert und bekamen von dort pausenlos die Auslandskommunikate zu den Geschehnissen durchgesagt. Darin war so drastisch von einer bereits vollendeten Einbeziehung Österreichs in den deutschen



Die österreichische Regierung Seyß-Inquart (11. März 1938). V. l. n. r.: Dr. Skubl, Dr. Wolf, Dr. Neumayer, Dr. Hueber, Dr. Seyß-Inquart, Prof. Dr. Menghin, Ing. Reintbaler, Dr. b. c. Glaise-Horstenaus, Dr. Jury, Dr. Fischböck.

Bereich die Rede, daß Hitler unschwer auf den Gedanken kommen konnte, formell zu bestätigen was in der Welt bereits als Tatsache hingenommen war. \* 11.3.190 - 191

Beibehalten nachzutragen, daß der neuernannte österreichische Bundeskanzler, Seyß-Inquart, abends in Linz auf einer gewaltigen Massenkundgebung Adolf Hitler mit begeisterten Worten als »Mein Führer« begrüßte und erklärte, daß nunmehr endlich die deutschen Stämme zueinander gefunden hätten und die gewaltige Wehr des Reiches unter dem Jubel des gesamten Österreichs einrückte. In der Tat wurde von allen Marschstraßen der reichsdeutschen Wehrmacht unbeschreiblicher Jubel gemeldet. Alle Städte in Österreich waren mit Hakenkreuzfahnen geschmückt.

Die Nachrichten aus Rom, denenzufolge der Faschistische Großrat in der Nacht zuvor die Österreich-Frage beraten und beschlossen hatte, ein Ansinnen Frankreichs auf Beteiligung »an einer Aktion« abzulehnen mit der Begründung, »die Vorgänge in Österreich seien das Ergebnis bereits vorher vorhanden gewesener Sachlagen und klarer Ausdruck der Gefühle und des Willens des österreichischen Volkes« bewogen Hitler zu dem Telegramm:

"Mussolini, ich werde Ihnen dies nie vergessen! Adolf Hitler."

Schuschnigg gesteht weiter:

"Es ist richtig, daß die Totallösung der Vereinigung Österreichs mit Deutschland, also die Auslöschung Österreichs, zunächst nicht geplant war. Noch am 11. März bestand die Absicht, Österreich eine gewisse Autonomie zu belassen." \* 11.3.311

"Daß sich Hitler auf Anraten Görings und auch aus eigenem plötzlichen Entschluß zur kompletten Eingliederung Österreichs entschloß, hatte seine Ursache in dem in diesem Ausmaß selbst für Hitler unerwarteten stürmischen Empfang in Linz und vielleicht auch im Eindruck, daß die Totallösung dem Wunsch der Österreicher entsprach." \* 11.3.312

# Der Anschluß Österreichs an Deutschland am 13. März 1938

Außenminister **Anthony Eden**, der im Frühjahr 1937 Sir **Neville Henderson** als britischen Botschafter in Berlin vorgeschlagen hatte, schrieb später über ihn:

*"Es war ein internationales Unglück, daß wir in dieser Zeit in Berlin durch einen Mann vertreten waren, der, weit entfernt die Nazis zu warnen, dauernd sie entschuldigte und oft gemeinsame Sache mit ihnen machte. ... Er steigerte sich in die Meinung, daß er dazu bestimmt sei, Frieden mit den Nazis zu machen. In der aufrichtigen Überzeugung, daß dies möglich wäre, betrachtete er schließlich mich und andere vom Foreign Office, die meiner Meinung waren, als Hindernis auf seinem Weg. Mehr als einmal mußte ich ihn in den nächsten 9 Monaten davor warnen, nach seiner wiederholten Art meine Instruktionen in einer den Nazis zu sehr entgegenkommenden Weise ausulegen. Lord Halifax hatte später die gleichen Erfahrungen zu machen und zwar noch in einem stärkeren Ausmaß, als ich mich damit je hätte abfinden können. Hendersons Vertrauen in die guten Absichten der Nazis und seine Unterstützung ihrer Ansprüche in Österreich und in der Tschechoslowakei beschleunigten die Ereignisse, die zu verzögern seine Pflicht gewesen wäre."* (1) S. 260

Nun, **Neville Henderson** hatte bis zum Kriegsausbruch 1939 seiner eigenen Regierung wiederholt, deutlich und präzise Kriegspolitik vorgeworfen, was in den **British Foreign Policy Documents** unmißverständlich dokumentiert

ist.<sup>(1)</sup> **Anthony Eden** war der Prototyp dieser Kriegstreiber der Londoner City schon im Jahre 1938 und trat anläßlich der Österreichkrise zurück, weil die Regierung **Neville Chamberlain** für Versöhnung mit Deutschland eintrat. Allerdings wartete er nur auf eine neue Gelegenheit, um mit **Winston Churchill** wieder in neuer Führungsrunde seine kriegerische Doktrin fortzusetzen.

\*\*\*

**Schuschnigg** schilderte unter Bezugnahme auf deutsche Dokumente den weiteren Ablauf so:

*"Abteilungen der Armee besetzten Wien am 13. März, und am 14. März wurde über Anordnung Hitlers das österreichische Bundesheer der Deutschen Wehrmacht eingegliedert und auf Hitler vereidigt. Bis zum späten Nachmittag des 14. März war die Vereidigung vollzogen. General v. Bock sagt in seinem Bericht, daß von den in Österreich befindlichen rund 50.000 Angehörigen des Bundesheeres 126 Soldaten, davon 123 wehrdienstpflichtige Semiten - den Eid nicht leisteten."*

General v. **Bock** führte in seinem Tagesbefehl zur Vereidigung des Bundesheeres aus:

*"Der Führer und oberste Befehlshaber hat mich mit der Befehlsführung über die gesamte Deutsche Wehrmacht innerhalb der österreichischen Landesgrenzen beauftragt."*

*Die Waffenbrüderschaft in schweren Kriegsjahren hat damit endlich ihre Erfüllung gefunden. Die Vereinigung des österreichischen Bundesheeres mit dem deutschen ist vollzogen."*

*Als Ehre und Auszeichnung betrachte ich es, die Führung einer Truppe zu übernehmen, die aufgebaut ist auf den ruhmreichen Überlieferungen der alten österreichischen Armee. Dieses stolze Erbe der Vergangenheit wollen wir mit freudigem Herzen in eine neue deutsche Zukunft tragen, in eiserner Manneszucht, in treuester Erfüllung unserer Soldateneidpflicht, in opferfreudiger*

*ger Hingabe an unseren Führer, für das ganze deutsche Vaterland."*<sup>(19)</sup>

Nach Sicherung der Grenzen Österreichs veranstaltete das Oberkommando der Wehrmacht feierliche Begrüßungstreffen der Wehrmacht mit den Grenzverbänden der neuen Nachbarn Italien, Ungarn und Jugoslawien. Die neuen Beziehungen wurden in ungetrübter Freundschaft aufge-



Begeisterungsrorsch in Salzburg beim Eintreffen der deutschen Truppen am 13. März 1938



Adolf Hitler spricht auf dem Heldenplatz in Wien am 15. März 1938 vor begeisterter Bevölkerung.

(19) Bericht des Armeekommandanten General v. Bock vom 18. Juli 1938 über den Einsatz der 8. Armee im März 1938 zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, - im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Wien, S. 15.

(1) Vergl. **Udo Walendy**, "Wahrheit für Deutschland - die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", **Voltho** 1965, S. 276 ff.

nommen und ausgeweitet. Kurt Schuschnigg bedauerte zwar, daß von Österreich keine Rede mehr war,<sup>13 S. 310</sup> doch mußte die Freundschaft Großdeutschlands mit seinen Nachbarn doch wohl sehr viel wichtiger sein. Die Grenzsicherung gegenüber der Tschechoslowakei blieb indessen infolge ihrer Repressionspolitik gegenüber den Sudetendeutschen und ihres anti-deutschen Paktsystems mit Frankreich und der Sowjetunion frostig.

Derweil war Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium mit seinen vorbereiteten Gesetzentwürfen für die "Personalunion" in Linz eingetroffen. Nun mußte er sie schnellstens ändern zugunsten eines "Anschlusses mit dem Deutschen Reich". Für die rechtlich einwandfreie Fundierung eines solchen Gesetzes bemühte sich Seyß-Inquart in Wien, den Bundespräsidenten Miklas zum Rücktritt zu bewegen, doch nicht etwa auf Bolschewistenart:

*"Erst als ihm nicht nur eine großzügig bemessene Versorgung, ein Dienstkraftwagen sowie ein Wohnsitz zugebilligt waren, sei er bereit gewesen, seine Funktion als Staatsoberhaupt entsprechend einer in der österreichischen Verfassung vorgesehenen Möglichkeit an den Bundeskanzler Seyß-Inquart zu übertragen. Damit war dieser in die Lage versetzt, nun seinerseits mit Zustimmung seiner Regierung das österreichische Parallelgesetz in Kraft zu setzen ... Auch dieses Gesetz, das am 13. März abends um 20 Uhr am Ballhausplatz der in- und ausländischen Presse bekanntgegeben wurde, stützte sich auf die österreichische Dollfuß-Verfassung des Mai 1934."*  
 79 S. 180

Laut Art. 77 der Verfassung gingen die Obliegenheiten des zurückgetretenen Bundespräsidenten Miklas auf den Bundeskanzler Seyß-Inquart über.

## Das österreichische Bundesverfassungsgesetz vom 13. März 1938

### Art. 1:

Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

### Art. 2:

Sonntag den 10. April 1938 findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über zwanzig Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt.

### Art. 3:

Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

### Art. 4:

Die zur Durchführung und Ergänzung des Art. 2 erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

### Art. 5:

Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft. Mit Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Seyß-Inquart Glaise-Horstenaus Wolf Hueber Menghin  
 Jury Neumayer Reinhaller Fischböck

## Das Reichsgesetz über den Anschluß Österreichs vom 13. März 1938

### Art. 1:

Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird hiernit Reichsgesetz.

### Art. 2:

Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechts in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder die von ihm dazu ermächtigten Reichsminister.

### Art. 3:

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

### Art. 4:

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.  
 Linz, den 14. März 1938

Hitler Göring Frick Ribbentrop Hess

## Resonanz des Auslandes

Aus den USA berichtete der deutsche Botschafter Dieckhoff, daß sowohl die Ernennung Seyß-Inquarts zum österreichischen Bundeskanzler, als auch die Entsendung deutscher Truppen, als auch die Proklamation des Führers am 12. März von Außenminister Hull sowie der US-Presse verständnisvoll, sogar mit Sympathie aufgenommen wurden, -- bis am 14. März eine offensichtlich vom Präsidenten F.D. Roosevelt durchgegebene, "einen ganz scharfen Umschwung" bewirkende Sprachregelung ziemlich einheitlich zur feindseligen Stimmung eintrat. Plötz-

lich galt das deutsche Vorgehen als "Vertragsbruch, Militarismus, Vergewaltigung des wehrlosen kleinen Österreich". Die US-Presse sei auch von den aus London und Paris kommenden Meldungen stark beeinflusst worden, in denen

*"alle Register gegen Deutschland gezogen wurden. Dazu kamen die Hetzer der zahlreichen anti-deutschen Kräfte hier im Lande, die bei der atemberaubenden Entwicklung der ersten Tage nicht mitgekommen waren, jetzt aber die Sprache wiedergefunden hatten und nun in der schrillen Tonart ihrem Ärger Luft machten."*<sup>101 S. 505 f</sup>

## Die Volksabstimmung am 10. April 1938

Am 13. März 1938 wurde gleichzeitig mit dem Vollzug des Anschlusses für den 10. April über diese staatsrechtliche Umgestaltung eine Volksbefragung beschlossen. Dieser gingen Aufrufe prominenter Österreicher voraus, von denen der wichtigste sicherlich jener des früheren ersten Staatskanzlers und Delegationsleiters für die Friedenskonferenz in St. Germain 1919 und später des ersten Bundespräsidenten der 2. Republik unter alliierter Besatzungshoheit, Dr. Karl Renner, war. Diesen übergab er am 3. April 1938 dem *Neuen Wiener Tagblatt* zur Veröffentlichung mit der Absicht, das Abstimmungsverhalten vieler ehemaliger Sozialdemokraten zu beeinflussen:

"Ich habe als erster Kanzler Deutschösterreichs am 12. November 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstimmigen Annahme gebracht: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik«.

Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St. Germain durch viele Monate um den Anschluß gerungen — die Not im Lande und die feindliche Besetzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, die Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingten Anschlußverbot uns zu unterwerfen.

Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Lande und im Reiche den Kampf um den Anschluß weitergeführt. Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919 für St. Germain und Versailles.

Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederausanschlußes der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.

Nun ist diese 20-jährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willensklärung vom 12. November zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts 1866 bis 1918 geht hiermit in unserer 1.000-jährigen gemeinsamen Geschichte unter. ...

Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreichs und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit »Ja« stimmen." <sup>20)</sup>

In der britischen *World Review* hat Dr. Karl Renner im Mai 1938 bestätigt, daß er jene Erklärung völlig freiwillig abgegeben habe und den Kreisen der sozialistischen

und Arbeiterparteien bewußt die Richtung angegeben habe.

Dr. Michael Hainisch, erster Bundespräsident der ersten Republik, gab am 7. April 1938 dem *Neuen Wiener Tagblatt* folgende Wahlerklärung:

"Ich bin sehr glücklich darüber, daß ich das, was ich seit 67 Jahren ersehnt und wofür ich, insbesondere auch als Bundespräsident, arbeitete, die Einigung des Deutschen Reiches, knapp vor meinem 80. Geburtstag erlebe! Im großen Deutschen Reich wird auch unsere österreichische Heimat einer schönen Zukunft entgegenleben!" <sup>20)</sup>

Am selben Tag, dem 7. April brachte das *Neue Wiener tagblatt* auch die Empfehlung von Schauspieler Paul Hörbiger, der nach dem Zweiten Weltkrieg als "Anti\_Nazi" begriffen werden wollte:

"Seit 12 Jahren als Österreicher in Berlin lebend, ist für mich mit »Ja« zu stimmen, eine klare und deutliche Angelegenheit, da ich ja nicht nur Zeuge des Verfalls in Deutschland war, sondern auch den fast unglaublichen Wiederaufstieg miterleben durfte." <sup>20)</sup>



Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart spricht am 6.4.1938 in Berlin zur Volksabstimmung und zur Wahl zum Großdeutschen Reichstag.

Schuschnigg schrieb im Rückblick:

"Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 bestätigte den geschaffenen Zustand. Frankreich und Großbritannien hatten bereits vor dem Tag mit Ja gestimmt — die USA schon am 6. April —, indem sie bei der deutschen Reichsregierung um das Exequatur für ihre neu einzurichtenden Konsulate im früheren Österreich ansuchten. Dies bedeutete nach völkerrechtlicher Praxis eine De-facto-Anerkennung des Anschlusses.

Das Ergebnis war zu erwarten gewesen: es übertraf mit 4.273.884 Ja-Stimmen von 4.300.177 Stimmberechtigten, also mit über 99% Ja frühere plebiszitäre Erfolge der Führung des Dritten Reiches.

Am 12. November 1933 hatten 95% der abgegebenen Stimmen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund nach-

20) Aula-Verlag, "1938 — Lüge und Wahrheit", Graz, Sonderblatt Nr. 34/1938, S. 36 - 37.

träglich begilligt.

Am 19. August 1934 bestätigten 90% der Stimmberechtigten Hitlers Übernahme der Funktionen des Staatsoberhauptes nach Hindenburgs Tod.

Am 29. März 1936, nach der Rheinlandbesetzung und der Kündigung der Locarnoverträge, stimmten 98,8% der Wähler für Hitlers Außenpolitik. <sup>11</sup> S. 312

Kurt Schuschnigg gestand weiter ein:

"Es besteht kein Anlaß, an der relativen

Echtheit des Abstimmungsergebnisses zu zweifeln." <sup>11</sup> S. 318

Es hätte ihm gut zu Gesicht gestanden, hätte er auch die Wahlbeteiligung an dieser Wahl vom 10.4.1938 in Österreich mit 99,7% und jener im Reichsgebiet mit 99,55% <sup>17</sup> S. 350n erwähnt sowie die anderen von ihm benannten Wahlergebnisse als unbezweifelbar richtig anerkannt, wie dies am 13.1.1935 auch die internationale Überwachungskommission in bezug auf die 91% der für den Anschluß an Deutschland stimmenden Saar-Bevölkerung getan hatte.

Die gleichzeitig mit der Volksbefragung in Österreich zum Votum über den Anschluß erfolgte Volksbefragung im übrigen Reichsgebiet ergab 99,08% für den Anschluß!

Sämtliche Wahlen und Volksabstimmungen während des Nationalsozialismus standen unter intensiver Beobachtung durch ausländische Journalisten, die freien Zugang zu allen von ihnen gewünschten Plätzen hatten – im Gegensatz zum Sowjetstaat! Keiner von ihnen hat den deutschen Behörden unlautere Methoden hinsichtlich der Wahlorganisationen und Auszählung der Stimmen vorgeworfen (ausländische Hetzer ausgenommen). Auch hat niemand von ihnen berichtet, daß jene, die mit "Nein" gestimmt haben, jemals Verfolgungen durch die Gestapo ausgesetzt gewesen seien.

Über die Reaktion der US-Öffentlichkeit berichtete der



Feierliche Veranstaltung am Vorabend der Volksabstimmung und Reichstagswahl in Berlin zum "Tag des Großdeutschen Reiches".

deutsche Botschafter Dieckhoff am 18. April 1938:

"... Die Pressehetze, die am 14. März einsetzte, ist dem Auswärtigen Amt bekannt. Abgesehen von der Deutschen Wehrmacht, deren Auftreten ausnahmslos Anerkennung fand, wurde so ziemlich alles, was von Deutschland nach Österreich gegangen war, oder was von deutscher Seite aus in Österreich geschah, verdächtigt, entstellt und verdreht: die Methode

des Anschlusses, die Maßnahmen, die zwischen dem 13. März und der Abstimmung ergriffen wurden, die Abstimmung selbst und ihr Ergebnis wurden durchweg ungünstig dargestellt und zum Teil mit geradezu krankhaften Aussprüchen des Hasses begleitet. Die Zeitungen waren voll – und sind es auch heute noch – von allgemeinen und detaillierten Meldungen über Beraubungen und Mißhandlungen von Juden, brutales Vorgehen gegen den alten Gelehrten Freud, über die angebliche Geiselstellung des Sohnes Schuschnigg über die fristlose Entlassung von Nichariern aus ihren Stellungen als Musiker, Ärzte etc., über die schroffe Behandlung von katholischen Priestern und Ordensgeistlichen und vielerlei mehr. Diese Hetze dauerte über 3 Wochen und erreichte ihren Höhepunkt kurz vor der Abstimmung. Dann hat sich eine gewisse Ernüchterung und Beruhigung eingestellt, wobei wiederum zu beobachten war, daß die hiesige Presse den Direktiven von London folgte. Zur Ernüchterung hat hier auch wohl beigetragen, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen der katholische Klerus in Österreich, an der Spitze der Kardinal Innitzer, sich offen auf die deutsche Seite stellte und daß die während der Wahlkampagne gehaltenen Reden, besonders die überaus eindrucksvollen Reden des Führers und Reichskanzlers hier eine sehr starke Wirkung hatten." <sup>10</sup> S. 306

## Die Gauleiter des Landes Österreich



Gau Wien:  
Josef Bürckel

Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich



Gau Salzburg:  
Friedrich Rainer



Gau Kärnten:  
Hubert Klausner



Gau Steiermark:  
Dr. Siegfried Überreither







Alexander Soltschenizyn  
(Nobelpreisträger)  
200 Jahre zusammen – Die russ.-  
jüd. Geschichte 1795 - 1916  
560 S. Ln., € 35,90  
sowie

Die Juden in der Sowjetunion  
608 S., Ln., 41,10 €

Anlässlich der polnischen Teilungen im 18. Jh. gelangten große Teile der ostjüdischen Bevölkerung unter russische Herrschaft. Die Folge waren Diskriminierung und Pogrome, schließlich in der kommunistischen Revolution 1917 der vielfach von Juden geführte und ausufernde "Rote Terror". Doch die Stalin-Ära hat auch die Juden vielfach nicht ungeschoren gelassen. – Zwei sehr informative Bücher.



Martin Allen  
Churchills Friedensfalle –  
Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941  
448 S., geb., 70 Fotos, 34,80 Euro  
Ein britischer Historiker lüftet anhand von sensationellen Dokumenten das Geheimnis des Heß-Fluges, entlarvt die Schlüsselrolle, die der britische Geheimdienst spielte, und die persönliche Verantwortung Churchills bei der Verhinderung des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Großbritannien.



DAS GRAUEN VON  
**KATYN**  
Verbrechen ohne Beispiel



5 Walendy-Verlags-Bücher  
= Sonderpreis 50,- Euro



Landkarte mit den völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches nebst erläuterndem Text über die historische Entwicklung. Im Maßstab 1: 2 Millionen, in Größe 70 x 63 cm, zusätzlicher Textteil.

Papier gefaltet oder gerollt = 4,25 €;  
auf Leinenpapier gerollt = 10 €.

Als farbige Postkarte lieferbar: 25  
Stück = 5,- €; 50 Stück = 9,- €; 100  
Stück = 15,50 € portofrei.

#### Udo Walendy-Ton-Kassetten

= je 8,- €; "Die Methoden der Umerziehung", "Die völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete", "Die Lage des internationalen Revisionismus", "Die politische Heuchelei von heute", "Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges"

#### Kinderbücher von Paula Walendy

##### Das Siebenstiegen-Rätselhaus

285 Seiten, reich ill., Ln. 20,- € .. Ein Rätsel-Sachbuch und Bilderbuch zugleich mit über 2.000 Rätseln aus anderthalb Jahrhunderten

##### Kampf dem Räuberhauptmann

192 Seiten, ill., Reg. Ln. 12,50 €  
Eine Erzählung für die Jugend aus der Zeit des Schinderhannes am Rhein. -- Kulturgeschichtlich bedeutsam

##### Kleinkleckersdorf

42 Seiten ill., fest geb. 4,50 €  
Ein Bilderbuch für Kinder im Alter von 2 - 8 Jahren.

Bei Gesamtanbahnung = 30 Euro



**VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG**  
**POSTFACH 1643 D 32590 VLOTHO/ WESER**



Gau Niederdonau:  
Dr. Hugo Jury



Gau Tirol: + Vorarlberg:  
Hofer



Gau Oberdonau:  
August Eigruher



Dr. Wilhelm Keppler  
Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Reichsbeauftragter für Österreich



Umrahmt von einem militärischen Zeremoniell verkündete Generalfeldmarschall Hermann Göring am 26. März 1938 in Wien ein großangelegtes Aufbauprogramm für die österreichische Wirtschaft. Volksspeisungen für die notleidende Bevölkerung und andere soziale Hilfsleistungen waren bereits angeordnet worden. Nicht zu verkennen ist zwar auch, daß die ehemaligen Systemvertreter, soweit sie nicht geflüchtet waren, wie z.B. Zernatto, ihrer Ausschaltung und (meist kurzfristigen) Verhaftung entgegensehen, doch ist diese nationalsozialistische "Revolution" in Österreich 1938 ebenso unblutig verlaufen, wie einst jene im Reich 1933!

## Sonderbehandlung Schuschnigg

Kurt Schuschnigg beschrieb zwar seine Einzelhaft am 12. März 1938 im Wiener Hotel Metropol angesichts Wachen in seinem Zimmer bei Aussicht auf einen Hochverratsprozeß als sehr unangenehm. Doch über seine anschließenden Lebensverhältnisse in den Konzentrationslagern Dachau, Sachsenhausen und Flossenbürg, wohin seine inzwischen geheiratete Frau ihn freiwillig begleiten konnte, schwieg er.

In Wirklichkeit lebte er den gesamten Krieg über unter den Bedingungen einer ihm zugestandenen "Sonderbehandlung", nicht im eigentlichen KZ, sondern in einem dort verwaltungsmäßig angegliederten gesonderten Privathaus mit Frau und seinem Sohn, der von dort aus in eine benachbarte Schule ging. Gutscher Prof. Gerhard Jagschitz schrieb darüber nach einem Interview mit ihm:

"Schuschnigg war ein sog. »Führer-Häftling«. Für die gab es eine Art »Ehrenhaft«. Ihr Areal war vom eigentlichen Lager abgetrennt. Jeder Häftling hatte zumindest eine eigene Wohnung. Sie durften auf Wunsch selbst die Familie bei sich haben. ...

Schuschnigg empfand seinen Aufenthalt in den deutschen Konzentrationslagern als »relative Freiheit«. Frau und Sohn durften bei ihm leben, Tochter Maria Dolores wurde dort 1942 geboren. Kurt jr. durfte das Lager zum Schulbesuch verlassen, Ehefrau Vera zum Einkaufen. Eine Ostarbeiterin war Haushaltshilfe. Schuschnigg durfte sogar an seinen po-

litischen Memoiren arbeiten." <sup>21)</sup>

Mit diesem – 411 Seiten umfassenden, aber nicht vollständig veröffentlichten – Interview aus dem Jahr 1977 überführte sich Prof. Dr. Jagschitz selbst der Lüge, hatte er doch im Gerd-Honsik-Verfahren in Wien (Hv 5720/90) als Gutachter des Instituts für Zeitgeschichte 1992 ausgeführt:

"Für den Fall, daß das Wort »Sonderbehandlung« gebraucht wird, ist es immer ohne Ausnahme die Umschreibung des Wortes »Tötung«!"

Kurt Schuschnigg, der vom 7.2.1945 – 8.4.1945 im KZ Flossenbürg in einer Bunkerzelle – wie er ohne nähere Angaben selbst schreibt <sup>22)</sup> S. 377 – verbracht hat, wurde noch nach Dachau und Reichenau bei Innsbruck überstellt, überlebte den Krieg und wurde Ende April 1945 in Norditalien mit anderen prominenten Gefangenen freigesetzt. Sein Leben setzte er in Italien und dann in den USA fort.

21) Wiener Zeitschrift *Format* 2001, Nr. 21, S. 53.

Kaltenbrunner hat als Angeklagter im Nürnberger IMT-Verfahren zum Vorhall der "Sonderbehandlung" am 12. April 1946 erklärt:

"In diesen beiden Hotels sind besonders qualifizierte, besonders angenehme Persönlichkeiten untergebracht gewesen, und zwar bei der dreifachen Diplomatenverpflegung, das ist die neunsfache Nahrungszuteilung des normalen Deutschen während des Krieges, bei täglicher Verabreichung einer Flasche Sekt, bei freiem Paketverkehr mit der Familie. ... Das ist das, was wir unter »Sonderbehandlung« verstehen." – IMT, Bd. XI, S. 372.

## Schuschnigg "Rechtsmaßstäbe"

*"Damals (1934) habe ich mein besonderes Augenmerk der Rechtsangleichung mit Deutschland gewidmet, zumal ich seit je die Auffassung vertrat, daß die gemeinsamen Grundlagen der Kultur und die gleiche Volksangehörigkeit dort, wo dies möglich ist, auch im gemeinsamen geschriebenen Recht ihren Ausdruck finden sollen."* 20) S. 178

"Im Kampf gegen Hitler" heißt das dritte Buch von Kurt Schuschnigg.

Sein erstes "Dreimal Österreich" veröffentlichte er noch als amtierender Bundeskanzler.

Nach 1945 folgte "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot", das er in seiner deutschen Haftzeit verfaßt hat. Es ist freilich laut Vorwort *"nicht alles so geblieben, wie es ursprünglich geschrieben war"*. Etliches wurde weggelassen oder geändert, wie sich aus dem Belegstück der Wiener Nationalbibliothek ergibt. Mag es auch müßig sein, in Haft Geschriebenes mit den Maßstäben der Wissenschaft zu messen, so sei hier nur eine seiner eliminierten Passagen zitiert:

*"Während ich diese Zeiten niederschreibe, jubeln die Freiheitsglocken über das deutsche Sudetenland. Eine geschichtliche Leistung allerersten Ranges, die überhaupt kaum ihresgleichen in der Vergangenheit aufzuweisen hat. Man möchte sich zum Nationalsozialismus stellen wie immer, die Erfolge sind seine lautesten Kündert; sie wurden zu unlegbaren Apologeten für ihn und seinen Begründer. Der Führer hat Anrecht auf den historischen Ehrentitel vieler deutscher Kaiser, die sich Mehrer des Reiches nannten."* 21) S. 11

Die Außenminister Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion (Eden, Hull und Molotow) haben in ihrer Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 die De-Facto-Anerkennung des österreichischen 'Anschlusses' annulliert und die "Befreiung Österreichs von der faschistischen Herrschaft" als eines ihrer Ziele proklamiert.

Für Kurt Schuschnigg war hiermit die "Rechtswidrigkeit der Ereignisse vom 13. März 1938" unzweideutig bezeugt und *"unanfechtbar festgestellt"*. 22) S. 314

Als Kurt Schuschnigg lange nach Kriegsende diese "Rechtsbilanz" gezogen hatte, mußte er gewußt haben, daß

1.)

US-Präsident Woodrow Wilson 1918 den Waffenstillstand mit den Mittelmächten unter Zusage des Selbstbestimmungsrechts der Völker erreicht hatte,

2.)

das Verbot des Staatsnamens "Deutsch-Österreich" sowie des Anschlusses an Deutschland durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, wie es beides bereits am 12. November 1918 von der Provisorischen Österreichischen Nationalversammlung einstimmig gefordert und als Gesetz verkündet worden war, eindeutigen Völkerrechtsbruch bedeutet, und der im März 1938 vollzogene Anschluß die Wiederherstellung des Völkerrechts für Österreich wie für Deutschland realisiert hatte,

3.)

Präsident F.D. Roosevelt bereits "Deutschland zermalmen wollte", noch bevor Hitler legal Reichskanzler wurde. 23) Österreich wäre zweifellos in diesen völkerrechtswidrigen "Zermalmungsprozeß" mit hineingezogen worden. Gegen derartige Völkerrechtsbrüche hatte Schuschnigg von Anfang an keine Einwände! Die solches veranstalteten waren für ihn jene "internationalen Sicherungsmächte" seiner Herrschaft, auf deren "Hilfe" er hoffte,

4.)

dieser US-Präsident Großbritannien und Frankreich trotz des ganz Europa bedrohenden Bolschewismus unablässig zum Krieg gegen Deutschland aufgepuscht und den jüdischen Organisationen in seinem Land "Heilige Kriege" hetze und umfangreiche Boykottmaßnahmen gegen Deutschland gestützt und unterstützt hatte, 24) S. 300 ff

5.)

Großbritannien seinerseits Polen zum Krieg gegen Deutschland angefeuert, Deutschland den Krieg erklärt und alle Friedensvorschläge Hitlers abgelehnt hatte, statt dessen auf seiner Vernichtung bestand, 25) S. 300 ff

6.)

die Sowjetunion, der größte Massenmörderstaat der Weltgeschichte, sich bereits zu einer Zeit, da Adolf Hitler noch total unbekannt war, ihre 250 Millionen Menschen bereits restlos enteignet und entrechtet hatte sowie mit rücksichtslosem Terror der Weltherrschaft zustrebte.

7.)

die alliierten Mächte -- nicht nur die Bolschewisten -- mit ihrer "Befreiungsterminologie" Österreich die Rolle eines "Opfers faschistischer Aggression" zudiktieren, derzufolge seine Einwohner als charakterlose "Kollaborateure eines kriegsverbrecherischen Regimes" gebrandmarkt wurden, also "Täter" nach wie vor seien, war doch ihr Kampfeinsatz für Deutschland nicht zu leugnen,

8.)

sowohl Großbritannien als auch Frankreich und die USA bereits vor der Volksbefragung vom 10. April 1938 die Rechtsgültigkeit des vollzogenen Anschlusses anerkannt hatten.

Kurt Schuschnigg akzeptierte die alliierten Kriegspolitiker des Ersten sowie des Zweiten Weltkrieges vorbehaltlos als "Rechtsbringer und Befreier". -- Schauerlich! Diese erbärmliche Gesinnung seinen Volksangehörigen gegenüber hat ihn freilich trotz mancher gegenteiliger Sprüche schon während seiner Amtszeit 1934 - 1938 geprägt!

23) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 57, S 4 ff

24) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965 + *Historische Tatsachen* Nr. 39 + 71 + Nr. 80, S. 30 f.

22) Kurt Schuschnigg, "Dreimal Österreich", Wien 1938